



Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen
des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik

Archiv der Zentralstelle

MfS ZAIG

NR. 11386

Kopie BStU
AR 4

BSTU Ersatzkopie

BSTU
0001

Aktion 21.8.1968

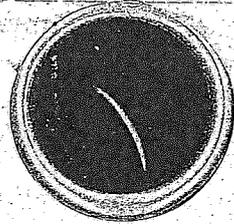
CSSR

Veröffentl. Rechtsopportu-
nistische u. konterrev.
Programme

Konzeptionen
in der CSSR
(außer Aktionsprogramm)

5

Artikel-Nr. 1 249 311
EVP 100 Stück 0,35 M



L X ² ₁ ¹ ₁

BSU.
0002

Bei beiliegendem Brief mit dem Titel

"10 Punkte"

handelt es sich um die neuen 2000 Worte.

Ergänzung zu E / 545/64

Inoffiziell erlangt

BSTU
0003

Z e h n P U N K T E

in Form eines offenen Briefes gerichtet an
die Föderale Versammlung der Tschechoslowakischen Sozial-
listischen Republik
die Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik
den Tschechischen Nationalrat
die Regierung der Tschechischen Sozialistischen Republik
das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Tschecho-
slowakei

Es ist ein Jahr her, daß einige unserer Spitzenvertreter zu ungleichen Verhandlungen nach Moskau gebracht wurden, deren Ergebnis das sogenannte Moskauer Protokoll war. Das ist ein Protokoll zur Demütigung mündiger und selbstberechtigter Völker, die sich nichts zuschulden kommen ließen, aber das Pech haben, daß sie zwischen zwei Großmächte geraten sind, die um die Macht über die Welt kämpfen. Die Großmacht, die Truppen zu uns geschickt hat, berief sich auf den Sozialismus, der angeblich bei uns bedroht war. Hier war jedoch nicht der Sozialismus bedroht, bedroht war lediglich die Stellung der Menschen, die ihn zwanzig Jahre lang verdorben haben. Unser Erneuerungsprozeß brachte dem Jahre 1968 fast die allgemeine Überzeugung, daß sich Fehler korrigieren lassen, daß Unrecht wieder gutgemacht wird und daß es wieder möglich sein wird, mit Lust zu arbeiten. Die damalige Regierung und die sich erneuernde Kommunistische Partei waren auf einem guten Wege zu beweisen, daß der Sozialismus nicht ständig mit Anordnungen, Beschränkungen und Not verbunden zu sein braucht, sondern daß er den Menschen alle traditionellen Freiheiten geben kann, die in früheren Revolutionen erkämpft wurden und auf denen dann eine nicht nur ökonomisch, sondern auch moralisch reifere Gesellschaft aufgebaut wird. Unser Bemühen stand auch in Übereinstimmung mit den alten Idealen der sozialistischen Bewegung, die das Recht auf Freiheit der Völker und des Menschen durchsetzte und Großmachtgewalt, Geheimdiplomatie und Wandelgangpolitik ablehnte. Die internationale Pflicht aller, die überhaupt noch die ursprünglichen sozialistischen Ziele anerkennen, war es deshalb, unsere Arbeit nicht zu stören, sich uns gegenüber anständig zu verhalten und es dem tschechoslowakischen Volke zu überlassen, wie es es anstellt, damit ihm reaktionäre Kräfte zu Hause oder im Ausland nicht irgendeine verfaulte alte Ordnung aufzwingen.

Schon ein Jahr also leben wir unter aufgezwungenen Verhältnissen. In dieser Zeit hat sich das Leben bei uns nur verschlechtert. Die Versorgung ist schlecht, die Preise steigen, die Produktion ist in Unordnung und an die wirklichen Ursachen wurde noch nicht herangegangen. Viele fähige und talentierte sowie

ordentlich gewählte Menschen mußten die Arbeit oder die Funktion aufgeben. Das Aktionsprogramm der KPTsch vom April 1968 wird Punkt für Punkt aufgehoben, die gesellschaftlichen Organisationen werden durch gewaltsames Eingreifen lahmgelegt, die Öffentlichkeit wird aus der Schaffung der Staatspolitik ausgeschlossen, wichtige Fragen werden in Gruppen Einzelner anstatt in den demokratischen Organen des Staates entschieden. Nicht ein tschechisches Machtorgan ist aus dem erklärten Willen des Volkes hervorgegangen. Das Mandat für das gesamtstaatliche Parlament ist abgelaufen. Zu all dem verhindert die Zensur, über diese Dinge öffentlich zu verhandeln, was Menschen von beschränkter Denkart und gebieterischem Charakter, den alten Opportunisten und neuen Karrieristen entspricht, weil sie behaupten können, was sie wollen, Fakten verdrehen, Menschen verleumden und Zeitungskampagnen organisieren, auf die ihnen niemand antworten kann. Dabei sagen sie dem Volke dreist in die Augen, daß jetzt endlich die Wahrheit gesagt und geschrieben werden kann. Die Wahrheit jedoch muß sich den Weg auf Schleichwegen suchen, für deren Zuverlässigkeit niemand die Verantwortung nehmen kann und wo es auch zu Provokationen kommen kann. Viele Menschen werden heute schon verfolgt und einige sollen sogar angeblich deshalb inhaftiert worden sein, weil sie ersatzweise die Funktion erfüllen wollten, die in einem Kulturstaate die freie Presse hat.

Wir sind mit diesen Verhältnissen nicht einverstanden und wollen nicht schweigen, deshalb wenden wir uns auf diese Weise an die gesetzgebenden Körperschaften der Republik, an die föderale und nationale Regierung und an das Zentralkomitee der KPTsch mit einer Erklärung, in der wir offen und mit dem Risiko, daß uns die bekannten primitiven Vergeltungen zuteil werden, diese unsere Haltung aussprechen wollen:

1. Wir lehnen ab, was vor einem Jahr geschehen ist, weil das Völkerrecht mit Füßen tritt, weil es eine Beschmutzung des Namens des Sozialismus und eine Verletzung der Prinzipien des üblichen Anstandes ist. Wir sind für die Einhaltung aller internationalen Verträge. Besonders unter sozialistischen

Staaten ist jedoch die vorbildliche Wahrung der Souveränität jeders von ihnen erforderlich. Wir fordern, daß ihre Regierungen der Welt eine etwas gereifere Art und Weise der Beilegung von Mißverständnissen und Streitigkeiten vorführen.

Wir betrachten den Aufenthalt sowjetischer Truppen bei uns als die Ursache der Unruhe und als Hindernis für die Erneuerung der freundschaftlichen Beziehungen. Wir bitten die höchsten Organe des Staates, Verhandlungen über ihren Abzug aufzunehmen.

2. Wir waren nicht mit der Politik ständiger Zugeständnisse gegenüber Drohungen einverstanden und lehnen besonders die Folgen der ausländischen Einmischung nach dem April 1969 ab, als sich die bürokratische Herrschaftsweise festigte, als es zu Säuberungen im Staats-, Partei- und Wirtschaftsapparat zugunsten weniger fähiger, jedoch gehorsamerer Menschen bzw. solcher, die das Vertrauen der Bürger verloren haben, kam. Wir protestieren gegen die Auflösung freiwilliger bürgerlicher Organisationen, deren Tätigkeit nicht den Gesetzen widerspricht, und gegen die Bestrebungen nach Spaltung einiger Organisationen. Wir verurteilen das Verbot des Koordinierungsausschusses der Schöpferverbände auf der Grundlage unwahrer Begründungen. Wir lehnen den Machteingriff in die Angelegenheiten des Verbandes der Hochschulstudenten ab.

3. Wir verachten die Zensur, deren Einführung uns in die Reihe der bedauernswerten Völker eingliedert hat, die weder zu sich noch zur Welt sprechen dürfen. Die Zensur wirft uns hundert Jahre zurück. Sie vereitelt den Austausch von Meinungen und Informationen, sie macht die Bildung einer informierten öffentlichen Meinung unmöglich, sie unterstützt das Lesen von Dummheiten, sie erschwert die Kontrolle der Macht, sie schützt unfähige Funktionäre und ermöglicht schließlich weitere politische Unsittlichkeiten. Sie bedeutet einen Schritt in die Richtung, daß Kunst und Wissenschaft nur zur Dienerin der Macht, zur geduldeten Zierde an der staatlichen Fassade werden.

4. Wir glauben nicht an die Versicherung, daß künftig bei uns die Gesetzlichkeit eingehalten wird und daß es nicht zur Wiederholung der institutionalisierten Frevelhaftigkeit der fünfziger Jahre kommt, wenn die Sicherheitsorgane nicht unter die effektive und sichtbare Kontrolle der zivilen Organe, vor allem der gesetzgebenden Körperschaften gestellt werden. Stattdessen bemerken wir jedoch, daß die Verfolgung von Personen, die die Gesetzlichkeit verletzt haben, nachläßt bzw. aufgehört hat, und daß solche Personen ständig in den Funktionen sind und nicht kritisiert werden dürfen. Das Verbot der Gesellschaft für Menschenrechte halten wir für ein schlechtes Zeichen. Wir wünschen, daß sobald wie möglich ein internationaler Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte sowie ein Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte ratifiziert und verwirklicht werden.

5. Wir erkennen nicht die Rolle der Kommunistischen Partei als Machtorganisation und ihre Überordnung über die Staatsorgane an, die dem gesamten Volke verantwortlich sind. Die Kategorie des Parteigeistes über die Kategorie des Staatsbürgertums zu stellen, ist eine Ungeheuerlichkeit. Wir bestehen darauf, daß sich die Kommunistische Partei die führende Rolle in der Gesellschaft nur dadurch erringen kann, daß sie sich ihr Vertrauen durch eine glänzende Erfüllung dessen erwirbt, was die Gesellschaft am meisten fordert. Die Beziehungen zwischen den politischen Parteien in der Nationalen Front können keine anderen sein als solche der Partnerschaft. Nichtkommunisten, die in der Mehrheit sind, sind nicht verpflichtet, in Verhältnissen zu leben, auf die sie nicht einwirken können. Wir achten die Kommunisten, die versucht haben, die Partei von Deformationen freizumachen und verstehen ihre Mission als Dienst an dem, was mit dem Ausdruck "Sozialismus mit menschlichem Gesicht" bezeichnet wurde. Wir unterstützen diejenigen von ihnen, die auf der Legalität des im vorigen Jahr einberufenen XIV. Parteitagess bestehen.

6. Besonders verhängnisvoll zeigte sich das ausländische Eingreifen in die tschechoslowakischen Angelegenheiten in der Volkswirtschaft. Auf diesem Gebiet wurde die freie Diskussion unterbrochen, die Vorbereitung von Gesetzen, die auf eine Legalisierung der Betriebsräte hinzielten, wurde gebremst, und wo diese Räte sich konstituiert hatten, wurde ihre Tätigkeit lahmgelegt. Wieder werden ökonomische Stimuli unterdrückt und wir beobachten nichtbewährte Bemühungen, willkürlich die ökonomischen Beziehungen zu diktieren. Die Schuld wird auch den Arbeitern wegen schlechter Arbeitsmoral und niedrigen Bewußtseins gegeben. In Wirklichkeit ist jedoch der Arbeiter oft im Zweifel, ob er überhaupt arbeiten soll, da es laufend nirgends Ergebnisse gibt, weil sie zum Teil sich ins Unbekannte verflüchtigen und andererseits für einen Zweck benutzt werden, mit dem er nicht einverstanden ist: zur Bezahlung der aufgeblähten staatlichen Verwaltung und des Zwangsapparates wie Zensur, Geheimpolizei oder Armee, die niemals zur rechten Zeit schießt, zur Finanzierung der unproduktiven Propaganda, die durch ihre Unwirksamkeit berüchtigt ist und zur Korrumpierung des zahlreichen Apparates der verschiedenen Organisationen. Soll der Arbeiter arbeiten, wenn er damit Menschen, die vor einem Jahr schon richtigerweise am Abgehen waren, hilft, in der Funktion zu bleiben? Soll er mehr arbeiten, wenn ihm mehr Geld zu nichts nütze ist? Wir halten diese Stimmungen für verständlich. Immer müssen die Menschen den Sinn und die Ziele ihrer Arbeit kennen, sich täglich überzeugen, daß sie fachlich geleitet werden, und sie müssen das Recht haben, sich zu Problemen der Ökonomie vom Gesichtspunkt des betreffenden Berufes und von gesamtstaatlichen Gesichtspunkten zu äußern. Allerdings werden wir alle durch jede nicht getane oder schlecht getane Arbeit für etwas gestraft, was wir nicht verschuldet haben und was wir hätten berichtigen können. Wir sind dafür, daß die Arbeiter und Angestellten, die an ihrer Spitze Direktoren, Leiter und Funktionäre haben, denen sie glauben und die sie achten, ihnen größte Unterstützung durch ordentliche Arbeit und Disziplin geben, gleichzeitig meinen wir jedoch, daß es

unerträglich ist, unter unfähigen oder aufgezwungenen Vorgesetzten zu arbeiten. Der Widerspruch kann jedoch nicht zu Lasten der gesamten Gesellschaft, sondern durch den Abgang solcher Menschen gelöst werden. Das mit allen gesetzlichen Mitteln zu erreichen, ist das Recht der Gewerkschaftsorganisationen. Wir fordern also, daß sobald wie möglich ein solches Gesetz über den sozialistischen Betrieb erlassen wird, daß es ermöglicht, daß über die Produktion Fachkader mit Respekt gegenüber dem Staatsplan entscheiden und daß die Arbeiterschaft Einfluß auf die Verteilung und die Investitionen hat. Wir fordern, daß die Rechte der Gewerkschaften eingehalten werden, die sich aus der Charta der Weltgewerkschaftsorganisation ergeben. Wenn vom Klasseninteresse der Arbeiter gesprochen wird, ist also jetzt das ihr Klasseninteresse, das mit unser aller Interessen übereinstimmt.

7. Wir sind nicht mit der Verschiebung der Wahlen zu den Nationalausschüssen und vor allem zu den gesetzgebenden Organen einverstanden, weil die Verschiebung eine Verlängerung der Verhältnisse bedeutet, die dem Ausnahmezustand ähneln. Wir wünschen Wahlen nach einem solchen Wahlgesetz, das die sozialistische Demokratie vertieft. In dem Gesetz soll das Recht der Petitionsausschüsse der Bürger enthalten sein, ihre eigenen Kandidaten und auch die Art und Weise vorzuschlagen, wie Abgeordnete aus Funktionen abuberufen sind. Wahlen, die den Wahlen der vergangenen Perioden ähneln würden, lehnen wir schon von vornherein ab und beteiligen uns nicht an ihnen.

8. Wir sind froh, daß aus dem reichen Demokratisierungsprogramm, das im Aktionsprogramm der KPTsch vom vorigen Jahr war, die Föderalisierung des Staates verwirklicht wurde. Wir wünschen dem slowakischen Volk Aufschwung, wir sind für den Wettbewerb und die Ergänzung unserer beiden Ökonomien. Wir werden uns gegen das Hervorrufen von Zerwürfnissen und Verdächtigungen sowie gegen das kleinmütige Feilschen um das Wenige, was wir gemeinsam haben, stellen. Wichtig ist nämlich das, was weiter wird. Und hier stellen wir fest, daß die Föderalisierung vor dem entscheidenden Machtorgan - dem Zentralkomitee der KPTsch - stehengeblieben ist.

Wir sind dafür, daß die Föderalisierung real, aktiv ist, daß sie sich nicht wieder nur in einer formale Bestätigung von Entscheidungen verwandelt, die über unsere Völker in einer kleinen Gruppe von Menschen getroffen werden, die zur Ausübung ihrer Macht keine Föderation benötigen.

9. Wenn die Zensur die Kritik zum Schweigen bringt, wenn die brutalen Eingriffe in die Zusammensetzung der Staatsorgane und der bürgerlichen Organisationen die Menschen einschüchtern sollen und wenn gefühllose Schreiber in Zeitungen von erbärmlichem Niveau offensichtlich die Atmosphäre für schlimmere Dinge vorbereiten, erklären wir deutlich, daß das Recht, nicht mit dem Kaiser und der Regierung einverstanden zu sein, ein uraltes, natürliches Recht des Menschen ist. Bereits die aufgeklärten Monarchien vermochten es als konstruktive Kraft auszunutzen. Deshalb fragen wir, wie diese Frage bei uns gelöst wird. Und bis zu ihrer Lösung behalten wir uns das Recht der Nichtzustimmung vor, das wir damit zum Ausdruck bringen, daß wir uns mit gesetzlichen Methoden allem widersetzen werden, was gegen unseren Verstand und das menschliche Gewissen ist und gegen unsere Überzeugung als Bürger, die nach einem demokratischen und humanen Sozialismus streben, bzw. was gegen die guten Traditionen dieses Landes ist. Wir wollen nicht nach illegalen Formen greifen, wir werden jedoch alle unsere bisherigen Organisationen zur Verteidigung unserer Ansichten ausnutzen. Wir werden uns für eine horizontale Verständigung zwischen den Formationen der gesellschaftlichen Organisationen einsetzen. So wie wir Gewalt in den internationalen Beziehungen ablehnen, lehnen wir sie auch bei der Lösung innenpolitischer Auseinandersetzungen ab, deshalb zeigen wir unseren Widerstand gegen Funktionäre, die unter normalen Verhältnissen abberufen werden müßten, dadurch, daß wir sie nicht sehen und nicht hören werden, daß wir sie nicht treffen und daß wir ihre Dienste nicht in Anspruch nehmen werden. Wir äußern Solidarität mit den Menschen, die wegen politischer Ansichten verfolgt wurden.

lo. Die Negation ist jedoch nicht unser Ziel. Auch in den schlimmsten Situationen muß das Leben weitergehen. Wir meinen, daß keine Bedrückung das Denken ganz zum Schweigen bringen und alle Arbeit abtöten kann. Wir sind dafür, daß jeder Bürger alles tut, was er Gutes tun kann, vor allem daß er gut seinen Beruf ausübt, besonders den, mit dem er direkt anderen Bürgern dient, wie zum Beispiel in der Versorgung, im Verkehrswesen, im Gesundheits- und Schulwesen, bei der Verfolgung krimineller Tätigkeit und ähnliches. -Die Mitarbeiter der Wissenschaft, der Forschung und Kultur können niemals die Arbeit einstellen. Es werden weiter neue Werke entstehen, es werden Arbeitskontakte geknüpft werden. Die jungen Menschen schließen das Studium ab und lernen nicht nur in dem Maße, in dem sie dürfen oder müssen, sondern wie sie weiter wollen. Auch in politischer Unfreiheit kann sich ein reifes Volk dadurch schützen, daß es mit praktischen Taten unpolitischen Charakters seinen Lebensstil, seine Lebensphilosophie, seinen Charakter durchsetzt. Wir können zum Beispiel mühsam, aber doch nur mit dem, was wir haben, unsere Wohnstätten und Gemeinden verbessern, das Lebens- und Arbeitsmilieu gesund machen, die Schäden eindämmen und wirtschaftlich disponieren. Wir können uns in einer Weise unterhalten, die uns entspricht und keineswegs mehr dem, den wir nicht unterhalten wollen. Wir können unsere Liebhabereien und Interessen kultivieren und vervielfältigen. Wir wissen, daß nicht nur wir immer unsere Lage lösen können, weil wir nicht der Mittelpunkt der Welt und die Hauptkraft ihrer Bewegung sind. Es pflegt Zeiten zu geben, da es einfach notwendig ist, zu überleben und auf dem Erreichten auszuhalten. Darum werden wir uns bemühen in der Überzeugung, daß sich die Entwicklung nicht aufhalten läßt.

Abschließend lehnen wir schon von vornherein die üblichen Beschuldigungen und Beschimpfungen ab, welche wir erwarten können. Wir sind keine Opportunisten, weil diese heute wie immer sich nach dem Wind drehen und mit den Mächtigen sind. Wir sagen nichts Staatsfeindliches, weil keine Garnitur von Personen, die sich angegriffen fühlt, sich als Staat betrachten kann und weil wir nicht die Institutionen des Staates zerrütten

wollen, sondern wir fordern, daß sie funktionieren, wie sie es nach der Verfassung sollen. Wir denken weder parteifeindlich, was eine freie Diskussion in der Partei beweisen würde, noch antisozialistisch, weil es uns um eine solche Form des Sozialismus geht, die in reifen Ländern Erfolg haben kann, und wir streben nach seiner Säuberung von den abstoßenden Zügen, die ihm eine Schicht sektiererischer Dogmatiker, herrschsüchtiger Karrieristen und entarteter gewalttätiger Menschen gegeben hat. Wir haben keinen Grund, einen antisowjetischen Standpunkt zu vertreten, soweit es um die Angelegenheiten der Sowjetunion geht, wir sind lediglich gegen ihr brutales Eingreifen in die Souveränität anderer Staaten. Wir wünschen dem Sowjetvolke Erfolg. Wir werden die demokratischen und sozialistischen Kräfte der Welt in dem Bemühen um internationale Abrüstung, um die friedliche Beilegung strittiger Fragen, um die Auflösung der Militärblöcke unterstützen.

Diesen unseren Standpunkt teilen wir der Föderalen Versammlung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und dem Tschechischen Nationalrat, der föderalen und nationalen Regierung und dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei mit, damit sie damit rechnen.

Prag, den 21. August 1969

Rudolf BATTEK - Soziologe, Abgeordneter des Tschechischen Nationalrates

Vaclav HAVEL - Schriftsteller

Jiri HOCHMAN - Journalist

Lubos KOHOUT - Politologe

Karel KYNCL - Journalist

Vladimir NEPRAS - Journalist

Luděk PACHMAN - Journalist

Jan TESAR - Historiker

Ludvik VACULIK - Schriftsteller

Josef WAGNER - stellvertr. Vorsitzender des Rates der Jugend-
Vereinigung

Emil ZATOPEK - Sportler

Im Auftrage der Unterzeichner den Empfängern übergeben:

gez. Rudolf BATTEK

gez. Jan TESAR

Übersetzt: *[Signature]*

4 Expl. Hptm.

17.9.69

Verteiler:

- 1. Ex. : *[Signature]*
- 2. Ex. : *[Signature]*
- 3. Ex. : *[Signature]*
- 4. Ex. : *[Signature]*

Aufruf der Nationalversammlung

BSTU
0019

ADN-Korr. P r a g, 21. Aug.

Auf einer außerordentlichen Tagung in Prag verabschiedeten am Mittwochnachmittag laut CTK die Abgeordneten der Nationalversammlung der CSSR folgenden Aufruf:

Die Abgeordneten der Nationalversammlung, die heute in den Mittagsstunden entsprechend dem Aufruf des Präsidiums der Nationalversammlung zusammentraten, halten es für notwendig, in dieser Situation, in der die legale Regierung und andere Verfassungsorgane ihren Standpunkt in der gegenwärtigen Situation nicht mitteilen und ihre Verfassungsfunktionen nicht ausüben können, zu erklären:

1. Wir identifizieren uns mit der Erklärung des Präsidiums des ZK der KPC und des Präsidiums der Nationalversammlung, die die Okkupation der Tschechoslowakei durch die Armeen der fünf Länder des Warschauer Vertrages als Verletzung des Völkerrechts, der Artikel des Warschauer Vertrages und der Prinzipien der Gleichberechtigung in den Beziehungen zwischen den Völkern bezeichnen.
2. Wir verlangen, daß die Verfassungsorgane, vor allem der Präsident der Republik Ludvik Svoboda, der Ministerpräsident Ingenieur Oldrich Cernik, der Vorsitzende der Nationalversammlung Josef Smirkovski, der Erste Sekretär des ZK der KPC Alexander Dubcek, der Vorsitzende des ZK der Nationalen Front Dr. Frantisek Kriegel, der Vorsitzende des tschechischen Nationalrates Dr. Cestmir Cisar und weitere aus der Internierung entlassen werden und so ihre Verfassungsfunktionen ausüben können, mit denen sie das souveräne Volk dieses Landes beauftragte. Auch die Delegation der Nationalversammlung, die wir heute in den Vormittagsstunden in die sowjetische Botschaft geschickt haben, ist bis jetzt nicht zurückgekehrt.

3. Wir protestieren dagegen, daß die Nationalversammlung, die Regierung, die Bestandteile der Nationalen Front und ihre Repräsentanten daran gehindert werden, ihre gesetzlichen Rechte auszuüben, und wir verlangen für sie Bewegungsfreiheit und Versammlungsfreiheit.
4. Wir verlangen kategorisch den sofortigen Rückzug des Militärs von fünf Staaten des Warschauer Paktes und volle Respektierung der staatlichen Souveränität der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik. Wir wenden uns an die Parlamente aller Länder und an die öffentliche Weltmeinung, unsere gesetzlichen Forderungen zu unterstützen.
5. Wir beauftragen eine Delegation der Nationalversammlung, zusammengesetzt aus Marie Mikova, Josef Macek, Josef Valo, Pavol Rapos, Josef Pospisil und Vaclav Kucera, sie sollen Kontakte mit dem Vorsitzenden der Nationalversammlung, Josef Smrkovsky, mit dem Präsidenten der Republik, Ludvik Svoboda, und mit dem Ministerpräsidenten, Ingenieur Oldrich Cernik anknüpfen, sie über diesen Beschluß informieren und mit ihnen über das weitere Vorgehen beraten. Über die Ergebnisse der Verhandlungen wird die Delegation der Nationalversammlung unmittelbar der Bevölkerung der Tschechoslowakei berichten.

Wir rufen die gesamte Bevölkerung auf, nicht zu gewaltsamen Aktionen gegen die Okkupationssoldaten zu treifen, sich nicht von verschiedenen Kräften provozieren zu lassen, die sich nur Beweise für die Berechtigung der Intervention beschaffen möchten und die Situation zu selbstgewählten Aktionen ausnutzen wollen.

Werkstätige! Bleibt auf euren Arbeitsplätzen und schützt eure Betriebe!

Nutzt für die weitere Entwicklung des Sozialismus in der Tschechoslowakei alle demokratischen Mittel aus!

Wenn es notwendig sein wird, werdet ihr sicher fähig sein, euch auch mit einem Generalstreik zu wehren. Ein gutes Leben in diesem Lande kann nur das Volk garantieren, das hier lebt und arbeitet.

Wir erleben schwere Stunden.

Wir glauben, wir werden sie mit erhobenem Kopf und mit geradem Rückgrat bestehen."

Auf der Sitzung informierte der stellvertretende Vorsitzende der Nationalversammlung, Jozef Valo, die Abgeordneten auch über den Inhalt seines Gesprächs mit dem Präsidenten der Republik, in dem Genosse Ludvik Svoboda seine Zustimmung zu der Einberufung des Plenums der Nationalversammlung aussprach.

Abteilung Information

12.8.68

Übersetzung aus der ^{Ru}dě Právo vom 10.8.68

"Statutenentwurf der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei"
Nichtredigierte Fassung

Das Präsidium des ZK der Partei legt den Entwurf der neuen Statuten der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei zur innerparteilichen Diskussion vor. Der Entwurf wurde von einer Arbeitsgruppe unter der Leitung des Genossen Dr. M. Havlíček, Stellvertreter des Leiters des Lehrstuhls für Theorie der Politik und politische Arbeit der Militärpolitischen Akademie "Klement Gottwald".

Er wurde auf zwei Sitzungen der Kommission für die Vorbereitung der Statuten beurteilt, die vom Plenum des ZK der KPC gebildet wurde. Die Arbeitsvariante wurde vom Präsidium des ZK der KPC und der politischen Kommission für die Vorbereitung des außerordentlichen 14. Parteitages der KPC erörtert.

Die Arbeitsgruppe legte nach diese Erörterungen einen korrigierten Entwurf zur endgültigen Beurteilung dem Präsidium der KPC vor, das ihn sehr ausführlich erörterte und einmütig den Text billigte, der zur innerparteilichen Diskussion vorgelegt wird.

Die Hauptvoraussetzung für eine qualitative Erörterung des Vorschlages auf den Mitgliederversammlungen im August ist das individuelle Kennenlernen seines Inhalts. Die Mitgliederversammlungen bringen ihren Standpunkt zum Vorschlag zum Ausdruck. Die konkreten Vorschläge und Bemerkungen übergibt die Grundorganisation schriftlich durch Vermittlung des Organisationskomitees dem ZK der KPC.

Im Hinblick auf den Zeitdruck und das Bestreben, alle Bemerkungen zu bearbeiten, bitten wir die Organisationen, die Bemerkungen und Vorschläge zu den einzelnen Artikeln bzw. Absätzen der Parteistatuten besonders auf einzelne Blätter mit Angabe der Nummer des Artikels geschrieben werden.

Die Grundorganisationen der Eisenbahn werden die Bemerkungen dem ZK der Partei durch die Parteiorganisationen der PO der ČSD übergeben.

Die Grundorganisationen der Partei in der Tschechoslowakischen Armee werden analog entsprechend den Richtlinien der HPS vorgehen.

Die Parteigrundorganisationen schicken ihre Standpunkte, Vorschläge und Bemerkungen spätestens bis zum 25. August 1968 an die Bezirksparteiausschüsse.

ENTWURF DER STATUTEN DER
KOMMUNISTISCHEN PARTEI DER TSCHECHOSLOWAKEI

Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei ist ein freiwilliges Bündnis fortschrittlicher, politisch aktiver Angehöriger aller Gesellschaftsschichten, die sich zusammengeschlossen haben, um in ihrer Heimat die Ziele des Sozialismus und Kommunismus zu verwirklichen und so die Bedingungen für die völlige Befreiung des Menschen zu schaffen.

Den Humanismus und Demokratismus der sozialistischen Gesellschaft sieht die Partei in der Erfüllung der materiellen, kulturellen und ethischen Bedürfnisse der Menschen, in der Entwicklung der Möglichkeiten für die allseitige Geltendmachung der menschlichen Persönlichkeit.

Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei geht in ihrer Tätigkeit von der wissenschaftlichen Theorie und Methode des Marxismus-Leninismus aus. Sie bemüht sich um seine schöpferische Anwendung und Entwicklung auf der Grundlage der neuesten Erkenntnisse der Gesellschaftswissenschaften und der Verbindung mit der gesellschaftlichen Praxis. Ausgehend von der objektiven Existenz des Klassenantagonismus zwischen den Kräften des Sozialismus und Kapitalismus in der Welt führt die Partei einen konsequenten Kampf gegen alle Formen der bürgerlichen Ideologie.

Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei knüpft an die nationalen, demokratischen und revolutionären Traditionen unseres Volkes und an die fortschrittlichen Traditionen der revolutionären Arbeiterbewegung an. Die Partei hat das werktätigen Volk zum Sturz der Ausbeuterklassen und zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaft geführt. Die Partei ist eine konsequente Beschützerin der Grundwerte des Sozialismus. In den Bemühungen um die weitere Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft geht sie von den konkreten Lebensbedingungen unseres Volkes und unserer Nationalitäten aus und erzieht in ihnen das Bewusstsein der Zugehörigkeit zur sozialistischen Heimat. Sie ist ein untrennbarer Bestandteil der internationalen kommunistischen und revolutionären Bewegung. Die Partei nutzt unter den konkreten Bedingungen unseres Landes auf schöpferische Weise die Erfahrungen der kommunistischen und Arbeiterparteien und vor allem der Kommunistischen Partei der Sowjetunion aus. Auf der Grundlage des Prinzips des proletarischen Internationalismus und des sozialistischen Patriotismus festigt sie die brüderlichen Beziehungen und die Zusammenarbeit des tschechoslowakischen Volkes mit dem Sowjetvolk, mit den Völkern der sozialistischen Staaten und den Werktätigen aller Länder. Sie unterstützt die sozialistische, revolutionäre, nationale Befreiungs- und Friedensbewegung im Kampf gegen den Imperialismus.

Die Kommunistische Partei setzt sich zum Ziel, in der sozialistischen Gesellschaft die progressiven und perspektivischen Interessen aller Klassen und Schichten der Gesellschaft zum Ausdruck zu bringen. Die Partei geht davon aus, dass im Sozialismus auch im Prozess der wissenschaftlich-technischen Revolution die Arbeiterklasse die gesellschaftliche Hauptkraft ist, deren historische Aufgabe und ureigenstes Interesse die Errichtung der kommunistischen Gesellschaft ist. Die Arbeiterklasse ist deshalb im festen Bündnis mit der Bauernschaft und der Intelligenz eine unerlässliche Stütze der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung des Sozialismus zur kommunistischen Gesellschaft. Dabei wird sich diese Klasse nach dem Untergang des Klassenantagonismus verändern und auch die Formen der Durchsetzung ihrer gesellschaftlichen Rolle werden sich ändern. In dieser historischen Rolle ist die Arbeiterklasse nicht substituierbar.

Die Kommunistische Partei stützt sich in ihrer Tätigkeit auf die fortschrittlichen Kräfte aller sozialen Schichten und der Jugend.

Die Partei arbeitet als führende und vereinigende Kraft im System der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse auf der Grundlage einer wissenschaftlichen Analyse und die Konzeption der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft aus und organisiert die Werktätigen zu ihrer Erfüllung.

Sie unterstützt die demokratischen Prinzipien der Tätigkeit der repräsentativen Organe, ihre Verantwortung vor dem gesamten Volk und bemüht sich, dass sie zu wirklichen Vertretern des Volkes werden, seine sozialistischen Errungenschaften schützen und die sozialistische Gesetzmäßigkeit streng einhalten.

Die Nationale Front betrachtet sie als die Grundlage der Zusammenarbeit mit den gesellschaftlichen Organisationen der Werktätigen und den anderen politischen Parteien, begründet auf gemeinsamer Beteiligung und Verantwortung für die Erfüllung des vereinbarten sozialistischen Programms. Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei erneuert ständig ihre führende politische Rolle in der Nationalen Front auf der Grundlage einer ununterbrochenen ideologisch-politischen Initiative und politisch-organisatorischen Tätigkeit. Sie ist sich bewusst, dass ihre Stärke im engen Bündnis mit dem Volk, mit seinem Leben und Bedürfnissen steht. Deshalb wirbt sie in ihrer Tätigkeit ständig um sein Vertrauen, seine freiwillige Unterstützung und ordnet sich seiner Kontrolle unter.

Gegenwärtig bemüht sie sich um die Entwicklung des Sozialismus als einer Gesellschaft, die vom Klassenantagonismus befreit ist, auf der Einheit und Mannigfaltigkeit der sozialen Interessen begründet ist; frei und demokratisch organisiert; zutiefst international; sozial gerecht, entlohnend nach Qualifikation und Ergebnis der Arbeit. Als einer industriell entwickelten Gesellschaft, die über ein elastisches ökonomisches System verfügt und die Produktivkräfte intensiv entwickelt; Als einer Gesellschaft, die durch den Reichtum ihrer Quellen ein würdiges kulturelles Leben ermöglicht sowie kameradschaftliche Beziehungen der gegenseitigen Zusammenarbeit zwischen den Menschen, die allmählich Raum für die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft macht. Das Endziel der Partei besteht darin, eine klassenlose kommunistische Gesellschaft aufzubauen. Deshalb sorgt sich die Partei um die ständige Entwicklung und Festigung der sozialistischen Produktions- und gesellschaftlichen Verhältnisse. Sie bemüht sich um die Entwicklung der sozialistischen Demokratie und um die Erfüllung des Programms des kommunistischen Humanismus.

Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei ist zutiefst eine Partei des Volkes; als Erbin der fortschrittlichen revolutionären und nationalen Traditionen bemüht sie sich um eine bessere Zukunft der Tschechen und Slowaken. Als Einigungsfaktor der Gesellschaft bemüht sie sich um die völlige Gleichberechtigung und Entwicklung des tschechischen und slowakischen Volkes und aller Nationalitäten in der tschechoslowakischen sozialistischen Gesellschaft. Gleichzeitig kämpft sie gegen Nationalismus und vertieft auf der Grundlage des sozialistischen Internationalismus die brüderlichen Bande zwischen den Werktätigen unserer Völker und Nationalitäten.

Die Partei will sich ihre Aufgabe als Avantgarde im Kampf unserer Völker für Sozialismus, Demokratie, Menschenrechte, Freiheit und die humanistischen Ideale des Kommunismus in unserem Land erhalten. Im Dienst am Volk und Fortschritt sieht sie ihre Hauptaufgabe.

I. Grundprinzipien des inneren Lebens und der Tätigkeit der Partei

1. Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei entwickelt ihre Tätigkeit auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus.

Demokratischer Sozialismus bedeutet:

demokratische Gestaltung des Programms und der politischen Linie der Partei als Ergebnis einer schöpferischen marxistisch-leninistischen Tätigkeit, die sich auf die neuesten Erkenntnisse der Wissenschaft stützt; Konfrontation der Ansichten und Beurteilung der verschiedenen Gedanken der Kommunisten und Nichtkommunisten;

Beteiligung der Parteimitglieder und der unteren Glieder der Organisationsstruktur an der Gestaltung und Verwirklichung der Parteipolitik und ständige Überprüfung ihrer Richtigkeit in der Praxis;

gleiche Möglichkeit für alle Parteimitglieder, ihre Standpunkte zur Parteipolitik ausdrücken zu können, auf dem Boden der Partei ihre Ansichten verteidigen, Vorschläge machen und jedes Mitglied, Organisation und Organ kritisieren zu können;

das gesamte System der führenden und Kontrollorgane der Partei wird demokratisch durch Wahl, Einschätzung und Kontrolle der Funktionäre von unten gestaltet;

die Parteiorgane legen regelmässig Rechenschaft ab und berichten den Organisationen über ihre Tätigkeit, die sie gewählt haben, und durch deren Vermittlung der gesamten Mitgliedschaft. Die unteren Organisationen und Organe informieren die höheren Organe über ihre Tätigkeit und über die Erfüllung der Parteibeschlüsse;

die Programmdokumente wie auch die Beschlüsse der höheren Organe sind für die unteren Organisationen und Organe und für jedes Mitglied der Partei verbindlich.

2. Beschlüsse in den Parteiorganisationen und -organen werden nach kollektiver Erörterung durch einfache Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder angenommen. Die Jahresmitgliederversammlungen, Plenartagungen der Organe, Konferenzen und Parteitage sind beschlussfähig, wenn über die Hälfte der Mitglieder oder ordentlich gewählten Delegierten anwesend ist.

Die Art und Weise der Abstimmung des Organs wird durch die Tagesordnung festgelegt.

Vor der Annahme bedeutender Beschlüsse organisiert das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei oder die Zentralkomitees der national-territorialen Organisationen innerparteiliche Diskussionen oder innerparteiliche Befragungen. Über ihr Ergebnis informieren sie die Parteiöffentlichkeit.

3. Im Geist des demokratischen Zentralismus ordnet sich die Mehrheit der Minderheit unter und erfüllt die Beschlüsse, die gefasst wurden. Die Minderheit hat das Recht:

Demokratischer
Zentralismus

a) ihre Standpunkte zu formulieren und ihre Aufnahme ins Protokoll zu fordern.

Minderheiten
b) auf seiner Ansicht zu bestehen und auf der Grundlage neuer Erkenntnisse und der Überprüfung des angenommenen Beschlusses in der Praxis eine nochmalige Beurteilung ihrer Standpunkte in der entsprechenden Organisation oder dem entsprechenden Organ der Partei zu fordern.

Gegen die Anhänger einer Minderheitsansicht darf, soweit sie nicht in grundsätzlichem Widerspruch zum Programm und den Statuten der Partei stehen, nur mit ideologischen Mitteln vorgegangen werden.

Die Formierung von Vertretern einer Minderheit ausserhalb des Rahmens der Statuten, die Bildung einer Gruppierung von Parteimitgliedern mit eigener Fraktionsdisziplin ist unzulässig.

4) Voraussetzung für die Aktionsfähigkeit der ganzen Partei, ihrer einzelnen Organisationen und Organe ist die freiwillige und bewusste Disziplin. Sie entspringt dem tiefen Verständnis des Marxismus-Leninismus, der Ziele und Bedürfnisse der Partei, der Ergebenheit der Kommunisten für die Sache des Sozialismus.

5) Die Parteiorganisationen und -organe werden in ihrer Tätigkeit vom Programm, den Statuten und Beschlüssen der höheren Organe geleitet, die für sie verbindlich sind. Die höheren Organe sind verpflichtet, Bedingungen für die Entwicklung der Initiative und Selbständigkeit der unteren Organe zu schaffen. Bei der Entscheidung über politische und organisatorische Fragen im Bereich ihrer Wirkung entscheiden die Organisationen und Organe selbständig. In Fällen einer unterschiedlichen Ansicht haben sie das Recht, sich an das höhere Organ, an die Kontroll- und Revisionskommission, an die Konferenz oder den Parteitag zu wenden.

6) Parteimitglieder, Organisationen und Organe können auf einem bestimmten Gebiet der Tätigkeit in der Partei und Gesellschaft mit Zustimmung der höheren Parteiorgane gemeinsame Beratungen zur Koordinierung ihrer Tätigkeit oder zur Ausarbeitung von Standpunkten oder Alternativvorschlägen für Parteiorganisationen und -organen veranstalten.

7) Die Parteimitglieder bilden ihre Grundorganisationen am Arbeitsplatz oder am Wohnort. Die Grundorganisationen in den Wohngebieten, in Städten, Werken und Betrieben vereinigen sich in Wohngebiets-, Stadt-, Werks- und Betriebsorganisationen. Die Organisation, deren Wirkungsgrad sich auf das entsprechende Territorium erstreckt, ist in der Regel führend für alle Parteiorganisationen, die in Teilen dieses Territoriums tätig sind.

An die Spitze eines Organs wird auf allen Stufen ein Vorsitzender gewählt.

Im Namen der Partei als Ganzes tritt der Parteitag und in der Zeit zwischen den Parteitagen das Zentralkomitee, in Einzelfällen von ihm ermächtigte Delegationen und Organe auf. Die anderen Organisationen und Organe treten in ihrem eigenen Namen auf.

8) Alle Parteiorgane werden in geheimer Abstimmung gewählt. In die Funktionen werden Kommunisten gewählt, die auf Grundlage ihrer politischen, fachlichen und moralischen Qualitäten und Erfahrungen aus der Partei- und gesellschaftlichen Arbeit persönliche Loyalität und das Vertrauen der Werktätigen besitzen.

Zur Gewährleistung dieser Prinzipien billigt das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei eine einheitliche Wahlordnung.

9) Die Organisationen und Organe stützen sich auf allen Stufen auf ein freiwilliges Mitglieder- und Funktionärsaktiv und entwickeln zweckmässige demokratische Formen der Teilnahme der Parteimitglieder an der Leitung. Zu diesem Zweck bilden sie ständige oder zeitweilige Kommissionen und Arbeitsgruppen aus Mitgliedern der Organisation und Organe und aus weiteren erfahrenen und initiativreichen Funktionären und Fachleuten.

Die Ergebnisse ihrer Tätigkeit legen die Kommissionen und Arbeitsgruppen zusammen mit den Vorschlägen der Organisation und dem Organ vor, von denen sie eingerichtet wurden und von denen sie unter ihrer Teilnahme erörtert werden.

10) Die Parteiorgane bilden für die Erfüllung ihrer politischen und organisatorischen Aufgaben einen eigenen Apparat, der ihnen untergeordnet ist und von ihnen kontrolliert wird. Der Apparat kann nicht die Vollmachten der Parteiorganisationen, -organe und Kommunisten in den staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Organisationen und Institutionen übernehmen. Er wirkt aktiv an der Vorbereitung und Verwirklichung der Beschlüsse mit. In den Parteiapparat werden erfahrene, politisch und fachlich qualifizierte Parteimitglieder aufgenommen.

11. Voraussetzung der ideologischen Vereinigung und der innerparteilichen Demokratie ist ein Erkenntnis- und Informationssystem, das die Einheit der wissenschaftlichen Erkenntnis und der Verallgemeinerung der Erfahrungen der Parteimitglieder und aller Werktätigen umfasst; weiter den gegenseitigen Austausch von innerparteilichen Informationen von oben nach unten und von unten nach oben, die Übermittlung der Informationen und Dokumente der Parteiorganisationen und -organe an ihre Mitglieder, den Austausch von Ansichten und Informationen zwischen der Partei und der breiten Öffentlichkeit durch Kommunikationsmittel, die systematisch Ausnutzung von Fachexpertisen und wissenschaftlichen Forschungen in der Entscheidungstätigkeit und Propaganda.

Ein wichtiger Bestandteil des Erkenntnis- und Informationssystems ist die Parteipresse. Jede Parteizeitung wird von dem Organ geleitet, von dem sie herausgegeben wird.

12. In der Kaderarbeit gelten folgende Grundsätze:

- a) in Kaderfragen entscheiden ausschliesslich die Organisationen und gewählten Organe,
- b) die Parteiorganisationen und -organe bemühen sich um die Entwicklung der Fähigkeiten und Aktivität jedes Parteimitglieds,
- c) die Auswahl der Kader wird unter breiter Teilnahme der Parteioffenheit durchgeführt,
- d) bei der Erörterung der Kadervorschläge werden in der Regel mehrere Alternativvorschläge gemacht,

e) bei der Suche und Empfehlung der Kandidaten und Bewerber für Partei-, öffentliche und Wirtschaftsfunktionen gilt einzig die Qualifikation,

f) die Organisationen und Organe schaffen für alle Funktionäre Bedingungen für die Ausübung der Funktion und schätzen sie regelmässig ein,

13. Damit eine übermässige Konzentration der Macht in einer Hand verhindert, die Stagnation überwunden und ein Zustrom neuer Kräfte in die Parteiorgane gesichert wird, gelten bei der Auswahl und Wahl folgende Grundsätze:

a) es dürfen nicht solche führende Partei-, staatliche und öffentliche Funktionen verbunden werden, deren Verbindung in einer Person eine privilegierte Stellung dieser Person ermöglichen und ihre Kontrolle erschweren würde,

b) es müssen Voraussetzungen geschaffen werden, dass nicht in einer Person mehrere bedeutende Parteifunktionen konzentriert werden,

c) mit Ausnahme der Grundorganisationen können die Funktionäre in dasselbe Organ höchstens dreimal nacheinander bei einer zweijährigen Wahlperiode und zweimal nacheinander bei einer vierjährigen Wahlperiode gewählt werden; in Ausnahmefällen kann die Mitgliedschaft im Organ um eine Funktionsperiode verlängert werden. Ausnahmen müssen mit einer Zweidrittelmehrheit der Delegierten der Konferenz oder des Parteitages geilligt werden.

14. Das Kontrollsystem der Partei überprüft, ob die Tätigkeit der Partei den Programmzielen entspricht, ob ihre Politik auf die Bedürfnisse der sozialistischen Gesellschaft reagiert, wie die Statuten der Partei erfüllt werden und welche Methoden der Parteiarbeit die Organisationen und Organe benutzen.

Die Kontrolle wird verwirklicht:

a) durch Selbstkontrolle der Mitglieder, Organisationen und Organe der Partei auf allen Stufen, vor allem durch die Entfaltung der Kritik und Selbstkritik,

b) durch das unabhängige System der Kontroll- und Revisionskommissionen,

c) durch öffentliche Kontrolle der Gesellschaft.

II. Mitgliedschaft in der Partei.

15. Mitglied der Partei kann jeder Bürger der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über 18 Jahre werden, der dem Programm und den Statuten der Partei zustimmt, sich in der politischen und gesellschaftlichen Arbeit engagieren und ander Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft mitwirken will, der entschlossen ist, in einer Parteiorganisation aktiv zu arbeiten und die Mitgliedsbeiträge zu zahlen.

16) Der Bürger tritt freiwillig in die Partei ein und kann aus ihr aus eigenem Willen austreten.

17) Die Parteimitglieder sind durch die Ideen des Marxismus-Leninismus, durch den Kampf für die gemeinsamen Aufgaben und Ziele, durch kameradschaftliche Zusammenarbeit, bewusste Disziplin, gegenseitiges Vertrauen und Kritik verbunden.

Das Parteimitglied ist ein entscheidender aktiver Faktor des Parteiorganismus. Es ist in einer Grundorganisation organisiert und arbeitet aktiv unter ihrer Führung oder unter der Führung eines höheren Organs, dessen Mitglied es ist. Kommunisten, die in den Arbeitsprozess eingereiht sind, sind grundsätzlich in der Grundorganisation ihrer Arbeitsstelle organisiert. Diese kann ihre Zustimmung zur Einordnung in eine Wohngebietsorganisation und mit Zustimmung des Kreis Ausschusses der KPC auch in eine andere Grundorganisation geben.

18) Die Aufnahme neuer Mitglieder in die Partei wird nach folgenden Grundsätzen durchgeführt:

a) wer sich um die Mitgliedschaft in der Partei bewirbt, legt der entsprechenden Grundorganisation die Anmeldung und seinen Lebenslauf mit der Empfehlung von zwei Parteimitgliedern vor, die ihn persönlich kennen und länger als drei Jahre Parteimitglieder sind,

b) über die Aufnahme jedes Mitglieds berät und entscheidet die Mitgliederversammlung einzeln durch öffentliche Abstimmung; Mitglied der Partei wird, wenn mehr als die Hälfte der Anwesenden dafür stimmt,

c) die Aufnahme fremder Staatsangehöriger und die Art und Weise der Anrechnung der Mitgliedschaft in anderen kommunistischen und Arbeiterparteien wird durch eine Richtlinie des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei festgelegt,

e) dem neuen Mitglied stellt der Kreis Ausschuss ein Mitgliedsbuch aus und nimmt es in die Kartei auf; den Verlust des Mitgliedsbuches meldet das Parteimitglied dem Ausschuss der Grundorganisation.

19) Alle Mitglieder sind in der Partei gleich ohne Rücksicht auf Geschlecht, Rasse, Nationalität, soziale Herkunft, Bildung, Funktion und gesellschaftliche Stellung. Mit der Mitgliedschaft in der Partei ist jegliche Rassen-, soziale und nationale Diskriminierung und die Verbreitung dieser Ansichten und Ideologien unvereinbar.

Aus der Mitgliedschaft ergeben sich für die Mitglieder keine Privilegien und Vorteile. Bewusste Parteidisziplin gilt gleichermaßen für alle Kommunisten ohne Rücksicht auf Verdienste und Funktionen.

Das Parteimitglied hat das Recht:

a) an der Gestaltung und Realisierung des Programms, der Statuten, der politischen Linie und Taktik der Partei mitzuwirken;

b) zu wählen, in Parteiorgane gewählt zu werden und zurückzutreten,

Recht
c) über alle grundlegenden Fragen der Parteipolitik und über die Arbeit der Parteiorgane und ihrer Mitglieder informiert zu werden. Jegliche Informationen und Dokumente über die Tätigkeit der Organisationen und Organe zu fördern, deren Mitglied er ist,

d) in Parteiversammlungen und in der Parteipresse offen und kritisch seine Ansicht über die Tätigkeit der Partei, aller ihrer Organe und Mitglieder ohne Rücksicht auf die Funktionen zu äußern, die sie bekleiden.

e) bei Respektierung und Erfüllung des Willens der Mehrheit seine eigene Ansicht zu behalten und auf der Grundlage neuer Erkenntnisse und der Überprüfung des gefassten Beschlusses in der Praxis eine nochmalige Beurteilung seiner Standpunkte in der entsprechenden Organisation der Partei oder Organ zu fordern,

f) den Parteiorganen bis zum Parteitag der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei Anfragen, Bemerkungen und Vorschläge vorzulegen,

g) an Versammlungen der Parteiorganisationen und -organe teilzunehmen, auf denen seine Arbeit eingeschätzt und über seine Person entschieden wird, die Ansichten und Bemerkungen zu kennen, die zu seiner Tätigkeit und Haltung vorgetragen werden, und zu ihnen seinen Standpunkt einzunehmen. In Parteiangelegenheiten die Parteiorgane bis zum Parteitag der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei anzurufen.

Das Parteimitglied ist verpflichtet:

a) aktiv politisch in den Partei- und anderen Organisationen zu arbeiten, die Politik der Partei durchzusetzen und Bürger für sie zu gewinnen,

b) die Parteistatuten einzuhalten, die Parteibeschlüsse zu erfüllen und an Mitgliederversammlungen teilzunehmen,

Pflicht
c) sich um die Entwicklung kritischer, kameradschaftlicher Beziehungen in der Partei und Gesellschaft zu bemühen, die demokratischen Rechte und Freiheiten aller Werktätigen zu verteidigen,

d) in der Partei und im zivilen Leben wahrhaftig und ehrlich zu handeln,

e) seine Kenntnisse des Marxismus-Leninismus zu vertiefen und sie zum Nutzen der fortschrittlichen Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft einzusetzen,

f) durch Entwicklung der Fachkenntnisse und Qualifikation, durch musterhafte Erfüllung der Partei-, zivilen und Arbeitspflichten die Autorität und Aktionsfähigkeit der Partei zu verstärken,

g) die Mitgliedsbeiträge in der festgesetzten Höhe zu zahlen,

h) jeden Arbeitsplatz und Wohnungswechsel seiner Grundorganisation zu melden.

20) Wenn ein Parteimitglied trotz wiederholter Hinweise des Ausschusses und persönlicher Beratung ständig die grundlegenden Parteipflichten nicht erfüllt und sich sonst nicht zuschulden kommen lässt, kann von der Mitgliederversammlung seine Streichung aus der Mitgliederliste der Partei beschlossen werden.

21) Die Mitgliedschaft in der Partei erlischt mit dem Austritt aus der Partei, mit der Streichung aus der Mitgliederliste, mit dem Ausschluss oder mit dem Tod.

Bei Beendigung der Mitgliedschaft wird das Mitgliedsbuch dem Ausschuss der Grundorganisation übergeben.

III. Organisationsaufbau der Partei.

Die Grundorganisation der Partei.

22. Die Kommunisten vereinigen sich in den Grundorganisationen, die das Primarglied des Organisationsaufbaus und die Grundlage der Parteitätigkeit bilden. Die Grundorganisationen können die Kommunisten nach Absprache mit dem Kreisausschuss dort bilden, wo mehr als fünf Mitglieder der Partei vorhanden sind.

23. Die Grundorganisationen führen eine offene Politik allen Bürgern gegenüber, sie beraten mit ihnen, sie respektieren und nutzen ihre Meinungen und Ideen aus und überprüfen bei ihnen die Wirksamkeit ihrer Arbeit.

Die Grundorganisationen arbeiten auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens. Durch ihre Anregungen und Vorschläge beteiligen sie sich an der Bildung der Gesamtlinie der Partei und sichern deren Erfüllung in ihrem Wirkungskreis. Auf der Grundlage der Kenntnis der örtlichen Situation bilden und verwirklichen sie eine selbständige Politik im Einklang mit der Gesamtlinie der Partei.

Sie erklären die politischen Absichten und Ziele der Partei, durch eine anziehende ideologische und politisch-organisatorische Arbeit unter den örtlichen Bedingungen gewinnen sie die Bürger für die Lösung konkreter Probleme in ihrem Wirkungskreis und zur Teilnahme an der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft. Die aktivsten Bürger, besonders die Jugend, gewinnen sie als Mitglieder d. Partei.

Sie führen die Kommunisten in den Nationalausschüssen, in den gesellschaftlichen, Selbstverwaltungs- und Interessenorganisationen zur aktiven Tätigkeit bei der Erfüllung der Aufgaben und der eigenen Mission dieser Organe und Organisationen, sie gewähren ihnen die notwendigen Informationen.

Sie organisieren die marxistisch-leninistische Erziehung der Mitglieder der Partei und der Parteilosen, sie informieren sie objektiv und vermitteln ihnen Informationen über bedeutende gesellschaftliche Probleme und Ereignisse.

Für die Mitglieder der Partei schaffen sie Bedingungen, die für die Erfüllung der Ziele, die sich aus den Beschlüssen der höheren Organe ergeben, notwendig sind, und auch für die von der Organisation selbst gestellten Aufgaben setzen sie die persönliche und gesellschaftliche Verantwortung der Kommunisten durch.

Sie informieren die höheren Parteiorgane über ihre Tätigkeit.

Sie verwalten die finanziellen Mittel und das Eigentum der Parteiorganisation.

24. Das höchste Organ der Grundorganisation ist die Mitgliederversammlung.

Die Mitgliederversammlung:

a) sie beurteilt die politische Tätigkeit der Organisation, auf Grund der Situationsanalyse werden Beschlüsse gefasst, sie erteilt allen Mitgliedern Aufgaben und kontrolliert deren Erfüllung.

b) sie wertet die Tätigkeit des Ausschusses, der einzelnen Parteigruppen, aller Funktionäre und Mitglieder, sie verändert die Zusammensetzung des Ausschusses.

- c) sie bezieht den Standpunkt zu der Arbeit der höheren Organe der Partei, besonders des Kreisausschusses, und zur Politik der gesamten Partei,
 - d) sie nimmt neue Mitglieder auf,
 - e) sie wählt den Vorsitzenden, die Mitglieder des Ausschusses, die Kontroll- und Revisionskommission oder Wirtschaftsrevisoren für den zweijährigen Funktionszeitraum und die Delegierten zu den Konferenzen,
 - f) sie bestätigt die Kommunisten-Kandidaten als Abgeordnete für die Nationalausschüsse, beurteilt ihre Arbeit und die Arbeit der Kommunisten in den gesellschaftlichen Organisationen, behandelt ihre Vorschläge und Hinweise,
 - g) sie entscheidet über die Eröffnung eines Disziplinarverfahrens, sie konstituiert Gruppen zur Durchführung parteilicher Untersuchung über Beschwerden und zuschulden kommen lassen der Parteimitglieder, legt Parteistrafen fest.
- Die Mitgliederversammlung kann gewisse Abminderungen bei der Erfüllung von Parteaufgaben gegenüber von Kranken und älteren Mitgliedern oder auch in anderen ernsthaften Fällen gewähren.

Die Mitgliederversammlung wird vom Ausschuss so oft einberufen, wie dies für eine ununterbrochene aktive politische Arbeit der Parteiorganisation notwendig ist, mindestens alle zwei Monate.

Der Ausschuss ist weiterhin verpflichtet die Mitgliederversammlung auf Antrag einzuberufen:

- a/ auf Antrag einer Parteigruppe,
- b/ eines Drittels der Mitglieder,
- c/ auf Grund einer Entscheidung eines höheren Organs der Partei.

25. Zur Behandlung ernsthafter Probleme, die die Mehrzahl der Werktätigen betreffen, beruft der Ausschuss eine Mitgliederversammlung ein unter Hinzuziehung von interessierten Gruppen von Nichtkommunisten oder eine öffentliche Parteiversammlung.

Die Kommunisten sind verpflichtet auf diesen Versammlungen solch ein Klima zu bilden, daß die Bürger die Möglichkeit haben ihren Standpunkt, Vorschläge und kritische Hinweise vorzutragen.

26. Der Ausschuss der Grundorganisation aktiviert die politische Arbeit der Mitglieder der Organisation. Er organisiert die Erfüllung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung, leitet die Arbeit der Parteigruppen und arbeitet individuell mit den Kommunisten zwischen den Mitgliederversammlungen. Er gibt der Mitgliederversammlung regelmäßig einen Bericht über seine Tätigkeit.

27. Je nach den konkreten Bedingungen der einzelnen Arbeitsplätze oder Stellen werden durch die Grundorganisationen Parteigruppen gebildet, die sich ihren Leiter wählen. Mittels der Parteigruppen organisiert der Ausschuss die Erfüllung der Aufgaben der Partei zwischen den Mitgliederversammlungen, er bezieht die Kommunisten in die aktive Tätigkeit ein und nutzt ihre Vorschläge und Hinweise. Die Parteigruppen arbeiten in enger Mitwirkung mit allen Werktätigen, sie beraten mit ihnen den Vorgang bei der Lösung von Problemen des Wohnortes und der Arbeitsstelle.

28. Alle Organisationen der Betriebe und des Ortes innerhalb einer Stadt oder einer Gemeinde wirken als eine Einheit und bilden die Stadt- oder die örtliche Organisation.

In Großbetrieben, sonstigen Arbeitsplätzen und anderen Einrichtungen, wo mehrere Grundorganisationen bestehen, werden Gesamtausschüsse des Werkes oder des Betriebes gebildet.

Die Ausschüsse der Stadt, des Ortes, des gesamten Werkes oder Betriebes, die Kontrollkommissionen und Revisionskommissionen werden auf den Konferenzen oder den jährlichen Mitgliederversammlungen für die Dauer von zwei Jahren gewählt.

Die Ausschüsse der Stadt, des Ortes, des Betriebes legen bei der Entfaltung der Selbstständigkeit der Grundorganisationen ein einheitliches Vorgehen bei der Lösung politischer, ökonomischer, ideologischer und kultureller Probleme im Umkreis ihrer Tätigkeit fest, sie vereinigen die Anstrengungen der Kommunisten und der Grundorganisationen im gegebenen Wohnort oder Arbeitsstelle. Gemeinsam mit ihnen organisieren sie die politische und ideologische Massenarbeit.

Sie schlagen die Kandidaten-Kommunisten als Abgeordnete für den Stadt- bzw. Ortsnationalausschuß, in die Organe der Gewerkschaft, des Betriebes und in die Selbstverwaltung vor.

Sie führen die Kommunisten in den Nationalausschüssen, in den gesellschaftlichen-, selbstverwaltungs- und Interessenorganisationen zur aktiven Tätigkeit bei der Erfüllung der Aufgaben und der eigenen Mission dieser Organisationen und Organe. Sie gewähren ihnen die notwendigen Informationen, schätzen ihre Arbeit ein und behandeln ihre Vorschläge und Hinweise.

Die national-territorialen Zentralausschüsse können einigen ausgewählten Ausschüssen der Stadt, des Betriebes oder des gesamten Werkes einige oder volle Rechte des Kreisasschusses zubilligen.

Die Kreisorganisation der Partei

29. Die Parteiorganisationen auf dem Territorium eines Kreises bilden die Kreisorganisation der Partei.

30. Das höchste Organ der Kreisorganisation ist die Kreiskonferenz, sie setzt sich aus stimmberechtigten Delegierten zusammen, die in den Grundorganisationen gewählt wurden, und aus Delegierten mit beratender Stimme, die sich aus den bisherigen Mitgliedern und Nachfolgekandidaten des Kreisasschusses zusammensetzen und aus Mitgliedern der Kreiskontroll- und Revisionskommission, insofern sie nicht als Delegierte mit entscheidender Stimme gewählt wurden.

Die Kreiskonferenz

- sie beurteilt die politische Tätigkeit der Kreisorganisation im verflassenen Zeitraum und legt die Aufgaben für deren weitere Tätigkeit fest,
- sie behandelt den Bericht über die Tätigkeit des Kreisasschusses und der Kreiskontroll- und Revisionskommission,
- sie wählt den Kreisasschuß, die Kreiskontroll- und Revisionskommission,
- sie wählt die Delegierten zu den Parteitag der national-territorialen Organisationen und die Delegierten zu dem Parteitag der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei,
- sie entscheidet über Anträge, Beschwerden und Abberufung der Mitglieder der Partei,
- sie behandelt und formuliert den Standpunkt der Kreisorganisation für die Arbeit der höheren Parteiorgane und der Politik der Partei,
- sie behandelt und empfiehlt Vorschläge der Kreisorganisation als Mitglieder der Zentralausschüsse.

Die Kreiskonferenz wird vom Kreisasschuß einmal in zwei Jahren einberufen. Den Termin und das Programm der Beratung gibt der Kreisasschuß mindestens zwei Monate vorher bekannt.

31) Die ausserordentliche Kreiskonferenz wird von Kreisausschuss einberufen:

- a) auf der Grundlage eines Beschlusses der Plenartagung des Kreisausschusses mit Zweidrittelmehrheit,
- b) auf Wunsch eines Drittels der Mitglieder der Kreisorganisation
- c) auf Wunsch der Kreiskontroll- und -revisionskommission, der von einer Vierfünftelmehrheit ihrer Mitglieder gebilligt wurde,
- d) auf einen Beschluss des höheren Parteiorgans.

Die Forderungen nach Einberufung einer ausserordentlichen Kreiskonferenz legen die Parteimitglieder und Grundorganisationen dem Kreisausschuss und der Kreiskontroll- und Revisionskommission vor. Diese Organe sind verpflichtet, die Parteiöffentlichkeit über die Anzahl der vorgebrachten Forderungen zu informieren.

Die ausserordentliche Konferenz findet spätestens einen Monat nach der Ankündigung ihrer Einberufung statt.

Der Kreisparteiausschuss.

- a) auf der Grundlage einer systematischen Erkenntnistätigkeit in Übereinstimmung mit dem Parteiprogramm und den Beschlüssen der höheren Organe setzt er das selbständige Vorgehen bei der Lösung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme des Kreises fest.
- b) er beteiligt sich an der Gestaltung der politischen Entscheidungen der höheren Parteiorgane und der ganzen Partei und sichert ihre Realisierung im Kreis.
- c) er leitet die Arbeit der unteren Parteiorganisationen und -organe, wobei er ihre Selbständigkeit bei der Lösung der örtlichen Fragen respektiert und ihnen in ihrer Tätigkeit hilft. Er löst die Grundorganisationen auf, in denen die Mitgliederzahl unter das festgesetzte Limit abgesunken ist,
- d) er leitet die ideologische Arbeit in der Kreisorganisation, richtet Schulen und Seminare für die Ausbildung des Funktionärsaktivs ein,
- e) wählt das Präsidium, den Vorsitzenden und die Sekretäre des Kreisausschusses,
- f) wählt die Kommissionen des Kreisausschusses und ihre Vorsitzenden,
- g) legt der Kreiskonferenz und den Parteiorganisationen Rechenschaft über seine Tätigkeit ab und informiert die höheren Parteiorgane,
- h) billigt die kommunistischen Kandidaten für den Kreisnationalausschuss und seine Vertreter in die Kreisorgane der Nationalen Front, arbeitet systematisch mit den kommunistischen Abgeordneten mit den Kommunisten in den Kreisorganen der Nationalen Front, der gesellschaftlichen und Interessenorganisationen und schafft ihnen die Bedingungen für eine erfolgreiche Tätigkeit. Er nutzt ihre Erkenntnisse und Gedanken aus und konstuliert mit ihnen seine Entscheidungen,
- i) er gründet und leitet die Presseorgane des Kreisausschusses und billigt die leitenden Redakteure.

j) er billigt sein Budget und kontrolliert seine Erfüllung, er wirtschaftet mit den Finanzmitteln und dem anvertrauten Eigentum der Partei.

k) er kontrolliert und bewertet die Arbeit des Apparates des Kreisausschusses.

Der Kreisausschuss tritt nach Bedarf zusammen, der sich aus der politische Situation und den Aufgaben der Kreisorganisation ergibt, aber mindestens einmal in drei Monaten.

Die Tagung des Kreisausschusses wird vom Präsidium einberufen:

- a) auf eigenen Beschluss,
- b) entsprechend dem Arbeitsplan des Plenums oder auf seinen Beschluss,
- c) auf Wunsch eines Drittel der Mitglieder des Kreisausschusses,
- d) auf Forderung der Kreiskontroll- und Revisionskommission,
- e) auf Wunsch eines Drittels der Grundorganisationen,
- f) auf Beschluss des höheren Parteiorgans.

33) Das Präsidium ist das Exekutivorgan des Kreisausschusses, das in der Periode zwischen seinen Sitzungen die Erfüllung der Aufgaben gewährleistet, die sich aus den Beschlüssen der Kreiskonferenz und des Kreisausschusses ergeben. Es leitet und kontrolliert die Arbeit des Apparats und übt Tätigkeiten aus, mit denen es von Kreisausschuss beauftragt wurde. Das Präsidium ist dem Kreisausschuss verantwortlich und berichtet ihm regelmässig über seine Tätigkeit.

34) Die kommunistischen KNA-Abgeordneten bilden einen Klub der kommunistischen Abgeordneten, der unter der Führung des Plenums des Kreisausschusses und in Übereinstimmung mit seinen Beschlüssen arbeitet.

35) In den Stadtorganisationen, die vom Zentralkomitee der national-territorialen Organisation auf die Ebene der Kreisausschüsse gestellt wurden, können Stadtbezirkssausschüsse gebildet werden, die mit den Rechten örtlicher Parteiausschüsse arbeiten.

Die Zentralkomitees der national-territorialen Organisationen können nach Bedarf auch andere Parteiorganisationen gründen, ihnen einige Rechte der Kreisausschüsse zubilligen oder sie den Kreisorganisationen gleichstellen.

36) Die Stadtorganisationen der Partei in Prag, Bratislava und weiteren grossen Städten haben eine besondere Stellung. Sie bilden Städtesausschüsse, die die Stadtbezirks- und anderen Organisationen mit den Rechten von Kreisorganisationen leiten und die Bemühungen der Kommunisten bei der Gestaltung und Realisierung der Politik in der Stadt vereinigen.

37) Die Bezirkskonferenzen richten sich in ihrer Tätigkeit im Prinzip nach den Beschlüssen, die für die Kreisorganisationen gelten und für ihr Wirkungsgebiet erweitert wurden, und nach den Beschlüssen der Zentralkomitees der national-territorialen Organisationen. Die Zentralkomitees der national-territorialen Organisationen können nach Übereinkunft mit dem Zentralkomitee der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei bestimmte Gebilde zur Hilfe für die Kreisorganisationen einrichten.

National-territoriale Organisation der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei in den tschechischen Ländern und in der Slowakei

38) Die Kommunistische Partei der tschechischen Länder und die Kommunistische Partei der Slowakei sind national-territoriale Organisationen der einheitlichen internationalen Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei. Sie richten sich nach ihrem Programm und ihren Statuten; die Mitglieder haben einen einheitlichen Ausweis.

39) Das höchste Organ der national-territorialen Organisation ist der Parteitag der Kommunistischen Partei der tschechischen Länder und der Kommunistischen Partei der Slowakei. Der Parteitag wird von Delegierten mit entscheidender Stimme, die auf den Kreiskonferenzen gewählt wurden, und Delegierten mit beratender Stimme gebildet, die aus den bisherigen Mitgliedern und Kandidaten des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der tschechischen Länder und der Kommunistischen Partei der Slowakei bestehen, sowie von den Mitgliedern der Kontroll- und Revisionskommission, soweit sie nicht als Delegierte mit entscheidender Stimme gewählt wurden.

Der Parteitag der national-territorialen Organisation:

- a) er beurteilt die politischen, wirtschaftlichen, ideologischen, kulturellen und gesellschaftlichen Probleme der national-territorialen Organisation, ihre Lösung in der verflochtenen Periode und legt die Richtung der weiteren Tätigkeit fest;
- b) er erörtert den Bericht über die Tätigkeit des Zentralkomitees und der Kontroll- und Revisionskommission der national-territorialen Organisation;
- c) er wählt das Zentralkomitee und die Kontroll- und Revisionskommission; zum Mitglied oder Kandidaten des Zentralkomitees und der Kontroll- und Revisionskommission kann nur der gewählt werden, der mindestens fünf Jahre Mitglied der Partei ist;
- d) er entscheidet über Gesuche, Beschwerden und Berufungen der Parteimitglieder und Organisationen;
- e) er erörtert und formuliert den Standpunkt der national-territorialen Organisation zur Arbeit des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei und zur Politischen Partei.

Der Parteitag der national-territorialen Organisation wird von ihrem Zentralkomitee spätestens aller vier Jahre einberufen. Der Termin und das Programm der Beratungen werden vom Zentralkomitee mindestens vier Monate vorher angekündigt.

40) Ein ausserordentlicher Parteitag wird vom Zentralkomitee der national-territorialen Organisation einberufen:

- a) auf Beschluss einer Zweidrittelmehrheit der Mitglieder des Zentralkomitees,
- b) auf Wunsch eines Drittels der Mitglieder,
- c) auf Wunsch der Kontroll- und Revisionskommission der national-territorialen Organisation, der von einer Vierfünftelmehrheit gebilligt wurde,
- d) auf Beschluss des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei.

Forderungen nach Einberufung eines ausserordentlichen Parteitages werden von den Mitgliedern, den Grundorganisationen, den Kreisausschüssen oder Kreiskonferenzen dem ZK und der Kontroll- und Revisionskommission der national-territorialen Organisation eingereicht. Diese Organe sind verpflichtet, die Parteipublikum über die ~~Möglichkeit~~ Anzahl der eingereichten Forderungen zu informieren.

Ein ausserordentlicher Parteitag findet nicht später als drei Monate nach Verkündung seiner Einberufung statt.

41. Das höchste Organ der national-territorialen Organisation zwischen den Parteitagen ist das ZK der national-territorialen Organisation.

Das ZK der national-territorialen Organisation :

entscheidet

- a) Auf der Grundlage der systematischen Auffindungsaktivität und im Einverständnis mit dem Programm der KPC selbständig politische, ideologische, kulturelle, wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme des national-territorialen Ganzes,
- b) nimmt Anteil an der schöpferischen Arbeit politischer Beschlüsse des ZK der KPC, garantiert ihre Verwirklichung und Realisierung im Bereich ihrer Möglichkeiten,
- c) leitet die Arbeit der unteren Parteiorganisationen und Organe, wobei ihre Selbständigkeit bei der Lösung von Fragen im Bereich ihrer Möglichkeiten respektiert wird, sie hilft ihnen in ihrer Arbeit,
- d) wählt das Präsidium, das Sekretariat, den Vorsitzenden und die Sekretäre,
- e) wählt die Kommissionen und ihre Vorsitzenden
- f) ~~legt sich in ihrer Tätigkeit von den Beschlüssen des Parteitag~~
legt über ihre Tätigkeit dem Parteitag, den unteren Parteiorganisationen und Organen Rechenschaft ab und informiert das ZK der KPC
- g) billigt die kommunistischen Kandidaten für die Funktionen der Abgeordneten des Tschechischen Nationalrates und des Slowakischen Nationalrates, ihre Vertreter in die nationalen Regierungen und

Organe der Nationalen Front, arbeitet systematisch mit den kommunistischen Abgeordneten des Nationalrates, mit den kommunistischen Funktionären der Nationalregierung, mit den Organen der Nationalen Front, der gesellschaftlichen und Interessenorganisationen zusammen und schafft die Voraussetzungen für ihre erfolgreiche Arbeit, nützt ihre Erkenntnisse und Bemerkungen und konsultiert sich mit ihnen in der Beschlussfassung.

- h) konstituiert und leitet die Presseorgane der national-territorialen Organisation und billigt ihre Chefredakteure,
- i) konstituiert Parteiunternehmen und Institutionen und billigt ihre Leiter
- j) billigt das eigene Budget und das Budget ihrer Institutionen und kontrolliert seine Erfüllung, die Ausgaben der Finanzmittel und das anvertraute Parteivermögen.

Das ZK tritt nach Bedarf zusammen, wie es die politische Situation und die Aufgaben der national-territorialen Organisation bedingen, mindestens einmal in drei Monaten zusammen. Die Plenartagungen des ZK werden von dem Präsidium einberufen:

- a) nach dem Arbeitsplan des ZK der national-territorialen Organisation,
- b) nach Beschluss der Plenartagung oder des Präsidiums
- c) auf Forderung eines Drittels der Mitglieder des ZK
- d) auf Forderung eines Drittels der Kreisausschüsse
- e) auf Forderung der national-territorialen Kontroll- und Revisionskommission
- f) auf Forderung des ZK der KPC.

Die Zentralkomitees der national-territorialen Organisationen können sich zu einer gemeinsamen Sitzung zur Konsultation gleicher Probleme und Absprache ihrer Lösung, zur Ausarbeitung von Gegenvorschlägen für das ZK der KPC zusammenfinden. Über solche Absichten wird das ZK der KPC in Kenntnis gesetzt.

42. Das Präsidium ist das Exekutivorgan des ZK der national-territorialen Organisation, das in der Zeit zwischen den Sitzungen unter Mithilfe der Kommissionen und Arbeitsgruppen Konzeptionen erarbeitet, die Erfüllung der Aufgaben garantiert, die sich aus den Beschlüssen des Parteitag, des ZK ergeben und leistet die Arbeit, die von dem ZK der national-territorialen Organisation anvertraut wurde.

Das Präsidium ist dem ZK der national-territorialen Organisation Rechenschaft schuldig und reicht ihm regelmäßig Abgabe über seine Arbeit ein.

43. Das Sekretariat garantiert die operative Erfüllung der Aufgaben, die sich aus den Beschlüssen des ZK und seines Präsidiums ergeben, organisiert und leitet die regelmäßige Tätigkeit des Apparates und der Parteiorgane.

Das Sekretariat ist dem ZK der national-territorialen Organisation Rechenschaft pflichtig und reicht ihm regelmäßig Angaben über seine Arbeit ein.

44. Die kommunistischen Abgeordneten des Tschechischen Nationalrates und des Slovakischen Nationalrates bilden einen Klub der kommunistischen Abgeordneten, der unter Führung des ZK der national-territorialen Organisation und im Einverständnis mit seinen Beschlüssen arbeitet.

Die höchsten Organe der KPC.

45. Die national-territorialen Organisationen bilden die einheitliche internationale kommunistische Partei der Tschechoslowakei, die ihre Gleichberechtigung respektiert, die Interessen beider Völker integriert, sowie der Nationalitäten und der ganzen Gesellschaft.

46. Das höchste Organ der KPC ist der Parteitag. Der Parteitag wird von Delegaten mit Stimmrechtsentscheidung gebildet, wählt auf dem Parteitag die national-territorialen Organisationen und Delegierten mit Stimmrecht, die die bisherigen Mitglieder und Stellvertreter des ZK und die Mitglieder der zentralen Kontroll- und Revisionskommission sind, solange die nicht als Delegierte mit Stimmrechtsentscheidung gewählt wurden.

Parteitag der KPC:

- a) er billigt das Programm und das Statut der Partei
- b) schätzt die Verwirklichung der ~~Partizipativ~~ Programmziele der Partei ein und legt die Konzeption und Taktik der Partei in der Innen- und Außenpolitik fest.
- c) berät die Meldung über die Arbeit des ZK und der zentralen Kontroll- und Revisionskommission
- d) wählt ~~ernennt~~ das ZK der Partei, die zentrale Kontroll- und Revisionskommission; Mitglied oder Stellvertreter des ZK und der Kontroll- und Revisionskommission kann nur der sein, der mindestens 5 Jahre Mitglied der Partei ist.
- e) entscheidet über Forderungen, Klagen und Abberufungen der Parteimitglieder und Organisationen.

Der Parteitag beruft das ZK der KPC nicht später als alle vier Jahre ein. Die Einberufung des Parteitages und das Programm der Beratungen gibt das ZK mindestens 6 Monate vor dem stattfinden des Parteitages bekannt.

- f) bestätigt die kommunistischen Kandidaten als Abgeordnete der Nationalversammlung und die Vertreter der Partei für die Regierungsorgane und die Organe der Nationalen Front; arbeitet systematisch mit den Kommunisten in den zentralen, staatlichen und gesetzgebenden Organen, in den Organen der Nationalen Front und der Massenorganisationen, schafft ihnen die Bedingungen für ihre Tätigkeit, wertet ihre Erkenntnisse und Gedanken aus und berät mit ihnen seine Beschlüsse,
- g) legt Rechenschaft über die eigene Arbeit vor dem Parteitag vor den nahgeordneten Organisationen und Organen ab, konstituiert und leitet die zentralen Druckorgane der Partei und bestätigt die Chefredakteure,
- h) unterhält die Betriebe und die Einrichtungen des Zentralkomitees und bestätigt deren Leiter,
- j) bestätigt den eigenen Haushaltsplan und denjenigen ihrer Einrichtungen und kontrolliert seine Erfüllung; legt die Grundsätze für die Wirtschaftsführung der Partei, die Höhe der Mitgliedsbeiträge und für Bildung der finanziellen Quellen zur Tätigkeit der Partei und bestätigt ihre Verteilung.

Das Zentralkomitee und von ihm beauftragte Delegationen vertreten die Partei bei Verhandlungen mit den kommunistischen und Arbeiterparteiern anderer Länder.

Das Zentralkomitee tritt entsprechend der sich aus der inneren und internationalen Situation ergebenden Notwendigkeit und den Aufgaben der Partei zusammen, mindestens jedoch dreimal im Jahr. Die Plenartagung des Zentralkomitees beruft das Präsidium:

- a) gemäss dem Arbeitsplan des Zentralkomitees,
- b) auf Beschluss der Plenartagung oder des Präsidiums,
- c) auf Wunsch eines Drittels der Mitglieder des Zentralkomitees,
- d) auf Wunsch des Zentralkomitees einernationalterritoriale Organisation,
- e) auf Antrag der Zentralen Kontroll- und Revisionskommission.

49. Die Entscheidungen des ZK der KPC zu Problemen der kommunistischen Weltbewegung und der internationalen Beziehungen, zur Arbeit der Parteimitglieder in den Organen und Institutionen von gesamtstaatlichen Charakter, zu Kaderfragen dieser Organe und Institutionen, zu Fragen der Parteiarbeit in den Streitkräften einschliesslich der Volksmilizen, der zentralen Presseorgane der KPC und des Zentralen Parteiarchivs obliegen ausschliesslich dem ZK und werden im Einklang mit den Prinzipien des demokratischen Zentralismus getroffen.

- 19 a -

47. Der ausserordentliche Parteitag wird vom ZK der KPC einberufen.

- a) auf Grund von Beschlüssen von 2/3 der Mitglieder des ZK
- b) auf Forderung eines Drittels der Mitglieder
- c) auf Forderung der zentralen Kontroll- und Revisionskommission, die von 4/5 der Mehrheit der Mitglieder gebilligt wurde,
- d) wenn es von einem Parteitag der nationalen- territorialen Organisationen gefordert wird.

Die Forderungen nach Einberufung eines ausserordentlichen Parteitages reichen die Mitglieder, die Grundorganisationen, die Kreisausschüsse und Kreiskonferenzen, die Zentralkomitees oder Parteitage der national-territorialen Organisationen des ZK der KPC und der zentralen Kontroll- und Revisionskommission ein. Diese Organe sind verpflichtet, die Parteipublikum über die Anzahl der Forderungen nach Einberufung eines ausserordentlichen Parteitages zu informieren.

Der ausserordentliche Parteitag findet nicht später als drei Monate nach Verkündung seiner Einberufung statt.

48. Das höchste Organ der KPC in der Zeit zwischen den Parteitagen ist das ZK der KPC.

Das Zentralkomitee der KPC

- a) nimmt Stellung zur Innen- und Aussenpolitik und koordiniert die Tätigkeit der ganzen Partei zur Durchsetzung der politischen Linie der Parteitag,
- b) legt auf der Grundlage systematischer Erkenntnistätigkeit und in Übereinstimmung mit dem Programm der Partei das Verfahren bei der Lösung der politischen, ökonomischen, ideologischen, kulturellen und sozialen Probleme,
- c) lenkt die nationalterritorialen Organisationen, Parteiorgane und -organisationen in den Einrichtungen von gesamtstaatlichem Charakter, die nicht Bestandteil einer nationalterritorialen Organisation sind, wobei es ihre Rechte respektiert und ihre Initiative unterstützt,
- d) wählt das Präsidium, das Sekretariat, den Vorsitzenden und die Sekretäre des Zentralkomitees der Partei,
- e) wählt die Kommissionen des Zentralkomitees und ihren jeweiligen Vorsitzenden,

Das ZK der KPC hat neingeschränkten Zugang zu sämtlichen Informationen über die Tätigkeit der nationalterritorialen Organe und Organisationen.

In allen übrigen Fragen, sofern die die Existenz, Souveränität oder hoheitliche nationale oder territoriale Interessen berühren, ist die Entscheidung des ZK der KPC rechtsgültig, wenn sie mehr als die Hälfte der Vertreter beider nationalterritorialer Organisationen bei getrennter Abstimmung gestimmt hat. Dieser Abstimmungsmodus wird auf Vorschlag von mindestens der Hälfte der Vertreter einer der nationalterritorialen Organisationen geltend gemacht.

Die Verhandlungen solcher Probleme nimmt das ZK der KPC auf Grundlage der Kenntnis des Standpunkts des ZK der betreffenden nationalterritorialen auf. Es kann eine gemeinsame Tagung des ZK's der nationalterritorialen Organisationen zur politischen Übereinkunft über die Lösung der Probleme einberufen werden. Die gemeinsamen Tagungen der Zentralkomitees der nationalterritorialen Organisationen fassen keine bindenden Beschlüsse.

50. Das Präsidium ist das ausführende Organ des ZK der KPC, das in der Zeit zwischen den Tagungen mit Hilfe der Kommissionen und Arbeitsgruppen die Fragen von konzeptionellem Charakter ausarbeitet, die Erfüllung der sich aus den Beschlüssen des Parteitag und des ZK ergebenden Aufgaben gewährleistet und die Arbeiten ausführt, mit denen es vom ZK beauftragt worden ist.

Das Präsidium ist dem ZK rechenschaftspflichtig, und informiert es regelmäßig über seine Tätigkeit.

51. Das Sekretariat sichert die operative Erfüllung der sich aus den Beschlüssen des ZK und seines Präsidiums ergebenden Aufgaben, organisiert und leitet die laufende Arbeit des Apparats und der Partei-einrichtungen.

Das Sekretariat ist dem ZK rechenschaftspflichtig und erstattet ihm regelmäßig Bericht über seine Tätigkeit.

52. Die Abgeordneten der Nationalversammlung, die Parteimitglieder sind, bilden die Fraktionen der kommunistischen Abgeordneten, die unter der Leitung des ZK der KPC und in Einklang mit seinen Beschlüssen arbeiten.

Die Kontroll- und Revisionskommission der KPC:

52. Die Kontroll- und Revisionskommission der KPC sind objektive, von den leitenden Organen unabhängige Kontrollorgane. Im System der Parteiorgane bilden sie ein relativ unabhängiges System ihrer wirksamen Selbstkontrolle und sind eine unabdingbare Voraussetzung einer gesunden Entwicklung des Parteiorganismus. Sie werden von den Parteitag, Konferenzen, Plenartagungen, eventuelle von den Jahresmitglieder versammlungen der Partei gewählt und sind nur ihnen für die Ausübung ihrer Funktionen verantwortlich. Die Grundsätze für ihre Tätigkeit werden vom Parteitag der KPC bestätigt.

Die Stellung der Kommissionen und ihrer Funktionen schliessen jegliche direkte Verbindung mit einer beschliessenden und ausführenden Tätigkeit aus und können bei solcher Tätigkeit auch nicht durch leitende Organe beauftragt werden. Sie ersetzen nicht die Verantwortung der leitenden und ausführenden Organe und leiten auch nicht die Kommissionen auf den nachgeordneten Ebenen des organisatorischen Aufbaus an, mit denen sie methodisch arbeiten.

54. Die Kontroll- und Revisionskommissionen wählen den Vorsitzenden und seinen Stellvertreter, die dem Plenum für die Durchführung der operativen Arbeit rechenschaftspflichtig sind.

Das Plenum der Kommissionen bestätigt die Besetzung des eigenen ausführenden Apparats, die Einstellung und Entlassung seiner Mitarbeiter; bestätigt den eigenen Haushaltsplan und kontrolliert seine Einhaltung.

55. Die Kontroll- und Revisionskommissionen erfüllen folgende Hauptfunktionen:

a) politische Kontrolle, die in der Kontrolle der Schaffung, der Ausarbeitung und Einhaltung der Linie des Parteitags, der Beschlüsse der Konferenzen und Plenartagungen der Parteiorgane beruht; in der Kontrolle der Tätigkeit der ausführenden Organe und der Mitarbeiter des Apparats in bezug auf die Einhaltung der demokratischen Prinzipien in der Tätigkeit der Partei und in der Entwicklung der innerparteilichen Beziehungen, in der Prüfung und Einschätzung des Niveaus und der Effektivität der Kontrollarbeit der Parteiorgane besteht,

b) Beglaubigung und Widerrufung, deren Aufgabe darin besteht zu verfolgen, ob die Organe und die Mitglieder der Partei im Einklang mit den Statuten der Partei handeln, vor allem wie die Organe die Bedingungen für die Wahrung der Rechte der Mitglieder schaffen, ob die Vorschläge und Empfehlungen sowie Beschwerden der Parteimitglieder und sonstigen Bürger, Organisationen und Organe, die den leitenden Organen zugestellt worden sind, ausgewertet bzw. erledigt wurden, die Anfechtung von Parteistrafen und anderen Entscheidungen der leitenden Organe durch Mitglieder der Partei im Parteischiedsverfahren zu beurteilen und zu schlichten, einen aktiven Schutz der Rechte der Mitglieder, der Organisationen oder einer Minderheit zu gewährleisten,

c) Revision, die in der Kontrolle des zweckmässigen Einsatzes der finanziellen Mittel im Einklang mit den politischen Aufgaben, in der Revision der Führung des Parteieigentums und der Ordnung in der Verwaltung der Organisationen und Organe besteht. Auf den höheren Ebenen verfolgen sie auch rationelle Organisation durch Verwaltungsarbeiten und die Ausnutzung der modernen Arbeitsmethoden und technischen Mittel.

Die kadermässige Zusammensetzung und die Ausstattung der Kontroll- und Revisionskommission müssen so beschaffen sein, dass sie diese anspruchsvollen Funktionen erfüllen können. Die Mitgliedschaft in der Kontroll- und Revisionskommission ist unvereinbar mit der Mitgliedschaft in den leitenden oder ausführenden Organen auf der gleichen Ebene.

56. Die Kontroll- und Revisionskommission legen ihre Feststellungen, Vorschläge und Empfehlungen den leitenden und ausführenden Organen

vor, die verpflichtet, sich mit ihnen zu befassen und die Kommission ihren Standpunkt oder Entschluss spätestens nach 3 Monaten mitzuteilen.

Die Kontroll- und Revisionskommission sammeln selbständig die erforderlichen Informationen, gewähren sich gegenseitig Informationen und haben das Recht voller Auswertung des Informationssystems der Partei und Zugang zu jeglichem Parteimaterial und entsprechenden Dokumenten.

57. An den Plenartagungen der leitenden Organe und an den Verhandlungen der ausführenden Organe nehmen der Vorsitzende, evtl. die Stellvertreter der Kontroll- und Revisionskommission teil. Sonstige Mitglieder nehmen daran teil im Auftrag des Plenums der Kommission. Die Kontrolle und Revisionskommission auf sämtlichen Ebenen haben das Recht, die Einberufung einer Plenartagung des leitenden Organs, einer russischen ordentlichen Konferenz oder einem Parteitag zu beantragen.

Gemeinsame Sitzungen leitender Organe und der Kontroll- und Revisionskommissionen finden statt zur Verhandlung wichtiger politischer und innerparteilicher Probleme oder von Vorschlägen und Stellungnahmen, die die Kommission dem Plenum vorlegt. Über die zu fassenden Entschlüsse entscheidet jedes Organ für sich. Können sich diese Organe nicht einigen, so entscheidet über den Streit die gemeinsame Sitzung der höheren Organe und der höchsten Organe, der Parteitag der KPC.

Die Presseorgane der Partei sind verpflichtet, den vollen Wortlaut der Stellungnahmen und Beschlüsse des Plenums der Kontroll- und Revisionskommission, deren Veröffentlichung die Kommission beschlossen hat, ohne Änderungen zu veröffentlichen.

IV - Die Parteiorganisationen und -organe in der Armee und in den föderativen Organen der Staatssicherheit

58. Die Parteimitglieder in der Armee und den Organen der föderativen Staatssicherheit bilden Parteiorganisationen nach dem strukturellen Aufbau der Streitkräfte. In ihrer Tätigkeit lassen sie sich vom Parteiparteiorganen leiten. Im Kriegsfall arbeiten sie nach Sonderdirektiven der ZK der KPC.

Die Parteiarbeit in den Streitkräften leitet das ZK der KPC über die demokratisch gewählten Organe.

Die Parteiorganisationen und -organe der bewaffneten Kräfte arbeiten eng mit den territorialen Parteiorganisationen und -organen zusammen. Sie unterstützen die öffentliche und politische Tätigkeit ihrer Mitglieder.

V. Parteiverfahren und Parteistrafen

59. Die Parteiorganisationen und -organe sind verpflichtet, Hinweise und Beschwerden von Parteimitgliedern und sonstigen Bürgern über Auftreten und Verhalten ihrer Mitglieder zu verhandeln. Für jedes Verfahren bildet das Organ eine besondere Kommission, die die Aufgabe hat, die Gegenstandslosigkeit oder Rechtmässigkeit des Hinweises nachzuweisen. Das Mitglied hat das Recht, der Kommission einen eigenen Anwalt vorzuschlagen. Die Kommission hat die Pflicht, die Ergebnisse in Anwesenheit des Parteimitglieds zu verhandeln. Das Verfahren ist in der Mitgliederversammlung oder im Plenum des Parteiorgans durch die Zurückweisung der Beschuldigung oder durch die Anwendung von Erziehungsmaßnahmen, in ernsteren Fällen durch die Eröffnung eines Disziplinarverfahrens, abgeschlossen.

50. Ein Disziplinarverfahren kann gegen ein Mitglied eröffnet werden, wenn es nicht seine Pflichten erfüllt, nicht im Einklang mit den Statuten der Partei handelt oder sonst dem Ansehen der Partei in der Öffentlichkeit schadet. War eine Anschuldigung nicht nachweisbar, so wird das Disziplinarverfahren eingestellt. Ist die Beschuldigung bewiesen worden, so greift man je nach dem Ernst des Vorfalls und in Ansehung der Persönlichkeit des schuldigen Mitglieds der Partei entweder zu einer Erziehungsmassnahme wie Belehrung, Verweis, kameradschaftliche Kritik in der Mitgliederversammlung, in der Sitzung des Parteiorgans oder zur öffentlichen Kritik. Reichen diese Mittel nicht aus, so wird eine Parteistrafe ausgesprochen: Ermahnung, Verweis, Rüge, Funktionsenthebung, Rüge mit Verwarnung. Ist die Schuld des Mitglieds so gross, dass sein Verbleib in den Reihen der Partei diese ausserordentlich schädigt, so wird er durch das Parteikollektiv aus der Partei ausgeschlossen. Das Ergebnis des Disziplinarverfahrens verhandelt und bestätigt die Mitgliederversammlung oder das Plenum des zuständigen Organs.

Unzulässig ist die Verhängung einer Parteistrafe wegen Meinungsverschiedenheiten, solange sich aus ihnen nicht eine Tätigkeit des Parteimitglieds ergibt, die dem Programm und den Statuten der Partei widerspricht.

61. Über die Verhängung einer Parteistrafe und den Ausschluss aus der Partei entscheidet die Mitgliederversammlung der Grundorganisation in geheimer Stimmabgabe. Über die Verhängung einer Parteistrafe wird durch einfache Mehrheit entschieden. Der Ausschluss aus der Partei gilt, wenn für ihn mindestens $\frac{2}{3}$ der in der Versammlung anwesenden Mitglieder gestimmt haben. Der Ausgeschlossene hat sein Mitgliedsbuch der Leitung der Grundorganisation abzugeben.

62. Über Parteistrafen gegen Mitglieder oder Nachfolgekandidaten der Bezirksausschüsse, Zentralkomitees der nationalterritorialen Organisationen und des ZK der KPC sowie gegen Mitglieder der Kontroll- und Revisionskommissionen entscheiden die Grundorganisationen mit Wissen des betreffenden Parteiorgans dann, wenn der Grund für die Bestrafung am Ort ihres Wirkens entstanden ist. Der Beschluss gilt, wenn er durch das Organ bestätigt wird, dessen Mitglied der Bestrafte ist. Entsteht der Grund für die Bestrafung auf Grund der Ausübung der Funktion in höheren Organen, so entscheidet über die Bestrafung das zuständige Organ im Einvernehmen mit der Grundorganisation.

Ein Mitglied oder ein Nachfolgekandidat der Bezirksausschüsse, eines Zentralkomitees der nationalterritorialen Organisationen oder des ZK der KPC oder ein Mitglied der Kontroll- und Revisionskommissionen dieser Ebenen kann seiner Funktion durch das Plenum des zuständigen Organs durch $\frac{2}{3}$ Mehrheit seiner Mitglieder entoben werden. Den Beschluss bestätigt die zuständige Konferenz bzw. der Parteitag.

Über den Ausschluss eines Mitglieds eines höheren Parteiorgans aus der Partei verhandeln die Grundorganisationen mit Wissen dieser Organe. Die Entscheidung der Grundorganisation über den Ausschluss aus der Partei ist in solchen Fällen gültig, wenn sie durch $\frac{2}{3}$ Mehrheit ihrer Mitglieder von dem Parteiorgan bestätigt wird, dessen Mitglied der Bestrafte ist. Lehnt die Grundorganisation der Partei durch ernste Verletzung des Programms und der Statuten es ab, ihr Mitglied aus der Partei auszuschliessen, so kann den Ausschluss das höhere Parteiorgan beschliessen. Die höheren Parteiorgane haben in Ausnahmefällen die Möglichkeit, den Organisationen und niederen Organen die Einlei-

tung eines Disziplinarverfahrens gegen ihre Mitglieder vorzuschlagen, ihre Stellungnahme und Schlüssfolgerung zu fordern.

63. Verletzt ein Parteimitglied die Gesetze und wird er gerichtlich belangt, so kann ihm die Parteiorganisation oder das Parteiorgan, dessen Mitglied er ist, die Mitgliedschaft in der Partei ruhen lassen bis zur gerichtlichen Entscheidung. Nach Verkündung der Gerichtsurteile wird das Parteiverfahren eröffnet.

64. Ein Parteimitglied, das eine Parteistrafe erhalten hat, aus der Partei ausgeschlossen ist oder dessen Antrag auf Streichung der Parteistrafe abgelehnt worden ist, hat das Recht, bis zu einem Monat nach dem Beschluss sich an die jeweils höhere Parteinstanz bis zum Parteitag der KPC wenden, der über die Berufung entscheidet.

Das gleiche Recht der Berufungseinlegung bis zum Parteitag der KPC hin haben die Parteiorganisationen und -organe, deren Beschluss durch ein höherstehendes Organ geändert worden ist.

Die Parteistrafe bleibt bis zu einer anderen Entscheidung des höheren Parteiorgans gültig, das die Beschwerde des Mitglieds spätestens 2 Monate verhandeln muss.

Ist es zu einer Revision unbegründeter Strafen gekommen und wird das betroffene Mitglied vorstellig, so muss das zuständige Parteiorgan das in der Parteipresse verkünden.

65. Das Organ, das die Strafe ausgesprochen hat, muss dem Mitglied helfen, seine Mängel zu überwinden und sich zu bessern und je nach dem Charakter des Verschuldens und der Höhe der Strafe nach Ablauf eines halben bis ganzen Jahres nach Verkündung der Strafe die Tätigkeit des Mitglieds einschätzen. Sind die Gründe, aus denen die Strafe ausgesprochen wurde, hinfällig, oder hat das Mitglied die Mängel überwunden, so entscheidet das zuständige Parteiorgan oder die Mitgliederversammlung auf Antrag des Mitglieds oder aus eigenem Antrieb über die Streichung der Parteistrafe durch einfache Mehrheit.

66. Verletzt eine Grundorganisation oder ein unteres Parteiorgan ernstlich das Programm und die Statuten, so kann im äussersten Falle das zuständige ZK der nationalterritorialen Parteiorganisation oder Parteiorganisation oder das Parteiorgan auflösen und entscheidet gleichzeitig über die Eingliederung der Mitglieder dieser Organisation. Die Entscheidung über die Auflösung von Organen und Organisationen wird durch 2/3 Mehrheit gefällt.

67. Das weitere Vorgehen bei Parteiverfahren, Disziplinarverfahren und bei der Verhängung von Parteistrafen legen die Direktiven fest, die das ZK der KPC billigt.

VI. Wirtschaftsführung der Partei

68. Die finanziellen Quellen der Partei sind die Mitgliedsbeiträge, die Gewinne der Parteibetriebe ~~oder~~ und andere Einnahmen. Die Parteiorgane informieren die Mitgliedschaft regelmässig über die Verwaltung der finanziellen Mittel.

Die Parteiorganisationen, -organe, -einrichtungen und -betriebe können im eigenen Namen Rechte erwerben und eigentumsrechtliche Verpflichtungen eingehen, sofern es die vom ZK der KPC gebilligten Grundsätze erlauben.

VII. Schlussbestimmungen

69. Die Statuten der KPC enthalten die obligatorischen Grundbestimmungen des inneren Parteilebens. Keine Direktive und kein Beschluss einer Parteiorganisation oder eines Parteiorgans darf diesen Bestimmungen widersprechen.

Die Grundlage für die Auslegung der Statuten und ihrer einzelnen Artikel nach dem eigentlichen Text des Statuts ist der Motivenbericht, den der ausserordentliche 14. Parteitag der KPC gebilligt hat.

In Streitfällen gilt die Auslegung des Plenums des ZK der KPC nach Beratung mit der zentralen Kontroll- und Revisionskommission.

70. Das Recht, das Statut der Partei zu ändern, steht ausschliesslich dem Parteitag der KPC zu.

"Rudé právo" vom 10. August 1968

"Klub 231" erklärt: nur soziale Ziele - keine politischen Ambitionen - Unterstützung für Sozialismus

ADN-Korr. Prag, 25. Juli 68 - Das ZK des "Klubs 231" hielt am Donnerstag in Prag eine Pressekonferenz ab, um die Ziele des Klubs zu erläutern. Sie bestehen nach den Äußerungen der führenden Funktionäre des Klubs in der Unterstützung aller in den vergangenen Jahren in der CSSR zu unrecht Verfolgter oder zu streng Bestrafter, insbesondere der in politischen Prozessen Verurteilten bei ihrer juristischen wie auch bürgerrechtlichen Rehabilitierung.

Der Klub habe keine politischen Ambitionen, sondern vor allem soziale Aufgaben. Er unterstütze, wie mehrfach betont wurde, den von der KPC eingeschlagenen Kurs und den sozialistischen Weg der CSSR. Mit dem Abschluß der Rehabilitierung sei auch seine Aufgabe beendet.

Die Pressekonferenz fand in den Büroräumen des Zentralkomitees und des Zentralsekretariats des "Klubs 231" am Karlsplatz 17 statt. Anwesend waren folgende Funktionäre des Zentralkomitees: der Vorsitzende Karel Nigryn, der Generalsekretär Jaroslav Brodsky (der die einleitende Erklärung abgab), der Stellvertretende Vorsitzende General Dr. Palecek sowie folgende Funktionäre: Hejl (Presse), Prohazka (Organisation), Melicharova (soziale Fragen), Kohout (Propaganda) und Dr. Nevřila (Vorsitzender der ökonomischen Kommission). Außer einigen Prager Journalisten waren Vertreter der Agenturen sozialistischer Länder eingeladen. Anwesend waren TASS, BTA, ADN, Tanjug und anhand der Tischkarten zu ersehen, eingeladen, aber nicht erschienen: MTI und PAP.

Brodsky erklärte einleitend, daß der Klub - der sich selbst als "K 231" bezeichnet - am 31. März 1968 gegründet worden ist, und daß seine Mitglieder überwiegend Nichtkommunisten sind, daß ihm aber auch Kommunisten angehören. Alle seien Menschen, die in den "harten stalinistischen Jahren" vielfach aus nichtigen Gründen in Zuchthäusern saßen. Die gegenwärtige Form des Sozialismus habe Lockerungen nicht nur für die Kommunisten, sondern auch für die Nichtkommunisten gebracht. Der Sozialismus in der CSSR habe jetzt die Prinzipien der

Humanität und Freiheit verwirklicht, derjenigen Prinzipien, nach deren Erfüllung auch die damaligen Häftlinge strebten. Der Sinn des Klubs sei es, diejenigen Leute zu vereinigen, die rechtswidrig verhaftet worden waren und die heute ein Recht haben, eine gerichtliche und bürgerliche Rehabilitierung zu erlangen. Das alles geschehe auf dem Boden der Gesetze, die von der Regierung und der Partei ~~hat~~ gebilligt wurden.

Für den Klub sei das Wichtigere die Wiedererlangung aller Bürgerrechte in der Gesellschaft für seine Mitglieder, denn die Mehrheit sei gerichtlich schon rehabilitiert. Als Beispiel führt er an, daß es Juristen gäbe, die zwar rehabilitiert wurden, aber ihren Beruf noch nicht wieder ausüben können.

"Dem Klub geht es um nichts anderes, als die Ideale des Sozialismus zu erfüllen", sagte Brodsky weiter, alle Menschen müssen in der Gesellschaft ein gleiches Recht haben. Es gehe deshalb auch nicht darum, aus einer früheren Verurteilung Vorteile zu ziehen. Nachdrücklich fügte der Sprecher noch einmal hinzu, daß der Klub zur bürgerrechtlichen Rehabilitierung keine anderen als die gesetzlichen Mittel anwenden will. "Die staatlichen Organe sind der Garant des Erneuerungsprozesses, und wir unterstützen sie."

Der Sprecher betonte sehr stark den sozialen Charakter des Klubs, der keine politischen Ziele verfolge. Er sagt, daß mehrere Mitglieder in "Löchern hausen". Durch Sammlungen versuche man, den Familien von Hingerichteten oder solchen Mitgliedern zu helfen, die von 300 Kronen leben müssen. Im Klub gäbe es zahlreiche Fachleute auf verschiedenen Gebieten, deren Arbeitskraft zwanzig Jahre nicht genutzt worden seien.

"Unter uns gibt es keinen Haß. Wir wissen, daß es in der Geschichte der Völker Epochen gibt, in denen Tausende leiden müssen. Denken wir zum Beispiel nur an Vietnam. Wir sind bereit, uns mit jedem zu versöhnen, der bereit ist, im Interesse des Volkes zu arbeiten. Deshalb bereiten wir einen Gesetzentwurf zur allgemeinen Versöhnung vor. Wir sind bereit, die Versöhnung zu realisieren. Unsere Arbeit wollen wir auf die moderne sozialistische Demokratie konzentrieren. Das Januar-, März- und Maiplenum des ZK der KPC gab

dafür eine ausreichende Basis. Der Klub führt gegenwärtig Verhandlungen mit staatlichen Organen über die Eingliederung des Klubs in das gesellschaftliche System, und wir treffen überall auf volles Verständnis. Der Erneuerungsprozeß garantiert uns Freiheit und ein ehrliches Leben. Wir wollen auf dem Boden der sozialistischen Demokratie zum Aufblühen des sozialistischen Staates beitragen."

"Es gäbe Stimmen, die sagen, daß in den Reihen des Klubs Leute seien, die da nicht hingehören, erklärte Brodsky weiter. "Bei uns gibt es keine Mörder und kriminellen Verbrecher. Zu uns gehören nur diejenigen Menschen, die eine Rehabilitierung zu verlangen haben."

Auf die Frage des TASS-Korrespondenten, ob der Klub meine, daß der Staat unfähig sei, den rechtswidrig Verurteilten soziale Unterstützung geben, sagte Hejl: Wir wollen bei der gerichtlichen Rehabilitierung Unterstützung geben. Wir treten nicht gegen die gesetzlich verankerte Rehabilitierung auf, sondern wir unterstützen sie. Wir wollen das realisieren helfen, wofür das Gesetz Grundlagen geschaffen hat.

Kohout gab auf entsprechende Fragen bekannt, daß nach Unterlagen des Klubs auf Grund des Gesetzes 231 in der Tschechoslowakei (Gesetz zum Schutz der Republik) 35 000 bis 40 000 Menschen zu mehr als zehnjährigen Strafen, 70 000 zu niedrigeren Strafen verurteilt worden waren. Hinzu kommen 35 000 Bauern, die verurteilt wurden, weil sie nicht in die Produktionsgenossenschaft eintreten wollten, und 20 000 Kleinhändler, die sich der Schließung ihrer Geschäfte widersetzen. 20 000 höhere Beamte und Funktionäre wurden in den Jahren 1949 bis 1952 in Konzentrationslagern gebracht, von der Gesellschaft isoliert ohne Gerichtsverfahren, nur auf Grund von Maßnahmen der Staatssicherheit, erklärte er weiter. 100 000 Personen wurden auf unbeschränkte Zeit zu den Militäreinheiten PTP eingezogen, die Zwangsarbeit leisten mußten. Zusammengerechnet sei es eine Viertelmillion Personen, die von gesetzwidrigen Maßnahmen betroffen wurden oder über ihr Maß an Schuld hinaus bestraft wurden. Der Klub fühle sich in erster Linie für die von den Staatsgerichten und den politischen Senaten der

Gerichte Verurteilten 35 000 bis 40 000 Personen verantwort-
lich.

Auf entsprechende Fragen antwortete Brodsky: Natürlich gäbe es bei Wandlungen in der Politik die Gefahr, daß extreme Kräfte auftreten. In die Führung des Klubs seien jedoch solche gekommen, die schon in den Zuchthäusern große moralische Autorität besaßen. Es sei möglich, daß "antikommunistische Radikale" auftreten könnten, jedoch ist das nicht eingetroffen. "Wir haben uns darum gekümmert, und es ist unser Verdienst, daß es nicht dazu gekommen ist."

Auf die Frage von BTA, welche konkreten Maßnahmen der Klub unternommen habe, um sich von antikommunistischen Elementen zu distanzieren sowie nach dem Fall Rambousek antwortete Brodsky: Der Mann, der bei der "Hyde-Park"-Veranstaltung auf dem Altstädter Ring vorgab, im Namen zu unrecht Verurteilter zu sprechen, heißt Molin, sei ein Dieb und Spitzel und war nicht und ist nicht Mitglied vom "Klub 231". Es sei Sache der Studenten, solche Sachen nicht zu veranstalten, wo jeder auf die Tribüne steigen kann, um Unsinn zu erklären. Rambousek, der angeblich amerikanischer Agent gewesen sein soll, sei von der Staatssicherheit provoziert worden, er habe ein Anrecht auf einen Erneuerungsprozeß. "Rudé Právo" habe kein Recht, einen Artikel über ihn zu schreiben, der sich auf das Material aus dem Jahre 1950 stützt, weil es falsch sei. Die Zeitung hätte bis zu dem Prozeß arbeiten sollen. Wenn heute ein Gericht feststellen würde, daß Rambousek ein Spion war, dann ist kein Platz für ihn in dem Klub. Es gehe aber nicht an, daß "die Straße" und dazu seien auch solche Redakteure von Zeitungen zu zählen, einfach jemandem auf Grund von alten Materialien beschuldigen können.

Hejl fügte hinzu, daß der heutige Präsident Svoboda nur Dank der Intervention sowjetischer Behörden nicht aufgehängt wurde, denn mehrere Leute seien damals schon gezwungen worden, auszusagen, daß Svoboda ein amerikanischer Spion war. Höchstwahrscheinlich seien die Beschuldigungen gegen Rambousek damals genauso wie die in anderen Fällen ausgearbeitet worden.

Material für Pressekongress

Auffang. für mediale Rezensionen

5X

Abteilung Information

11.7.68

BSTU
0090

Übersetzung aus Rude pravo v. 10.7.68

(1)

Vor der Entscheidung (über das neue tschechoslovakische
Modell des Sozialismus)

Die Mitglieder und Mitarbeiter des zwischenbereichlichen Teams für die Untersuchung der gesellschaftlichen und menschlichen Beziehungen der wissenschaftlich-technischen Revolution haben gefordert, dass ihre Stellungnahme zur aktuellen Frage der gegenwärtigen Entwicklung veröffentlicht wird.

Zwischenbereichliches Team für die Untersuchung der gesellschaftlichen und menschlichen Beziehungen der wissenschaftlich-technischen Revolution im Philosophischen Institut des ČSAV:
D.Barta, E.Bartos, J. Bednar, J.Cvek, I. Dubska, E.Dala, R. Filkus, J.Hermach, M. Horvathova, J.Janousek, J.Klausa, O.Klein, J.Kosta, M.Kral, F.Kutta, M.Lakomy, B.Levcik, E.Magdolen, K. Minarik, O.Novy, V.Parizek, O.Pavlik, M.Prucha, R.Richta, J. Slama, M.Svoboda, J.Sindelar, I.Tondl, J.Vrba, G.Bares, K.Bertelmann, J.Bolina, V.Bremner, Z.Drab, B.Filipova, J.Filiper, J.Fischer, M.Gottlieb, M.Hanzelka, M.Hajek, J.Havelka, V.Herink, A.Hodak, R.Horak, J.Houska, M.Hrouda, Z.Javurek, B.Jungmann, J.Kotasek, E.Löbl, B.Löwenstein, P.Machonin, K.Markova, S.Medonos, J.Musil, V.Nachtigal, J.Nekola, J.Orlicky, D.Pokorny, O.Poupa, M.Povondra, S.Provaznik, V.Prikryl, L.Riha, R.Selucky, P.Skalina, J.Srovnal, H.Sychrova, M.Smidak, K.Stregl, A.Ter-Manulianc, M.Toms, M.Teich, L.Urbah, J.Zeleny. 75

Wir erleben eine der dramatischsten Perioden unserer sozialistischen Bewegung und des nationalen Lebens. In den kommenden Monaten; auf dem außerordentlichen XIX. Parteitag wird entschieden werden, ob die Völker dieses Landes genügend Kräfte, Mut, Horizont und Zielbewusstsein finden werden, um definitiv zu beweisen, dass sie aus der Krise herauskommen können, in der sie sich im Laufe der vergangenen Jahre befanden; ob sie die Barrieren überwinden, die auf dem Wege errichtet wurden, den sie vor 20 - 25 Jahren im Bestreben betreten haben, in ihrem Heimatland das permanenteste soziale Experiment in unserer ganzen Geschichte zu verwirklichen - die sozialistische und kommunistische Gesellschaft aufzubauen; ob sich die Hoffnungen erfüllen, die der Erneuerungsprozess geweckt hat.

Wir verfolgen bereits lange und intensiv die Entwicklungstendenzen der industriell entwickelten Gesellschaft; wir studieren die Stellung des Menschen in der modernen Zivilisation, beschäftigen uns mit den Anzeichen der beginnenden technisch-

Erwähne
 wissenschaftlichen Revolution in der Welt, lesen die Projekte der künftigen Entwicklung, denken über die Sendung und die Möglichkeiten des Sozialismus in dieser grossartigen, schrecklichen, wunderlichen, zerrissenen, ständig schneller vorwärts strebenden und ständig immer am Rande des Verderbens flutenden Epoche nach. Von dem ABSTAND aus, der uns dieses Studium ermöglicht, ergibt sich viel plastischer, wieviel auf dem Spiele steht. Würden wir die heutige Lage nicht meistern, würden unsere Länder an die Pheripherie der gegenwärtigen Entwicklung geworfen, würden wir das Lebenswerk von mindestens drei Generationen preisgeben, deren Jugend und Mannesjahre in den Flammen des Klassenkampfes, eines unbarmherzigen Krieges, in den schweren, mehrfach irrenden, aber aus der Tiefe des menschlichen Bewusstseins und der Überzeugung hervorgehenden Anstrengungen um die Schaffung der neuen Gesellschaft, verbrannten.

Wir wollen in diesem Augenblick nicht die vielen Worte über die Zeugen der Vergangenheit und Gegenwart noch vermehren. Wir sehen es aber als unsere Pflicht an, die Aufmerksamkeit auf die Probleme zu lenken, die unserer Meinung nach in den kommenden Monaten nicht durcheinander gebracht werden dürfen.

1. Um was handelt es sich heute wirklich ?

Es gibt wahrscheinlich keine Gruppe unserer Gesellschaft, die im Laufe der vergangenen Monate des Erneuerungsprozesses nicht öffentlich auf die harten Bedingungen und Hindernisse verwiesen hätte, gegen die man vor dem Januar kämpfen musste, auf die legitimen Interessen, die nicht befriedigt wurden. Nichts kann besser dokumentieren, wo allgemein der Widerstand gegen die Verdrehungen ist, die das Volk anstelle des Sozialismus antraf, wie schwer die Schuld jener ist, die ständig von den Interessen der Arbeiterklasse und der Werktätigen sprachen, aber in Wirklichkeit sie durch ihre bürokratische Schwachsinnigkeit schwer verwundeten.

Es ist begreiflich, als der Vorhang hochging und die Menschen offen ihre Sorgen zum Ausdruck brachten, dass sich jedem von ihnen eine andere Seite dieses vergangenen Systems als die am meisten bestürzende zeigte und ein anderer Kreis dieser Probleme als ^{am meisten} ~~am meisten~~ beissend. Die Arbeiter stossen sich schon lange ~~rechtigt~~ ^{an} an der bedenklichen Grenze, die die Stagnation des Lebensniveaus und die Verschwendung der menschlichen Arbeit in ihr Leben gesetzt hat. Die Werktätigen aus den Fabriken und von den Feldern die sich durch ihr Können und ihre Qualifikation hervortun, erinnern sich bitter an den sinkenden Ruhm der "goldenen Hände". Die Techniker und Fachleute tragen in sich das Gefühl der vergeblichen Bestrebungen um die Durchsetzung der schöpferischen Kenntnisse und bahnbrechenden Initiative. Für die kulturelle und wissenschaftliche Intelligenz wurde die Unterdrückung der demokratischen Freiheiten untertraglich. Von der Slowakei kam ein deutlicher Protest des Volkes, das nicht

die Kräfte und Hoffnungen, die in ihm schlummern, entwickeln konnte. Für die werktätigen Frauen wurde die Beschaffung der Lebensbedürfnisse zu einem Leidwesen. Die jungen Menschen zeigten ihre Unzufriedenheit über die begrenzten Möglichkeiten ihrer künftigen Selbsthätigkeit.

In der Mischung dieser Klagen kann der Eindruck entstehen, dass es sich um ein unübersehbares Knäuel verschiedener Probleme und Konflikte handelt: zwischen der Intelligenz und den Arbeitern, zwischen der sozialen Sicherheit und dem wirtschaftlichen Dynamismus, zwischen der gesellschaftlichen Selbstverwaltung und politischen Demokratie, zwischen den Kulturschaffenden und technischen Fachleuten, zwischen Tschechen und Slovaken, zwischen Jungen und Alten, zwischen Funktionären und einfachen Mitgliedern, zwischen Kommunisten und Parteilosen. Aber alle diese Interpretationen sind nur der oberflächliche Ausdruck oder die abgezeichnete Form des gleichen wesentlichen Konfliktes, in dem wirklich um das Schicksal des Landes entschieden wird.

Woher kommt dieses "Modell des Sozialismus", wie es bei uns in der vergangenen Zeit aufkam. Dieses "Modell" gründet sich auf die begrenzte oder, entstellte Vorstellung über den Sozialismus; es birgt sich die Gefahr einer Degenerierung und Diskreditierung des Sozialismus. Es ist deshalb angebracht, sich energisch von ihm loszusagen und zu versuchen, ein neues, komplexes Modell der sozialistischen Gesellschaft zu schaffen, die frei von industrieller und bürokratischer Begrenzung und gereinigt von Macht- und Doktrinärswillkür ist.

Das traditionelle Konzept des Sozialismus entstand meistens unter den Verhältnissen der Länder, die unmittelbar nicht über die materielle, soziale und kulturelle Grundlage für eine sozialistische Entwicklung verfügten. Es entwickelte sich als Versuch nach revolutionärer Negierung der grundlegenden Formen der bürgerlichen Gesellschaft auf der Basis, die durch das Niveau der Produktivkräfte der Wirtschaftsinteressen und der politisch-verwaltungsmässigen Traditionen nicht die Möglichkeit gab, diese Negierung mit positivem sozialistischen Inhalt zu erfüllen, sowie das Leben der sozialistischen Gesellschaft nach ihrer eigenen inneren Logik zu entwickeln. Diese Situation führte zur Übergangsetappe, in der die sozialistische Orientierung mit Hilfe von äusseren Noteingriffen von seiten des machtpolitischen Zentrums durchgesetzt wird. Das hat bereits schon ihre Grundlagen deformiert. Aus der Not begann man schliesslich eine Tugend zu machen. Stalin interpretierte diese Begrenzung und Deformation als richtige und beständige Attribute des Sozialismus. Sein Konzept wurde als einzige, für alle gültige Vorstellung über den Sozialismus erweitert. So lebt er bis heute im Bewusstsein vieler Menschen.

Bereits Marx hat der revolutionären Bewegung bewiesen, dass man zur Durchführung dieser riesigen Aufgabe in jeder Etappe erneut den Mut zur Erneuerung, zur Reinigung finden muss, um sich auf das Niveau der gesamten Sendung zu erheben, dass man die Kraft haben muss, sich über alle eigenen Halbheiten, Begrenzungen und den Selbstbetrug lustig zu machen, sich unterschieden mit jeder Diskreditierung, die mit seinem Namen in Zusammenhang gebracht wird, auseinanderzusetzen.

Gerade mit diesem Mut und die Kraft, sich konsequent mit dem alten Modell des Sozialismus und seiner Träger auseinanderzusetzen, handelt es sich heute.

II. Über den freien und demokratischen Sozialismus.

Bereits bei den ersten Schritten auf dem Wege zu revolutionären Veränderungen der Bedingungen des menschlichen Lebens, als die Arbeiterklassen die revolutionäre Diktatur errichteten, um die Kapitalisten zu enteignen und ihre Macht zubrechen, prallte die sozialistische Bewegung an die Kehrseite der Tendenz der politischen Macht. Unmittelbar nach der Revolution wurde diese Macht in den Händen eines solchen Machtmittels für alle Seiten des Lebens des Volkes konzentriert, wie sie früher in keiner Gesellschaftsordnung anzufinden war; dabei wurden jedoch keine Schranken und Garantien gegen den Missbrauch dieser Macht geschaffen, die sofort begann, sich abzugrenzen und der Kontrolle der Bewegung zu entgleiten und ihre Führung zu verteilen und die Werkzeuge der revolutionären Veränderungen der Gesellschaft zu einem Organ der Herrschaft der bürokratischen Kräfte machte. Diese Erfahrungen sollten zu dem Bewusstsein führen, dass eine Gesellschaft als sozialistisch existieren kann, die mit der Beseitigung der aktiven Quellen des Klassenkampfes im Innern des Landes mit der stufenweisen Beseitigung ALLER Instrumente der Repressalien, die ihre Berechtigung verloren haben, die zielbewusst, schrittweise ihre politischen Machtorgane beschränkt und aufhebt, damit sie sich nicht gegen die sozialistische Entwicklung wenden können, ihre Eingriffe in Sphären einstellen, für die sie nicht zuständig sind (Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Parteileben usw). Das bedeutet, die Freiheit und demokratischen Rechte immer mehr für alle aufzumachen, damit jeder Bürger eines sozialistischen Landes tatsächlich keineswegs ein geringeres und keineswegs gleichbleibendes, sondern gerade ein grösseres Mass an Freiheit des Wortes, der Rede, der Versammlung und Vereinigung, der Bewegung und der Reisen antrifft, als es die bürgerliche Gesellschaft gewährte, damit jeder keineswegs weniger und keineswegs gleichbleibend, sondern mehr Rechte geltend machen kann: zur persönlichen und nationalen Selbstbestimmung, zur Bildung, Beschäftigung, Ausnützung der Fähigkeiten, zu persönlichem Besitz, auf demokratische Vertretung und Beteiligung an Entscheidungen und der Leitung. Der sozialistische Demokratismus

kommt so überall, wo dazu die realen Bedingungen geschaffen werden, vom reinen Vertretungssystem zu der tieferen Form der direkten Demokratie, zum System der Selbstverwaltung und kombiniert diese Mittel. Gegenwärtig stehen wir vor der Aufgabe, ein eigenes System der sozialistischen Demokratie zu schaffen: stapenweise neue Möglichkeiten für die Vertretungsdemokratie zu schaffen, in der allernächsten Zeit auf der Basis der Nationalen Front, die im Laufe der Zeit um weitere Organisationen ausgedehnt wird, die ihre sozialistische Orientierung bewiesen haben.

Grosse Bedeutung für die sozialistische Demokratie können die modernen Informations- und Kommunikationsmittel haben, solange sie existieren, damit sich in ihnen wahrheitsgetreu die Meinungen widerspiegeln, die in der Gesellschaft herrschen. Wir möchten gern darauf hinweisen, dass die Mittel der modernen Wissenschaft und Technik heute das alte Demokratie-Problem Rousseaus in ein neues Licht setzen, sie geben die Möglichkeit, dass die Menschen eine ständige Übersicht über die öffentliche Meinung haben, dass sie den Standpunkt wissenschaftlicher Expertisen und Opponenten kennen und die Wahl der Befähigten maximal objektivieren; eine direkte Beteiligung der Verantwortlichen der Gesellschaft bei einigen grundlegenden Entschlüssen (mit Hilfe der modernen Kommunikations- und Rechentechnik) und ständiges Befragen der Meinung aller. ^{erlauben} Die sozialistische Gesellschaft sollte sich die Initiative in dieser Richtung nicht aus der Hand nehmen lassen.

Die Alternative, um die es in unserem gegenwärtigen Leben geht, ist nicht der Austausch des Sozialismus gegen die Demokratie, oder eine gewaltsame, äusserlich dem Sozialismus zuergänzte Demokratie, wie das die Verteidiger des alten Modells auffassen, sondern die Entwicklung der demokratischen Dimension, des eigenen Sozialismus, aber nicht der Niedergang der sozialistischen Projekte, denn ein Sozialismus ohne Demokratie und ihre Entwicklung ist kein Sozialismus.

(wird fortgesetzt)

Schr.

Übersetzung aus Rude pravo v. 11.7.68

BSTU
0096Vor der Entscheidung (2)
=====

(über das neue tschechoslovakische Modell des Sozialismus /

III. Über den Sozialismus mit allgemeinem Unternehmergeist

In den letzten Jahren haben wir uns mehrfach davon überzeugt, dass die notwendigen Veränderungen in der Wirtschaft ohne die radikale Wendung zur Demokratie in der Politik nicht zu verwirklichen sind. Die kommenden Monate und Jahre werden wahrscheinlich die Erfahrung bringen, dass für die Dauer keine Demokratie eingeführt werden kann, ohne eigene, positive Wirtschaftsformen des Sozialismus errichtet zu haben, in denen die Grundinteressen, die sich aus der gesellschaftlichen Arbeit ergeben, zum Ausdruck gebracht werden, sich verbinden und befriedigt werden. Und auf diesem Gebiet stehen wir vor grundlegenden Veränderungen im Begriff des Sozialismus, die sich dank der Initiative unserer Ökonomen bereits seit einigen Jahren abzeichnen.

Wir haben das kapitalistische Eigentum bespitzt. Mit ihm haben wir die früheren treibenden Kräfte des wirtschaftlichen Selbstlaufes demobilisiert. Diese nackte Negierung gab jedoch nicht die höchsten Anreize und beweglichen Formen der wirtschaftlichen Entwicklung von sich heraus und schuf noch kein eigenes sozialistisches System des allgemeinen Unternehmergeistes. Sie verlagerte nur die Leitung der gesamten Wirtschaft auf das Zentrum, das unter diesen Verhältnissen bürokratisch und subjektiv ausfallen muss. Sie erweiterte gerade das allgemeine Desinteresse und die Nichtverantwortlichkeit. Infolge dessen erreicht unsere Gesellschaft beim Aufbau keinen gesellschaftlichen Reichtum, von dem die Realisierung der grundlegenden humanen Intensität des Sozialismus abhängig ist, nicht die Leistungsfähigkeit, die für uns notwendig ist und die einige Länder mit kapitalistischer Wirtschaftsorganisation erreichen.]

Das System, das die Verkörperung der "Arbeiter" - und "Volkspolitik" proklamierte, zeigte eine grobe Unempfindsamkeit gegenüber dem Arbeiter und Werktätigen als Produktivkraft und Verbraucher. Es stellte seine selbstzweckmässige, unsinnige Jagd nach Kennziffern zur Schau. Es ordnete ihm den ewigen Unordnungen auf dem Arbeitsplatz, dem Unwohlsein, der schlechten Qualität von Material und Anlagen unter. Es trieb ihn zum ständigen Suchen nach fehlenden Waren, machte aus ihm einen Gegenstand der schamlosen Schinderei und Erniedrigung von Seiten der Dienststellen, einen ständigen Fordernden nach Wohnung usw. Das System, das seine zentrale Struktur durch die Forderungen nach wissenschaftlicher Leitung begründete, konnte dem Unternehmergeist und der menschlichen Initiative nicht freien Raum geben; es machte nicht den Weg den Befähigten und Qualifizierten frei, nivellierte, betäubte die Kräfte der zahlreichen Armee der Ingenieure, Techniker, Ökonomen, Meister und qualifizierten Arbeiter. Anstelle der dynamischen sozialen Sicherheit

wurde die Sicherheit durchgesetzt, dass der haltlose Zustand und die Befürchtungen, dass es keinen anderen Ausweg gibt, konserviert wird.

Die Gesellschaft, die kein positiv durchgearbeitetes Wirtschaftssystem des sozialistischen Unternehmertums hat, die durch die wirksamen Interessen vereint ist und die eigene, selbständige und dabei sozialistische orientierte Dynamik freigemacht hat, ist immer wieder erneut in der Richtung unterdrückt, die fehlenden Wirtschaftsgüter durch Direktiveingriffe von aussen zu ersetzen, um zu versuchen, den notwendigen Produktionsfortschritt bürokratisch, durch Aktionen des Apparates zu garantieren.

Wir stehen heute vor der historisch bis jetzt nicht bewältigten Aufgabe, ein eigenes positives Wirtschaftssystem des Sozialismus zu erarbeiten, in dem wirklich die Subjektivität der gesellschaftlichen Arbeit geltend wird. Das setzt voraus, die Betriebsökonomik vom Kuratell des Staates zu trennen, die Betriebe als wirtschaftliche Subjekte auf der Grundlage des Systems der Selbstverwaltung mit verschiedenen Typen des sozialistischen Betriebes zu konstituieren. Gleichzeitig sind die Beziehungen so zu entwickeln, dass jedes Betriebskollektiv die Schule des sozialistischen Unternehmertums durchmacht und in die Lage gesetzt wird, wo es alle Fähigkeiten mobilisieren und für den eigenen Fortschritt und den der Gesellschaft in die ökonomische Tat umsetzen muss. Bei dieser Voraussetzung wird sich auch die rationale, planmässige Wirtschaftspolitik des Staates stärker zeigen, der nicht in den Prozess eintritt, sondern um Bedingungen zu schaffen, unter denen die freie Erscheinung der Wirtschaftsinteressen zum Fortschritt für alle wird und den gesamten Wirtschaftsprozess für den Strom von Impulsen freimachen, den die moderne Wissenschaft zusammen mit der Initiative der Werktätigen in das Wirtschaftsleben hineinbringen kann.

IV. Über den modern orientierten Sozialismus.

Wenn die vollständige sozialistische Demokratie ohne die Existenz eines funktionierenden Wirtschaftssystems nicht zu verwirklichen ist, so ist wiederum die Realisierung des Wirtschaftssystems von einer Veränderung in der Orientierung der wirtschaftlichen Entwicklung mit der Richtung auf intensives Wachstum nicht zu trennen. Die bürokratische Direktivleitung der Wirtschaft des Landes erwuchs aus den Bedingungen der extensiven Industrialisierung und wurde auf jedem Schritt neu reproduziert.

Die Wahl, um die es heute geht, ist um so wichtiger, weil wir hier gerade zum Kern der geschichtlichen Aufgaben des Sozialismus kommen. Zum Unterschied von der Minderheit erfüllt bis jetzt der grosse Teil

der Mitglieder unserer Gesellschaft eine einfache, monotone Arbeit, die bei ihm nur Mittel für den Lebensunterhalt ist, sie gibt dem Menschen keine Befriedigung. Der Sozialismus kann sich mit dieser Tatsache nicht abfinden. Er muss schrittweise das Profil der menschlichen Arbeit verändern und sie verkürzen. Er muss moderne Projekte der "humanen Arbeit" ausarbeiten, bei der die gesellschaftlichen Fähigkeiten rationell genutzt werden, ihre Zersplitterung kompensieren, den Monotonismus beseitigen, die Arbeitskultur erhöhen, dem Leben anpassen, die Arbeit mit der Bildung verbinden, die Durchführungsoperationen mit der Leitung, die materiellen Elemente mit den geistigen, die Werktätigen mehr an Entscheidungen teilnehmen lassen usw., um so den Menschen allmählich von jener Grenze zu befreien und ihn zu einem freien schöpferisch Schaffenden zu machen. Andererseits muss man immermehr in die Struktur der nationalen Arbeit eingreifen: Modernisierung der gesamten Zivilisationsgrundlage, Technisierung der Produktionsoperationen, Durchsetzen der modernen Organisationswissenschaft, um die maximalen Möglichkeiten der einfachen Bedienung der Mechanismen durch den Menschen auszuschliessen und die menschliche Tätigkeit in vorproduktive Etappen zu verschieben. Ohne allmähliche Veränderung des Profils der menschlichen Arbeit könnte der Sozialismus nicht die Barriere nivellierter Interessen überwinden, die immer wieder die Entwicklung der freien Selbstgeltung des Menschen stigmatisieren würden.

Das selbe gilt auch für den Verbrauch. Gegenüber der Minderheit ist bis jetzt ein bedeutender Teil unserer Gesellschaft auf ein solches Lebensniveau angewiesen, das es nicht gestattet, die Grenze der täglichen Sorgen um das Leben, um die einfache Reproduktion der Arbeitskraft zu überwinden und ständig und wesentlich den Lebensprozess aller zu erweitern. Aber wenn nicht jeder in seinen Lebensverhältnissen immer mehr Zeit finden wird, die aus der Sphäre der Notwendigkeit freigemacht wurde, immer mehr Gelegenheit zum Aufsteig und zur Befriedigung der vorhandenen und Schaffung neuer und höherer Bedürfnisse, wird der Sozialismus nicht die Barrieren des Konsumentendrucks überwinden und nicht das gesellschaftliche Interesse am Aufstieg aller freimachen.

Die Gesellschaft würde sich in diesem Modell weiter nach jenem logisch industrialisierten Mechanismus bewegen, von dem die letzten Jahre gezeigt haben, dass er die allgemeine Entwicklung dadurch erzwingt, dass das Leben eines grossen Teils von Einzelnen in einen geschlossenen Kreis, der keine Entwicklung braucht, mündet. Der Sozialismus würde seinen humanitären Kern verlieren, seine menschliche Perspektive.

So ist der Sozialismus auf allen Seiten an eine solche Veränderung der Zivilisationsgrundlagen des menschlichen Lebens gebunden, an eine

solche Dynamik der Produktivkräfte, dann würde die ganze Stellung des Menschen, jeder Erfolg in der Entwicklung der menschlichen Kräfte die weitere Beschleunigung der Veränderungen in der Struktur und Dynamik der Produktivkräfte fördern. Das kommt der Auffindung eines gangbaren Weges zur wissenschaftlich-technischen Revolution gleich, die sich in der Welt anbahnt.

Wir erachten es als unsere Pflicht darauf hinzuweisen, dass das demokratische Modell des Sozialismus nicht auf den Industrialisierungsprozess aufgepfropft werden darf. Dieser Versuch müsste scheitern. Denn eine solche Demokratie und ein solcher Humanismus würden noch nicht das Wesen der Unfreiheit berühren, die Millionen Werktätige kennen und spüren. Wird unser Land deshalb die traditionelle überholte Methode der Extensivindustrialisierung nicht auslassen, die bei uns schon ihre Aufgabe erfüllt hat und den Weg zum neuen, höheren Typ der Entwicklung der Produktionskräfte, zur wissenschaftlichen Revolution, nicht finden, wird der Erneuerungsprozess nicht festen und beständigen Boden für die Realisierung der wirklich sozialistischen Entwicklung gewinnen.

schr.

Übersetzung aus Bude pravo v. 12.7.68

BSTU
0100

Vor der Entscheidung (3)

V. Über die humane Sendung der Partei.

Das Schicksal der weiteren Entwicklung des Sozialismus in unserem Land hängt heute unmittelbar von der Stellung der kommunistischen Partei ab. Damit jedoch die kommunistische Partei in der heutigen Zeit bestehen kann, damit sie wirklich die Bildung des neuen Modells des Sozialismus inspiriert, muss sie selbst eine tiefreichende Renaissance durchmachen, muss sie ihre traditionelle Form ändern.

Als elementarer Faktor des politischen Systems muss sich die kommunistische Partei ständig um die besondere Stellung in diesem System bemühen, die die Kontrolle der Macht auf der Grundlage der Partnerschaft, des Wettbewerbs der Gedanken und der Methoden, der Konfrontation und der Opposition ermöglicht.

Aber das ist noch nicht ausreichend. Wir glauben, dass es an der Zeit ist, dass die Kommunisten zu dem Gedanken zurückkehren, der auf dem konstituierenden Parteitag ausgesprochen wurde: dass sie nicht nur eine politische Partei sein wollen, sondern der Vortrupp der neuen Epoche, eine Bewegung, die aus den Tiefen dieser Zeit kommt und bestrebt ist, ihre grundlegenden Widersprüche zu lösen. Das bedeutet, die grundlegenden organisatorischen Prinzipien des Parteaufbaus und der Arbeitsmethoden zu überprüfen, die in einer Zeit entwickelt wurden, als die Partei die Aufgabe einer eng politisch orientierten, militärisch organisierten Abteilung erfüllte, die die ganze Gesellschaft kontrolliert und über jede ihrer Bewegungen entscheidet. Dieser Parteityp, der sich aus den Bedingungen der Diktatur des Proletariats entwickelte, der Durchsetzung der Industrialisierung, und der schließlich die Partei auf ein blosses Instrument der Diktatur des Proletariats oder der Industrialisierung reduzierte, gehört heute der Vergangenheit an. Je schneller das die Kommunisten begreifen, um so schneller wird die Krise überwunden, die die Partei so schwer erschütterte.

Vor allem ist es notwendig, die Illusion aufzugeben, dass alles, was ausserhalb der Partei entsteht oder ohne ihre Billigung, schädlich oder verdächtig ist. Wenn die Grundinteressen, die sich in der Gesellschaft geltend gemacht haben, bereits eine sozialistische Tendenz haben, und es geht vor allem darum, sie empfindsam zu registrieren und zu verbinden, wird diese Illusion ein Ausdruck der Wirklichkeit, dass eine gewisse Gruppe sich das Recht anmasset, ohne Hinblick auf die Interessen der Menschen zu entscheiden.

Die Frage, was zur Festigung der politischen Macht der Partei beiträgt, kann das Kriterium des parteilichen Verhaltens nur unter den Ver-

BSTU
0101

Die früher so akzentuierte Forderung der Einheit der Partei muss von ihrer Beglaubigtenverpflichtung freigemacht werden, aus der sich die gedankliche und Meinungssterilität ernährt. Nicht die Einheit um jeden Preis, sondern die Aktionsfähigkeit ist die Forderung. Wenn die Einheit diese Aufgabe bedroht, steht sie auf falscher Grundlage, ruft nach Lostrennung und Neubildung. Die Einheit als Prozess, als Folge der ständigen inneren Unterscheidung ist die einzig fruchtbare Einheit. Die Absolutisierung der Einheit würde in kritischen Augenblicken, wo es sich um neue und ungewöhnliche Aufgaben handelt, natürlich dazu führen, dass die konservativen Kräfte aus der Partei herausgeführt werden.

Soll sich die Partei schliesslich als Bewegung erneuern, die ständig die sozialistische Entwicklung stimuliert, muss sie die Ziele und Perspektiven formulieren, die über den Horizont der Gegenwart und der kommenden Tage hinausgehen und der Gesellschaft ein Programm anbieten, das die humanistischen Varianten der gegenwärtigen Entwicklung der Zivilisation erschliesst, aber nicht den Menschen die Art und Weise ihres Lebens vorschreiben. Sonst würde die Partei auf dem Krisenweg fortfahren und sich zu einer politischen Partei degenerieren, die kein Recht hat - auch nicht bei den allerbesten Absichten - die gegenwärtige Gesellschaft zu führen.

VI. Über die Veränderung des gesamten Modells.

Der Sozialismus als Gesellschaftssystem hat seine eigene innere, ungeteilte Logik und kann nur dann fungieren, wenn alle seine Glieder fungieren. Die Realisierung des neuen Modells des Sozialismus setzt voraus, es an allen seinen Grundteilen zu realisieren. Auch nur von einer gesamten, tiefreichenden Vorwärtsbewegung, die alle Schichten des gegenwärtigen Lebens erfasst, von der Politik und Kultur bis zur Wirtschaft und Technik, kann die erforderliche Einheit der sozialen Kräfte kommen, die sonst jeder Versuch einer halbteilweisen Lösung zerbricht. Die Wahl, vor der wir stehen, ist eindeutig: entweder es wird eine komplette neue Konzeption des Sozialismus und der Partei verwirklicht, oder der Sozialismus fährt sich auf der Sandbank der Kompromisse, der Machtpositionskämpfe, des Druckes der Konservativen fest, die sich nicht genieren, die schlimmsten Winkel des Nationalgewissens zu mobilisieren, die Gewissenslosigkeit, kleinlichen Hass, übertriebene Vorsicht, Ressentiments, Furcht vor dem Neuen - sowie verzweifelte Ausfälle radikaler Kräfte, die die Geduld und Besonnenheit verloren haben.

Vor der wirklichen Krise, in die unsere Bewegung in den vergangenen Jahren hineingeraten ist, kann man nirgendwohin flüchten. Die Verantwortung für sie tragen nicht das Fernsehen, der Rundfunk und die Presse, die mehr oder weniger gekonnt sie aufdecken, sondern die konservativen Elemente, die unser Land an den Rand des Verderbens gebracht haben. Man ist umsonst auf den Spiegel böse, als sei er an der Wirklichkeit schuld. Es ist unwürdig, den drohenden Zeigefinger gegen jene zu erheben, die Wege zur Besserung suchen, das sollte man gegen jene tun, die sich gegen eine Besserung sträuben und die Drohung einer Wiederholung und Vertiefung der Krise heraufbeschwören.

Es ist gefährlich, die Illusion auszuweiten, dass der Sozialismus angeblich verteidigt wird, wenn wir seine Deformation verteidigen. Denn gerade dadurch öffnen wir den wirklichen Feinden des Sozialismus die Tür. Unsere Pflicht gegenüber dem Sozialismus und der internationalen Arbeiterbewegung lautet: in unserem Lande den Sozialismus in seiner richtigen und vollständigen Form verwirklichen.

Alle, die über die Ergebnisse des XIV. Parteitagés entscheiden werden, sollten sich bewusst sein, dass es unmöglich ist, die Überreste und Fürsprecher des alten überholten Modells zu verbinden, das zu einer katastrophalen Lage für den Sozialismus geführt hat, mit den neuen Elementen zu verbinden; wenn wir nicht in kurzer Zeit zur gleichen Situation kommen wollen, aus der wir gerade herausgekommen sind, wenn wir nicht den Sozialismus überhaupt in Misskredit bringen wollen. Wir sollten uns daran erinnern, dass wenn der Parteitag nicht den Weg zu einem neuen Modell des Sozialismus erschliesst, an die Spitze der Partei Genossen setzt, die durch Überzeugung und Erfahrung, Fähigkeiten und Besonnenheit fähig sein werden, den von fortschrittlichen Kräften in der Parteiführung begonnenen Weg fortzusetzen, wir in kurzer Zeit uns in der gleichen Situation befinden werden, aus der wir gerade herausgekommen sind.

Die Kommunisten müssen die freie, sozialistische Entwicklung der Gesellschaft und des Menschen gegen die Bevormundung und Willkür setzen, den Selbstverwaltungsdemokratismus gegen das Letztbieten durch die Macht, den sozialistischen Unternehmergeist gegen Mittelmaßigkeit, wissenschaftlichen Verstand gegen bürokratische Stumpfheit, modernes Tempo gegen den Schlendrian, nationale und internationale Verantwortung gegen die Zerstörung der nationalen und menschlichen Quellen, den Kommunismus als humanistische Bewegung gegen kleinliches Parteiwesen, die sozialistische Entwicklung gegen Konservatismus und Kapitulation.

Das muss konsequent und rechtzeitig geschehen.

Die Mitglieder und Mitarbeiter des zugehörigen Teams für die Untersuchung gesellschaftlicher und menschlicher Zusammenhänge der wissenschaftlich-technischen Revolution

28. Juni 1968

Schr.

Manifest des Klubs der engagierten Parteilösen

ESTU
0116

ADN-Korr., Prag, 11. Juli 68.- "Svobodne Slovo" vom 11.7. veröffentlicht ein "Manifest des Klubs der engagierten Parteilösen", das von 150 Parteilösen, Mitgliedern und Nichtmitgliedern des Klubs, unterschrieben wurde. Das Manifest hat folgenden Wortlaut:

"Der 50. Jahrestag des Entstehens der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik ist für uns Anlaß, uns zu jenen Ideen zu bekennen, aus denen unsere staatliche und nationale Selbständigkeit hervorgegangen ist. Wir sind überzeugt - ebenso wie der Begründer dieses Staates -, daß sich die Staaten getreu ihren Idealen erhalten, aus denen sie hervorgegangen sind. Wir bekennen uns zu diesen Idealen in ihrer zeitgenössischen, modernen Gestalt und unterstreichen zumindest drei Grundgedanken, die bereits heute das ideologische Rückgrat unseres Klubs sind.

Als Grundlage der gesamten modernen europäischen Politik betrachten wir den Gedanken der Freiheit des Menschen und des Staatsbürgers; die Gleichberechtigung der Bürger, die einstmals in der revolutionären Deklaration der Menschenrechte und der Rechte des Staatsbürgers zum Ausdruck kamen und die jetzt in der Deklaration der Menschenrechte verkörpert werden, die durch die Organisation der Vereinten Nationen aufgenommen wurde. In der Verteidigung dieser Rechte gegen die entmenslichenden Kräfte des Kapitalismus, Faschismus und Stalinismus sehen wir die ununterbrochene Tradition der demokratischen Bemühungen des tschechischen und des slowakischen Volkes, zu der wir uns offen als zuverlässige Basis des tschechoslowakischen Staatsgedankens bekennen. Der zweite Grundgedanke unserer politischen Anstrengungen sind die humanistischen Traditionen der tschechoslowakischen Kultur, die die bedeutendsten Anregungen für die Entwicklung unserer Völker auf dem Gebiet der Wissenschaft, der Kunst, der Religion, der Moral und der Philosophie fanden, nicht aber auf den Schlachtfeldern und in den Anstrengungen um Weltherrschaftsziele oder die reine Vermehrung des materiellen Wohlstandes. In Übereinstimmung mit dieser internationalen humanistischen Tradition der Solidarität, des Friedens und der Zusammenarbeit der Menschen erachten wir als entscheidenden Wert der Nation weder Klassen noch Rassen, sondern unterstreichen die Persönlichkeit des Menschen und sein Schaffen als eigentlichen Sinn der menschlichen Existenz. Der dritte Grundgedanke ist schließlich die gegenwärtige imposante Idee des tschechoslowakischen Experiments, in der der demokratische Sozialismus mit dem großen Programm der persönlichen Freiheiten verbunden werden soll. Die sozialistische Gesellschaftsordnung, die demokratische Machtausübung und die Freiheit des einzelnen sind für uns sowohl Ausgangspunkt politischer Betrachtung als auch das Ziel, um das wir uns bei der heutigen Umgestaltung des politischen Lebens bemühen wollen.

Inhalt ist nicht zur Veröffentlichung bestimmt!

B e i l a g e I

BSTU
0117

- 7 -
Grüne Inf. II/ 11. Juli 68

Eine paradoxe, jedoch logische Folge der stürmischen politischen Entwicklung unseres Landes ist die Tatsache, daß neben personellen Veränderungen an leitenden Stellen weit wichtigere Veränderungen vor sich gingen, - Veränderungen in den Ansichten und in der Haltung der Menschen, eine Veränderung der Atmosphäre der Angst in eine Atmosphäre des Vertrauens und des guten Willens - Veränderungen in der Struktur des politischen Denkens des Menschens. Wir denken an die tausende persönlichen Resolutionen, die im Innern der Menschen vor sich gehen die begriffen haben, daß das Suchen nach Wegen, sich ohne Nachteile der Totalität der Willkür einer kleinen Gruppe von Personen die den Anspruch auf Macht erheben, durchzuschlängeln, des Menschen unwürdig ist. Die inneren Veränderungen, die heute jeder denkende Mensch dieses Landes durchläuft und die einstweilen die einzige Garantie dafür sind, daß die Entwicklung nicht zurückgedreht wird, rufen das Bedürfnis des einzelnen hervor, sich durch die Meinung und das Handeln Menschen zu nähern, die ähnlich denken und fühlen. Es ist eine überraschende und ermunternde Tatsache, daß es gerade die tausenden Parteilosen sind, die sich heute zu ihrem Anteil an der Verantwortung für die weitere Entwicklung der politischen Gestaltung des Staates bekennen. Der sich von Tag zu Tag verstärkende Ruf der Parteilosen nach der Organisation, die in der Lage wäre, ihre Interessen zu vertreten, geht aus der Normalität der Situation der vergangenen zwanzig Jahre hervor, wo künstlich eine scharfe Trennungslinie zwischen den Kommunisten und den Parteilosen gezogen wurde. Diese diskriminierenden Maßnahmen machten es den Parteilosen praktisch unmöglich, irgendeine höhere Stellung in der Wirtschaft, der Politik und damit auch der Gesellschaft einzunehmen, so daß die Parteilosen in der Rolle der passiven, zersplitterten und weniger wertvollen Elemente der Gesellschaft manifestiert wurden. Es ist klar, daß es hier zu einer direkten Verletzung der grundlegenden Menschenrechte kam, wie sie in der UNO-Deklaration formuliert sind, ebenso wie zur Verletzung unserer nationalen Traditionen des Humanismus, der Demokratie und des Sozialismus.

Inhalt ist nicht zur Veröffentlichung bestimmt!

BSTU
0118

B e i l a g e 1

- 4 - Grüne Inf. II/ 11. Juli 68

In der sich neu herausbildenden Struktur unseres politischen Lebens, deren konkrete Gestalt und nähere Herausbildung wir einstweilen nicht näher zu bestimmen wissen, finden wir jedoch ungeachtet der eventuellen meinungsmäßigen und politischen Verästelung auch einige gemeinsame Merkmale, die die Parteilosen zusammenschließen und die Grundlage für die politische Aktivität der Parteilosen im Klub und außerhalb des Klubs bilden. Die politische Aktivität unseres Klubs konzentriert sich einstweilen absichtlich nur auf dieses Minimalprogramm der gemeinsamen Forderungen der Parteilosen, weil wir annehmen, daß die weitere Normalisierung unseres gesellschaftlichen Lebens organisatorisch weiter zur Schaffung oder zum Umbau der politischen Parteien auf der Grundlage prinzipieller weltanschaulicher und perspektivisch erarbeiteter Gesichtspunkte führt. Der Klub hat einstweilen keine Ambitionen nach einer solchen Rolle, weil ihm dazu die legalen, organisatorischen, materiellen und personellen Voraussetzungen fehlen. Wir erachten es jedoch für angebracht, bereits jetzt die parteilose Öffentlichkeit auf die Hauptfragen aufmerksam zu machen und in geeigneter Weise darauf hinzuwirken, daß die grundlegenden Regeln der demokratischen Herausbildung des politischen Lebens und der Staatsmacht eingehalten und respektiert werden. An einem solchen Programm haben heute alle Parteilosen ungeachtet der Frage, die später im Zusammenhang mit den Wahlen formuliert werden wird, ein Interesse, das heißt der Frage des Inhaltes der Programme der vorhandenen oder kommenden politischen Parteien.

Als diese minimalen Regeln des demokratischen Stils, mit denen der Klub seine politische Arbeit aufnimmt, betrachten wir entsprechend dem Bild der grundlegenden Rechte der Staatsbürger insbesondere die Gleichberechtigung der Parteimitglieder und der Parteilosen. Ohne dieses Prinzip kann weder eine wesentliche Verbesserung der Fehler unseres öffentlichen Lebens noch die Überwindung der Krisenerscheinungen in der Ökonomie erzielt werden.

Inhalt ist nicht zur Veröffentlichung bestimmt!

B e i l a g e 1

BSTU
0119

Grüne Inf. II/ 11. Juli 68

Neben der Gleichberechtigung der beiden Gruppen unserer politischen Öffentlichkeit beachten wir als zentrale Frage der kommenden Monate die demokratischen Wahlen, die wir uns nicht anders als geheime Wahlen gesonderter Kandidatenlisten mehrerer politischer Parteien vorstellen können, die gleichzeitig die Kandidatur unabhängiger Abgeordneter zulassen. Das Wahlgesetz muß diese elementaren Forderungen der freien Beteiligung des Bürgers bei der Gestaltung der politischen Organe des Staates erfüllen, muß echte und reale Alternativen für das politische Entscheiden der Bürger gewähren, wenn der Demokratisierungsprozeß nicht in seinem Keim gelähmt werden soll. Letzten Endes wollen wir politische Alternativstandpunkte nicht nur in der Frage der Wahlen schaffen, sondern auch bei der Behandlung wichtiger politischer Tagesfragen.

Wir wollen eine unabhängige politische Kraft völlig neuen Typs sein. Die Interessen, die wir bei der Gestaltung der eigenen politischen Gesichtspunkte darlegen, stellen wir nicht gegen die Kommunistische Partei, sondern neben sie, auf das gemeinsame Ziel orientiert - auf den Sozialismus, der auf der Basis des Humanismus und der Demokratie steht, zu einem Ziele, das der jahrhundertalte Ausdruck der Sehnsucht beider unserer Völker ist". ++beil. 1

inhalt ist nicht zur veroeffentlichung bestimmt

1/3

beilage zur gruenen information 2. ausgabe v. 29.6.68 - 1 -

wortlaut des aufrufs der "2000 worte"

BSTU
0131

adn-korr., prag, 29. juni -

"literarni listy" = "prace" und "mlada fronta" haben am 27. juni noch folgenden aufruf veroeffentlicht, der von ueber 50 z.t. auch international namhaften persoenlichkeiten = vor-allem aus der kultur, wissenschaft und des sports der cssr = unterzeichnet ist. als autor des textes wurde der schriftsteller Ludvik vaculik angegeben.

zweitausend worte, die fuer die arbeiter, landwirte, angestellten, wissenschaftler, kuenstler und alle bestimmt sind

zuerst bedrohte der krieg das leben unseres volkes, dann kamen weitere schlechte zeiten mit ereignissen, durch die seine gesundheit und sein charakter seelisch gefaehrdet wurden. hoffnungsvoll nahm die mehrheit des volkes das programm des sozialismus entgegen, doch seine leitung geriet unrechten menschen in die haende. es haette nicht so sehr geschadet, dass sie nicht genug staatliche erfahrungen, sachkenntnisse noch philosophische bildung hatten, wenn sie wenigstens mehr allgemeine weisheit und anstaendigkeit besaessen und es verstanden haetten, sich die meinung anderer anzuhoeren, und es zugelassen haetten, schrittweise durch faehigere menschen abgeloeset zu werden.

die kommunistische partei, die nach dem kriege das grosse vertrauen der menschen besass, tauschte es allmaehlich solange gegen aemter ein, bis sie alle bekam und nichts anderes mehr hatte. wir muessen das so sagen, und das wissen auch jene kommunisten unter uns, die von den ergebnissen ebenso sehr enttaeuscht wurden wie die andern. durch die falsche linie der fuehrung wurde die partei aus der politischen partei und dem ideologischen bund in eine machtoorganisation umgewandelt, die grosse anziehungskraft fuer herrschsuechtige egoisten, berechenbare feiglinge und menschen mit schlechtem gewissen gewann. ihr zustrom beeinflusste den charakter und die haltung der partei, die intern nicht so organisiert war, dass anstaendige menschen in ihr ohne skandaloes vorgefaelle einfluss gewinnen konnten, sie allmaehlich verwandeln wuerden, so dass sie in die moderne welt staendig hineinpasst. viele kommunisten kaempften gegen diesen verfall, doch was geschah, das konnten sie nicht verhindern.

die verhaeltnisse in der kommunistischen partei waren das modell und die ursache fuer die gleichen verhaeltnisse im staate. ihre verbindung mit dem staate fuehrte dazu, dass sie den vorteil des ruecktritts von der exekutivgewalt verlor. die taetigkeit des staates und der wirtschaftsorganisationen hatte keine kritik. das parlament arbeitete nicht, die regierung regierte nicht und die

direktoren leiteten nicht, man hatte es sich abgewoehnt. die wahlen hatten keine bedeutung und die gesetze verloren an gewicht. in keinem ausschuss konnten wir unsern vertretern vertrauen, und konnten wir das, dann durfte man von ihnen wiederum nichts verlangen, weil sie nichts erreichten. doch noch schlimmer war es, dass fast einer dem andern nicht mehr vertrauen konnte. mit ehrlichkeit erreichte man nichts und ueber irgendeine bewertung nach faehigkeiten sprach man vergebens. deshalb verloren die meisten menschen das interesse fuer allgemeine dinge und kuemmertem sich nur um sich selbst und um geld, wobei auch zur schlechtigkeit der verhaeltnisse gehoert, dass man sich heute nicht mal auf dieses geld verlassen kann. die beziehungen zwischen den menschen verschlechterten sich, die freude an der arbeit ging verloren, kurzum, es kamen fuer das volk zeiten, die seine gesundheit und seinen charakter seelisch gefaehrdeten.

fuer den heutigen stand sind wir alle verantwortlich, mehr aber die kommunisten unter uns, doch die hauptverantwortung haben jene, die ein bestandteil oder instrument der unkontrollierten macht waren. das war die macht einer eigensinnigen gruppe, die sich mit hilfe des parteiapparats von prag bis in jeden kreis und jede gemeinde erstreckte. dieser apparat entschied, was jemand tun darf und was nicht, er leitete fuer die genossenschaftler die genossenschaften, fuer die arbeiter die betriebe und fuer die buerger die nationalausschuesse. keine organisation, nicht einmal die kommunistische, gehoerte in wirklichkeit ihren mitgliedern. die hauptschuld und groesste behauptung dieser herrscher ist, dass sie ihre willkuer als den willen der arbeiterschaft ausgaben. wenn wir dieser tauschung glauben wollten, muessten wir heute den arbeitsern die schuld fuer den niedergang unserer wirtschaft, fuer die verbrechen an unschuldigen menschen und fuer die einfuehrung der zensur geben, die verhinderte, dass ueber all das geschrieben wird, die arbeiter truegen die schuld fuer falsche investitionen, fuer die verluste des handels und fuer den wohnungsmangel. selbstverstaendlich glaubt kein vernuenftiger mensch an eine solche schuld der arbeiterschaft. wir wissen alle, und das weiss besonders jeder arbeiter, dass die arbeiterschaft praktisch lieber nichts entschieden hatte. es war jemand anders, der die arbeiterfunktionaere abstimmen liess. waehrend viele arbeiter vermuteten, dass sie regieren, herrschte in ihrem namen eine besonders herangebildete schicht von funktionaeren des partei- und staatsapparats. sie nahmen faktisch den platz der gestuerzten klasse ein und wurden selbst zu einer neuen obrigkeit. doch sagen wir gerecht, dass sich manche von ihnen dieses schlechten spiels der geschichte laengst bewusst waren. wir erkennen sie heute daran, dass sie unrecht und fehler wiedergutmachen, den mitgliedern und der buergerschaft die entscheidungen zurueckgeben und die kompetenz und den zahlenmaessigen stand des angestelltenappa-

rats einschraenken. sie gehen mit uns gegen die ueberlebten meinungen der parteimitglieder. doch ein grosser teil von funktionaeren wehrt sich gegen veraenderungen und hat bis jetzt gewicht. er hat noch immer die macht in der hand, besonders in den kreisen und gemeinden, wo er sie verdeckt und unklagbar anwenden kann.

wir befinden uns seit anfang dieses jahres im erneuerungsprozess der demokratisierung. er begann in der kommunistischen partei. wir muessen das sagen, und das wissen auch jene nichtkommunisten unter uns, die von hier nichts gutes mehr erwarteten. es muss aber hinzugefuegt werden, dass dieser prozess nicht einmal anderswo beginnen konnte. denn es waren nur kommunisten, die ganze zwanzig jahre lang irgendein politisches leben leben konnten, es war nur die kommunistische kritik, die bei der entstehung der dinge dabei war, und es war nur die opposition in der kommunistischen partei, die das vorrecht hatte, mit dem gegner in beruehrung zu sein. die initiative und die bestrebungen der demokratischen kommunisten sind daher nur eine abzahlung der schuld, die die gesamte partei bei den nichtkommunisten hat, fuer die sie keine gleichberechtigte stellung hatte. es gehoert der kommunistischen partei also kein dank, man koennte vielleicht nur anerkennen, dass sie sich ehrlich bemueht, die letzte gelegenheit zur rettung ihrer und der nationalen ehre zu nutzen. der erneuerungsprozess bringt nichts allzu neues. er bringt gedanken und themen, von denen viele aelter als die irrtuemer unseres sozialismus sind, und andere entstanden unter der oberflaeche des sichtbaren geschehens, sie sollten laengst ausgesprochen sein, wurden aber unterdrueckt. wir sollten nicht die illusion haben, dass diese gedanken jetzt durch die schwaeche der alten fuehrung, die offenbar zuerst durch das zwanzigjaehrige herrschen ermueden musste, das niemand verhinderte. all die falschen elemente, die schon in den fundamenten und in der ideologie dieses systems verborgen waren, mussten offenbar bis zur vollen form heranreifen. wir duerfen daher die bedeutung der kritik aus den reihen der schriftsteller und studenten nicht ueberschaetzen. eine quelle der gesellschaftlichen veraenderungen ist die wirtschaft. das richtige wort hat nur dann seine bedeutung, wenn es in verhaeltnissen gesagt wird, die schon richtig bearbeitet sind. unter richtig bearbeitete verhaeltnisse muss man bei uns leider unsere gesamte armut und den voelligen zerfall des alten regierungssystems verstehen, da sich politiker gewissen typs in ruhe und frieden auf unsere rechnung kompromittierten. es siegt also nicht die wahrheit, sondern die wahrheit bleibt einfach, wenn alles uebrige vergeudet wird. es besteht daher kein grund zu einem nationalen siegeszug, sondern nur ein grund zu neuer hoffnung.

in diesem augenblick der hoffnung, die aber staendig gefaehrdet ist, wenden wir uns an sie. es dauerte einige monate, bevor viele von uns glaubten, dass sie sprechen koennen, doch viele

inhalt ist nicht zur veroeffentlichung bestimmt

beilage zur gruenen information 2. ausgabe v. 29.6.68 - 4 -

BSTU
0134

glauben das nicht einmal jetzt. wir haben aber schon so gesprochen und soviel aufgedeckt, dass wir unsere absicht, dieses regime zu vermenschlichen, auch zu ende fuehren muessen. sonst waere die vergeltung der alten kraefte fuerchterlich. wir wenden uns hauptsaechlich an jene, die bisher nur gewartet haben. die zeit, die anbricht, wird fuer viele jahre entscheidend sein.

die zeit, die anbricht, ist der sommer mit ferien und urlaub, in der wir nach alter gewohnheit alles lassen werden. setzen wir uns aber dafuer ein, dass unsere lieben gegner sich keine sommerpause goennen, die ihre gebundenen leute mobilisieren und sich schon jetzt ruhige weihnachten einrichten wollen. geben wir also acht auf das, was geschehen wird, bemuehen wir uns, es zu verstehen und darauf zu antworten. verzichten wir auf die unmoegliche forderung, dass uns immer jemand hoeheres zu den dingen eine einzige erklaerung und einen einfachen schluss gibt. jeder wird seine schluesse selbst ziehen muessen, auf seine verantwortung. gemeinsame, uebereinstimmende standpunkte koennen nur in diskussionen gefunden werden, fuer die meinungsfreiheit notwendig ist, die eigentlich unsere einzige demokratische errungenschaft des jahres ist.

in den naechsten tagen muessen wir auch eigene initiative und eigene entscheidungen zeigen.

vor allem werden wir solchen evtl. aufkommenden fragen entgegenzutreten, dass es moeglich waere, irgendeine demokratische erneuerung ohne die parteigenossen oder gegen sie durchzufuehren. das waere ungeruecht, aber auch unvernuenftig. die genossen haben organisationen, in denen der fortschrittliche fluegel unterstuetzt werden muss. sie besitzen erfahrene funktionaere. sie haben schliesslich die entscheidenden hebel und druecker staendig in der hand. vor der oeffentlichkeit steht ihr aktionsprogramm, das auch das programm des ersten ausgleichs der groessten ungleichheiten ist, und kein anderer kann ein ebenso konkretes programm haben. es muss gefordert werden, dass sie mit ihren lokalen aktionsprogrammen in jedem kreis und jedem ort vor die oeffentlichkeit treten. hierbei wird es sich sehr schnell um recht gewoehnliche und laengst erwartete richtige taten handeln. die kptsch bereitet den parteitag vor, auf dem das neue zk gewaehlt wird. fordern wir, dass es besser wird als das jetzige. wenn die kommunistische partei heute sagt, dass sie ihre fuehrende position in zukunft auf das vertrauen der buerger und nicht auf gewalt stuetzen will, glauben wir dem soweit, soweit wir menschen glauben koennen, die schon jetzt als delegierte zu den kreis- und bezirkskonferenzen entsandt werden.

die menschen sind in letzter zeit beunruhigt, weil der demokratisierungsprozess zum stillstand gekommen ist. dieses gefuehl ist teilweise ausdrueck der muedigkeit aus dem aufregenden geschehen, teilweise ist es auf die tatsache zurueckzufuehren, dass die

beilage

inhalt ist nicht zur veroeffentlichung bestimmt
zur gruenen information 2 vom 29.6.68

- 5 -

BSTU

0135
vergangene saison eine zeit aufsehenerregender enthuellungen, demissionen von hohen funktionaeren und berauscher reden von nie dagewesener kuehnheit im wort war=

der kampf der kraefte hat sich nur etwas verdeckt, es wird um inhalt, und wortlaut von gesetzen und um das ausmass praktischer massnahmen gekaempft. ausserdem muessen wir den neuen leuten, den ministern, staatsanwaelten, vorsitzenden und sekretaren zeit fuer die arbeit lassen. sie haben ein recht auf diese zeit, damit sie sich entweder bewaehren oder unmoeglich machen koennen. ausserdem kann man heute in den zentralen politischen organen nicht mehr erwarten. sie zeigten ganz unwillkuerlich bewundernswerte tugenden. die praktische qualitaet der kuenftigen demokratie haengt davon ab, was in den betrieiben und mit den betrieiben geschehen wird. bei all unseren diskussionen haben uns letzten endes die oekonomen in der hand. gute oekonomen muessen gesucht und genutzt werden. es stimmt, dass wir alle im vergleich zu den entwickelten laendern schlecht bezahlt sind und manche noch schlechter. wir koennen mehr geld fordern - das sich drucken und damit entwerten laesst. fordern wir lieber die direktoren und vorsitzenden auf, uns darzu legen, was und fuer wieviel sie produzieren, wem sie was zu welchem preis verkaufen wollen, wieviel davon fuer die modernisierung der produktion investiert wird und was verteilt werden kann. unter scheinbar langweilig klingenden ueberschriften spiegelt sich in der presse der harte kampf um demokratie oder die essschuessel wider. hier koennen die arbeiter durch die wahl der mitglieder fuer die betrieibsverwaltungen und betrieibsraete eingreifen. als angestellte koennen sie fuer sich am meisten tun, wenn sie ihre natuerlichen fuehrer, faehige und ehrlichen menschen ohne ruecksicht auf parteizugehoerigkeit als vertreter in die gewerkschaftsorgane waehlen.

wenn man in dieser zeit von den gegenwaertigen zentralen politischen organen nicht mehr erwarten kann, muss in den kreisen und gemeinden mehr aufgeholt werden. fordern wir den abtritt der menschen, die ihre macht missbrauchten, gemeinsames eigentum schaedigten, unehrlich oder unhuman gehandelt haben. es muessen methoden gefunden werden, um sie zum abtritt zu bewegen. zum beispiel: die oeffentliche kritik, resoluitionen, demonstrationen, demonstrationen von arbeitsbrigaden, geschenksammlungen fuer ihre rente, streik oder boycott ihrer tueren. gesetzwidrige, ungehoerige und grosse methoden sind abzulehnen, weil sie zur beeinflussung alexander dubceks missbraucht wuerden. unsere abneigung vor dem schreiben grober briefe muss so allgemein sein, dass ein jeder brief dieser art, den sie noch erhalten, fuer einen brief gehalten werden kann, den sie selbst haben schreiben lassen. erneuern wir die taetigkeit der nationalen front. fordern wir oeffentliche sitzungen der nationalausschuesse. zu fragen, die niemand wissen will, bilden wir eigene kommissionen und ausschuesse von buergern. das ist ganz einfach: es kommen ein paar leute zusammen, sie waehlen einen vorsitzenden, fuehren ein ordentliches

protokoll, veroeffentlichen ihren beschluss, fordern eine loesung und lassen sich nicht einschuechtern. die kreis- und ortspresse, die in der mehrzahl zum amtsrohr degenerierte, verwandeln wir in eine tribuene aller positiven politischen kraefte, fordern wir die bildung von redaktionsraeten aus vertretern der nationalen front oder schaffen wir andere zeitung. gruenden wir komitees zum schutz der meinungsfreiheit. organisieren wir bei allen versamm- lungen einen eigenen ordnungsdienst. wenn wir komische nach- richten hoeren, so ueberpruefen wir sie, schicken wir delega- tionen zu den kompetenten stellen, deren antwort wir vielleicht an tueren veroeffentlichen. unterstuetzen wir die organe der sicherheit, wenn sie wirkliche straftaten ahnden. unser bestreben ist nicht, stillstand oder einen zustand allgemeiner unsicherheit zu schaffen. gehen wir streitigkeiten mit den nachbarn aus dem wege, ersaufen wir nicht in politischen zusammenhaengen. decken wir spitzen auf!

BSTU
0136

die lebhafteste gesellschaftliche bewegung im sommer in der ganzen republik wird ein interesse fuer die regierung der staatsrechtlichen beziehungen zwischen den tschechen und slowaken hervorrufen. wir halten die foederalisierung fuer eine methode zur loesung der nationalitaetenfrage. sie ist eine der bedeutsamen massnahmen zur demokratisierung der verhaeltnisse. diese mass- nahme allein muss auch den slowaken kein besseres leben bringen. das regime - extra in den tschechischen laendern, extra in der slowakei - wird dadurch noch nicht geloest. die herrschaft der partei- und staatlichen buerokratie kann andauern, in der slowa- kei sogar um so mehr, weil sie "groessere freiheit-erkaempft- hat."

grosse beunruhigung geht in der letzten zeit von der moeg- lichkeit aus, dass in unsere entwicklung auslaendische kraefte ein- greifen koennten. auge in auge mit ihrem uebergewicht koennen wir nur anstaendig auf dem unseren beharren und nichts anzetteln. unserer regierung koennen wir klar machen, dass wir hinter ihr auch mit der waffe in der hand stehen werden, wenn sie das tun wird. wozu wir ihr das mandat geben und unseren alliierten koennen wir versichern, dass wir die buendnis- freundschafts- und handels- vertraege erfuellen werden. unsere nervoesen vorwuerfe und argu- mentslosen verdaechtigungen muessen die lage unserer regierung nur erschweren, ohne dass sie uns helfen. gleichberechtigte be- ziehungen koennen wir nur dadurch sichern, dass wir unsere inne- ren verhaeltnisse auf eine hoehere qualitaet heben und den er- neuerungsprozess soweit fuehren werden, bis wir einmal bei den wahlen solche staatsmaenner waehlen werden, die soviel mut, ehre und politisches wissen besitzen, um solche beziehungen zu konsti- tuieren und aufrecht zu erhalten. das ist uebrigens das problem absolut aller regierungen aller kleineren staaten der welt. + + +

wie nach dem krieg haben wir im diesjaehrigen fruehling erneut eine grosse gelegenheit. wir haben wieder die moeglichkeit, unsere gemeinsame sache, die den arbeitstitel sozialismus traegt, in die haende zu nehmen und ihr eine form zu geben, die besser unserem frueher guten ruf als auch der verhaeltnismaessig guten meinung entsprechen wuerde, die wir frueher ueber uns hatten. dieses fruehjahr ist eben beendet und kommt nicht mehr zurueck. im winter werden wir alles erfahren.

damit endet diese, unsere erklaerung an die arbeiter, bauern, beamte, kuenstler, wissenschaftler, techniker und an alle. geschrieben wurde sie auf anregung von wissenschaftlern. die unterschriften sind keine vollstaendige sammlung der zustimmung sondern nur ein muster der verschiedenen gruppen der bevoelkerung, je nach dem, wen man erreichen konnte. . . .

es folgen u.a. folgende unterschriften:

- x nationalkuenstler beno blachut, mitglied der oper des nationaltheaters in prag
- x prof. dr. jan brod, direktor des institutes fuer kreislaufkrankheiten in prag,
- x marie buszkova, schweinezuechterin, chotebuz,
- x akademiker bohumil bydzovsky, mathematiker,
- E dozent dr. jiri cvekl philosoph,
- x vera caslavska, olympiasiegerin
- x zdenek cechrak, arbeiter bei ckd
- x zdenek fiata, techniker bei ckd,
- x milan hanus, arbeiter bei ckd.
- E jiri hanzelka schriftsteller,
- x miroslav holub, wissenschaftlicher mitarbeiter des mikrobiologischen instituts der akademie der wissenschaften,
- x zdenek holec, arbeiter bei ckd,
- x rudolf hrusinsky, schauspieler und regisseur
- x dusan hruza, arbeiter bei ckd,
- x jan chocena, einzelbauer, chotebuz,
- x jaromil jires, filmregisseur,
- x prof. dr. dr. vilo jurkovic, direktor der 2. internen klinik der medizinischen fakultaet der karlsuniversitaet in hradec kralove,
- x prof. dr. dr. vera kadlecova, direktorin der augenklinik des fakultetskrankenhauses der karlsuniversitaet in prag,
- x dozent dr. a. knop paedagogisches institut in ostrava,
- E karel kosik, philosoph,
- x jaromir koutek, geologe,
- x otomar knejca, regisseur,
- x prof. dr. dr. jiri kral, direktor des instituts fuer sportmedizin in prag,
- E ingenieur miroslav kral, parteihochschule der kpc,
- x karel krautgartner, dirigent des tanzorchesters des tschechoslowakischen rundfunks,
- x prof. dr. dr. vladislav kruta, direktor des physiologischen instituts der j.e. purkyne-universitaet in brno.

inhalt ist nicht zur veroeffentlichung bestimmt

beilage zur gruenen information 2. ausgabe v. 29.6.68 - 8 -

BSTU
0138

- * akademiker vilem laufberger, direktor des laboratoriums fuer grafische untersuchungsmethoden in prag,
 - * prof. dr. pavel lukl, direktor der internen klinik der palacky-universitaet in olomouc, vorsitzender der kardiologischen gesellschaft und vizepraesident der europaeischen kardiologischen gesellschaft,
 - * zuzana marysova, staatsgut chotebuz,
 - * jiri menzel, regisseur,
 - * vladimir mostecky, techniker bei ckd
 - * josef neversil, arbeiter bei ckd,
 - * jaroslav nemecek, arbeiter bei ckd,
 - * bozena patkova, rechtsanwaeltin, prag,
 - * dipl.-ing. emil petyrek, mitglied der akademie der wissenschaften, direktor des bergbau-instituts der akademie der wissenschaften
 - * jiri razka, olympiasieger
 - E ludvik vazulik, journalist
 - E emil zatopek, olympiasieger
 - * dana zatopkova, olympiasiegerin.
- +md/rw

praesidium des zk der kpc zur erklaerung '2 000 worte'
(ausfuehrliche fassung)

BSTU
0139

adm-korr., prag, 28. juli - ctk meldete am freitag: das praesi-
dium des zk der kpc beurteilte auf seiner tagung am 27. juni den
text der erklaerung, die unter dem titel 'zweitausend worte' in
'literarni listy' und den tageszeitungen 'prace',
'zemedelske noviny' und 'mlada fronta' erschien. das praesidi-
um des zk der kpc hat zu diesem text folgende einmuetige haltung
eingenommen:

unabhaengig davon, welche absichten die autoren der erklae-
rung und diejenigen, die sich mit ihren unterschritten angeschlossen
haben, verfolgten - und wir haben keinen grund ihre guten absichten
zu bezweifeln - ist die veroeffentlichung dieses textes ein akt,
der in seinen objektiven folgen die weitere entwicklung des
aktionsprogramms der kpc, der politik der nationalen front und der
regierung unserer republik ungewoehnlich erschweren, ja sogar be-
drohen koennte.

die erklaerung enthaelt keine neuen, positiven gedanken,
die in dem aktionsprogramm der kpc oder in der programmatischen
erklaeung der regierung oder in der erklaeung der politischen
hauptbestandteile der nationalen front vom 15. juni des jahres nicht
verankert sind und an deren realisierung man bereits auf initiative
der neuen parteifuehrung und auf initiative der regierung muhsam
arbeitet. zugleich ist aber der erklaeung 'zweitausend worte'
mit aeusserungen des misstrauens sowohl in die ehrlichkeit der
politik der neuen fuehrung der kpc als auch der nationalen front
und der obersten organe des staates angefuellt.

eben in den tagen, in denen gesetzlich so bedeutsame prinzi-
pien des aktionsprogramms der kpc, wie die beseitigung der
pressezensur und das gesetz ueber die gerichtlichen rehabilitie-
rungen verankert wurden, in einer zeit, in der die regierung gemein-
sam mit der revolutionaeren gewerkschaftsbewegung anregungen zur
entwicklung demokratischer verwaltungsorgane in unseren betriebe-
n gegeben hat, in der der staat fuer die verbesserung der sozialver-
sicherung weitere 2,5 milliarden kronen bereitgestellt hat, in der
es schon oeffentlich bekannt ist, dass man weitere bedeutsame
massnahmen, wie ein gesetz ueber vereinigungs- und versammlungsfrei-
heit, ein verfassungsgesetz ueber die foederative regelung der
republik und die wahl des provisorischen tschechischen national-
rates vorbereitet, in einer zeit, in der die kommu-
nistische partei der tschechoslowakei beschleunigt den 14. partei-
tag vorbereitet, um die neue politik in einer verbindlichen
linie des parteitages zu verankern und damit auch der zusamen-
setzung des neuen zk der partei entspricht, in dieser zeit, in
der die partei mit taten beweist, dass sie ihr wort haelt, sieht
der autor der erklaeung als grund zur beunruhigung an, dass an-
geblich 'der fortgang der demokratisierung zum stehen gekommen
ist.'

die anleitung, die in der erklarung dazu empfohlen wird, um den "fortgang der demokratisierung" zu beschleunigen, wuerde, wenn sie ein echo finden sollte - und zwar unabhangig von den absichten der unterzeichner - eine ernste gefahr fuer die neue politik der kpc, der nationalen front und des sozialistischen staates zur folge haben. die erklarung enthaelt naemlich einen aufruf und treibt zu angriffen gegen die funktionaere der partei und des staates in den kreisen und doerfern an, zur entwicklung solcher formen des drucks, wie streiks, demonstrationen, boykott der menschen usw. zur konstituierung neuer organe ausserhalb der struktur der nationalen front und des staates - "eigener buerger-ausschuesse und -kommissionen". die anleitung, die ausdruecklich gegeben wird - "es treffen einige menschen zusammen, waehlen den vorsitzenden, fuehren ordentlich das protokoll, publizieren ihren befund, verlangen die loesung, lassen sich nicht einschuechtern" - ist eine anleitung dazu, wie die existierende struktur unserer staatlichen und gesellschaftlichen organisationen zu desorganisieren sind.

ohne ruecksicht auf die absichten derer, die die erklarungen unterzeichnet haben, sind ihre formulierungen darauf gerichtet, die erneuerungsbemuehungen der jetzigen fuehrung der kommunistischen partei der tschechoslowakei zu entwerten. sie maechen die kommunistische partei als ganzes fuer die deformationen und verbrechen der fuenfziger jahre ^{verantwortlich} und haben pauschal die ergebnisse der opferreichen arbeit der millionen werктаetigen beim aufbau des sozialismus in den vergangenen zwanzig jahren verurteilt.

die erklarung enthaelt auch eine grobe und beleidigende einschaeztung der politischen situation in der slowakei und spielt dadurch der entfesselung nationalistischer stimmungen in die tasche. ebenso formuliert die erklarung voellig gegen den geist der grundprinzipien der politik der kpc, der nationalen front und unseres staates die fragen unserer aussenpolitik: anstatt eines eindeutigen buendnisses mit der sowjetunion und mit den sozialistischen laendern sieht sie das grundproblem in "der moeglichkeit, dass in unsere entwicklung auslaendische kraefte eingreifen koennten."

wenn diejenigen, die die erklarung unterzeichnet haben, denken - wie es mehrmals im text steht - dass sie durch ihre haltung die entwicklung des neuen politischen systems bei uns unterstuetzen, dann irren sie sich schwer. das praesidium des zk wendet sich an sie, damit sie ihren standpunkt ueberpruefen und sich bewusst werden, dass der einzig wirksame weg, die neue politik der partei zu unterstuetzen, die aktive mitarbeit bei der verwirklichung des aktionsprogramms ist.

das praesidium des zentralkomitees sieht in der veroeffentlichung dieser erklarung am vorabend der kreiskonferenzen zur wahl der delegierten zum ausserordentlichen 14. parteitag der kpc einen angriff gegen die neue politik der partei. die politische plattform der erklarung ebnet objektiv den antikommunistischen tendenzen den weg und treibt wasser auf die muehlen der extremen

inhalt ist nicht zur veroeffentlichung bestimmt

beilage zur gruenen information 3. ausgabe v. 28.6.68 - 40441

BSTU

kraefte, die desorganisation und konfliktsituationen hervorrufen koenntnen. es ist ein angriff gegen die jetzige fuehrung der kpc und des staates, der dazu getrieben werden soll, gegen das auftreten der desorganisierenden, antisozialistischen kraefte mit machtmitteln auftreten zu muessen. dadurch sollen die neue politik diskreditiert werden und die ziele des aktionsprogramms der partei zum scheitern gebracht werden.

das praesidium des zk der kpc ist sich der verantwortung fuer das historische schicksal unseres lebens bewusst. die kommunisten sind entschlossen, nicht einen schritt von den ziele des aktionsprogramms zurueckzutreten, von dem weg, der im januar beschritten wurde.

im namen dieser ziele, die die unterstuetzung der absoluten mehrheit der bevoelkerung finden, lehnt das praesidium die unverantwortlichen aufrufe der "zweitausend worte" ab.

das praesidium des zk der kpc erklaert:

die unterstuetzung der erklaerung "zweitausend worte" wendet sich gegen die neue politik der partei, gegen ihre gegenwaertige fuehrung mit alexander dubcek an der spitze, dessen muessen sich vor allem alle kommunisten bewusst werden, die die politische plattform dieser erklaerung unterstuetzen.

die kommunistische partei wird klar gegen alle versuche auftreten, die aufrufe der erklaerung zu verwirklichen, die auf die gruendung verschiedener ausschuesse oder kommissionen mit politischen funktionen und ziele gerichtet sind, ausserhalb der nationalen front.

die kommunisten werden dafuer sorgen, dass die staatlichen organe mit allen mitteln den vollen schutz und die aufrechterhaltung der gueltigen rechtsordnung garantieren.

das praesidium des zk der kpc wendet sich im interesse dessen, dass man die kraefte der partei und die bemuehungen der gesellschaft auf die praktische realisierung der ziele des aktionsprogramms, auf die loesung der dringlichen fragen der oekonomie und des lebensstandards der bevoelkerung konzentriert, nicht nur an die kommunisten, sondern an alle buerger, an die angehorigen aller bestandteile der nationalen front, an die arbeiter, genossenschaftsbauern, die intelligenz und die jugend, sie sollen nicht zulassen, dass der ruhige, verfassungsmaessige charakter der verlaufenden reform unseres politischen systems gestoert wird. sie sollen sich nicht durch phrasen und worte tauschen lassen, sondern nuechtern und verantwortlich die wahre politische bedeutung solcher schritte und vorschlaege einschaelten, die der aufruf "zweitausend worte" empfiehlt. denn solche politische plattform in der heutigen innenpolitischen und internationalen situation unterstuetzt nicht, sondern bedroht eindeutig unseren ganzen demokratisierungsprozess. wenn man danach irgendwo zu handeln beginnen wuerde, werden solche spaltungstendenzen hervorgerufen, die es unmoeglich machen wuerden, unsere neuen, wirklichen humanistischen sozialistischen und demokratischen ziele zu verwirklichen. ++md/g beilage

inhalt ist nicht zur veroeffentlichung bestimmt

beilage zur gruenen information 3 . ausgabe v. 28.6.68 - 1 -

erklaerung der regierung der cssr

BSTU
0142

prag, 28. juni (ctk) - die regierung lehnt die in dem artikel "2 000 worte" enthaltenen empfehlungen ab, in denen demonstationen, streiks, boykotte gegen funktionaere, druck und drohungen gefordert werden, wie ministerpraesident cernik am 28.6. im parlament erklarte. er verlas vor den abgeordneten der nationalversammlung die stellungnahme der regierung zu dem artikel.

in der regierungserklaerung werden die in dem artikel befuehworteten methoden bedauert, die eine unguenstige atmosphaere der abrechnung, furcht und gewalt schaffen und den prozess der wirtschaftlichen konsolidierung hemmen wuerden.

weiter heisst es, die regierung antworte auf den artikel nicht wegen seines kritischen charakters, sondern weil darin handlungen gefordert werden, die zu einem klima der nervositae, furcht und rechtsunsicherheit fuehren wuerden.

ob es seine verfasser beabsichtigt hatten oder nicht - der artikel "2 000 worte" spielt beiden gruppen von extremisten in die haende, und zwar den konservativen elementen, die eine rueckkehr der verhaeltnisse in der zeit vor januar wuenschen, und den kraefften, die rechtsgerichtete tendenzen vertreten, und koennte die konstruktive entwicklung des sozialistischen erneuerungsprozesses ernstlich beeintraechtigen.

in der regierungserklaerung wird die ueberzeugung zum ausdruck gebracht, dass sich die leute, die den artikel "2000 worte" unterzeichnet haben, von der guten absicht leiten liessen, zum erfolg des erneuerungsprozesses beizutragen. es wird jedoch betont, dass die methode, die sie gewaehlt haben, dazu angetan ist, entgegen ihrem guten willen voellig entgegengesetzte tendenzen zu staerken.

die tatsache, dass der artikel einen tag nach der verabschiedung der gesetze ueber die rehabilitierung und die abschaffung der zensur veroeffentlicht wurde, machte ihn zu einem faktor von ernster politischer bedeutung, woraus sich ein appell zur aktivierung extremistischer kraefte entwickeln koennte, die die erlungenschaften des erneuerungsprozesses gefaehrden koennte.

die regierung erklart, dass sie die verwirklichung ihres erklarten programms fortsetzen und weitere massnahmen ergreifen wird, die es den buergern ermoeeglichen sollen, in demokratischer weise an der lenkung der gesellschaft teilzunehmen. in der erklarerung wird betont, dass die durchfuehrung des programms einer gewissen zeit sowie systematischer, sorgfaeltiger arbeit bedarf, wenn die erneuerung des sozialismus wirklichkeit werden soll.

in diesem prozess werden solche leute abtreten muessen, die in misskredit geraten oder unfaeelig sind, fuer die erfuehlung der grossen aufgaben zu sorgen, heisst es in der erklarerung. es werden jedoch alle methoden bedauert, die solche leute von der gesellschaft isolieren wuerden, in der sie jahrelang gelebt und gearbei-

tet haben, und es wird die notwendigkeit des humanitaeren prinzipis im gegenwaertigen demokratisierungsprozess hervorgehoben.

in der erklaerung appelliert die regierung an alle organisationen der nationalen front und an die nationalen komitees, allen buergern die tuer zu oeffnen, die sich an der gestaltung und durchfuehrung ihrer aktionsprogramme beteiligen wollen.

in der erklaerung wird die ueberzeugung ausgesprochen, dass die tschechoslowakischen buerger, die in den vergangenen monaten eine so grosse politische aktivitaet und verantwortung an den tag gelegt haben, ihre politische klugheit unter beweis stellen und eine derartige entwicklung verhindern werden, die letzten endes zur zersetzung der arbeit der nationalen komitees und der organisationen der nationalen front fuehren wuerde.

in diesem zusammenhang verurteilt die regierung ebenfalls mit entschiedenheit rassistische angriffe und drohungen sektiererischer konservativkreise gegen einige buerger.

die regierung hebt in ihrer stellungnahme hervor, zu den hauptzielen ihres programms und ihrer arbeit gehoerten die buergerlichen freiheiten, die rechtssicherheit und die soziale sicherheit. sie ist entschlossen, das programm voll und ganz zu verwirklichen, wie es in der erklaerung heisst. ++md/g beilage-1

nationale front der cssr zur erklaerung '2 000 worte'

adn-korr. prag, 28. juni - auf einer tagung in prag hat sich die nationale front der cssr am freitag mit der erklaerung 'zweitausend worte' beschaeftigt und sie abgelehnt. 'wir haben keinen zweifel an der ehrlichkeit der absichten', heisst es in der erklaerung. 'die fuehrung der nationalen front konstatiert allerdings mit bedauern, dass einige dieser worte mit ihrem geist und konkreten sinn zweifel ueber die moeglichen politischen und moralischen folgen hervorrufen. diese gruppe wendet sich an die bevoelkerung mit worten, die den eindruck hervorrufen sollen, dass der ganze demokratisierungsprozess ernsthaft bedroht ist. sie saet den samen des misstrauens gerade in einer zeit aus, in der wir am meisten vertrauen benoetigen und sie stiften die bevoelkerung zu undurchdachten schritten an. gerade inmitten unserer gegenwaertigen politischen bewegung ist es aber noetig, die regeln des politischen zusammenlebens zu respektieren.'

bei den stellen des aufrufs, in denen die arbeit der nationalen front kritisiert werde, sei 'nicht zu den gluecklichsten methoden' gegriffen worden. 'die nationale front versichert der gesamten bevoelkerung, dass sie gegenwaertig allseitig die taetigkeit ihrer organe allseitig entwickelt und bedingungen fuer die entwicklung der zusammenarbeit all ihrer organe trifft.'

++md/gbeilage 1a

BSIU
0160

Interview mit Philosophiedozent Dr. Svijtak,
Gründungsmitglied des Klubs engagierter Parteiloser in Prag

Westfernsehen II, 17. Mai 68

S p r o c h e r : Auch der Klub der Parteilosen denkt nicht daran, an den Grundpfeilern der tschechoslowakischen Politik zu rütteln, als da sind die sozialistische Gesellschaftsordnung, die Mitgliedschaft im Warschauer Pakt, die Freundschaft mit der Sowjetunion und die führende Rolle der Kommunistischen Partei. Frage an Dr.

Svijtak: Wenn das der Rahmen ist, welche Möglichkeiten bleiben dann noch für eine Opposition?

S v i j t a k : Unsere wichtigsten Ziele oder Grundsätze müssen wir im Zusammenhang mit den Menschenrechten formulieren. Die Deklaration der Menschenrechte ist eine Basis für eine humanistische Variante für die Demokratisierung. Das ist das erste. Zweitens: Nicht nur humanistische Tradition, sondern auch die Wirklichkeit, sich demokratisch zu betätigen in diesem humanistischen Sinne, in welchem auch die tschechoslowakische Republik von einem Philosophen vor 50 Jahren gegründet wurde, ist für uns der zweite Grundsatz.

F r a g e : Wenn ich es recht sehe, Klub engagierter Parteilo-
loser, KAN in der Abkürzung, vielleicht mit der Möglichkeit,
sich auch als Partei zu konstituieren, nachdem Sie zunächst als
Verein angemeldet sind. Sie sehen diesen Klub, diese Aktivität
neben der Partei, nicht gegen die Partei gerichtet?

S v i j t a k : Ja, das ist ganz richtig gesagt. Wir wollen eine
aktive politische Alternative vorstellen. In den westlichen Ländern
heißt es Opposition. Opposition hat hier eine andere Bedeutung.

F r a g e : Man könnte es noch an einem anderen konkreten Bei-
spiel erläutern. Ich glaube, zu den wichtigsten Zielen gehört es,
die Gleichberechtigung für die Parteilosen im Staat der einen
Partei herzustellen.

S v i j t a k : Ja, das ist eines der wichtigsten Ziele.

F r a g e : Noch konkreter, es geht z.B. darum, dass künftig
die Parteilosen im Berufsleben die gleichen Chancen Ihrer Ansicht
nach haben sollten, wie sie bisher nur die Mitglieder der Partei
haben.

S v i j t a k : Wir wollen keine zweitrangigen Bürger sein, wir
wollen die gleichen Rechte haben. Bis jetzt waren die Mitglieder
der Kommunistischen Partei in einer bevorzugten Stellung. In die-
sem Zusammenhang wollen wir uns natürlich auch bei den Wahlen als
unabhängige Kandidaten vorstellen. Vielleicht könnte aus diesen
Tendenzen eine Partei erwachsen. Aber dazu ist es noch zu früh,
das kann ich Ihnen genau nicht beantworten, in 2 oder 3 Monaten
wird es klarer. Die Gefahr liegt darin, dass eine solche Partei
sofort zu einer antikommunistischen Rolle...

F r a g e : Und das wollen Sie nicht?

S v i j t a k : Das wäre absolut falsch. Wir müssen dem Prozess der
Demokratisierung helfen, sonst werden wir viel verspielen. Die
ungarischen Ereignisse dürfen sich nicht wiederholen, und wir
müssen diese Warnung beherzigen. Die Politik ist die Kunst des
Möglichen. Wir müssen die Wahrheit sagen - das ist die wichtigste
Rolle der Philosophen -, das Wort halten und die Gedanken fördern.
Alles andere machen die Apparate.

inhalt ist nicht zur veroeffentlichung bestimmt
beilage -1 zur-gr. inf. 2. ausgabe v. 1965 --7

m

BSTU

0162

''s p i e g e l'' (13.5.) - interview mit dem prager philosophen
ivan svitak: '' wir sprechen sechs millionen an''

mitte april konstituierte sich im chemischen institut der pra-
ger universitaet ein ''klub engagierter parteiloser'', der sich
selbst als keimzelle einer oppositionspartei in der cssr betrachtet.
hauptsprecher des klubs ist der fruehere philosophie-dozent ivan
svitak, 42, der anfang april mit der forderung aufsehen erregte, die
justizbehoerden sollten den fenstersturz des frueheren aussenmini-
sters masaryk im jahre 1948 - offiziell als selbstmord deklariert -
aufgrund eines spiegel-berichts aus dem jahre 1965 neu unter-
suchen. der spiegel hatte damals berichtet, masaryk sei vom geheim-
dienst ermordet worden.

s p i e g e l : herr svitak, sie hielten dieser tage das haupt-
referat bei der gruendung des ''klubs engagierter parteiloser''. ist
dieser klub die keimzelle einer kuenftigen oppositionspartei in
der tschechoslowakei?

svitak: vorlaeufig ist das nur ein diskussionsklub, und zwar
einer von mehreren. den ersten hat der dramatiker vaclav havel
(''das gartenfest'') gegruendet.

spiegel: wen wollen diese klubs vor allem ansprechen?

svitak: eine ungeheure potentielle kraft: sechs millionen men-
schen im wahlalter sind in unserem land politisch nicht organi-
siert. man kann sich vorstellen, dass diese leute eine aktivere
rolle spielen wollen als bisher - bisher sind sie nur manipuliert
worden.

spiegel: und sie meinen, dass dies ein reservoir fuer eine neue
politische gruppe, eine neue partei sein koennte, die, nicht heute,
aber vielleicht morgen oder uebermorgen neben der kp entstehen koenn-
te?

svitak: ja, dahin geht die tendenz. die beiden nichtkommunisti-
schen schattenparteien, die aus der zeit vor 1948 in der ''nationa-
len front'' unter kommunistischer aufsicht weitervegetieren durf-
te, haben sich durch ihre sklavische kooperation mit den kommunisten
zu sehr kompromittiert. sie werden auch mit neuen maennern nicht-
allzu attraktiv werden.

spiegel: im aktionsprogramm der kommunistischen partei, das
die reform-linie zeichnet, ist aber trotz aller demokratisierungs-
schritte eine echte oppositionspartei nicht vorgesehen.

svitak: richtig. wenn aber die ebenfalls im aktionsprogramm
vorgesehene versammlungsfreiheit ernst gemeint ist, so ist dies
doch ein schritt auf dem wege zu neuen politischen gruppen.

spiegel: auch der ''klub der parteilosen'' scheint faktisch
schon auf dem weg dazu: in punkt 3 seines programms wird die absicht
kundgetan, eigene kandidaten fuer die naechsten parlamentswahlen
aufzustellen. wird das moeglich sein?

svitak: noch wissen wir nicht, ob wir das recht und die moeglich-keit dazu haben werden, das haengt letztlich nicht von uns ab. es haengt vor allem vom neuen wahlgesetz ab - ueber das offiziell freilich noch nicht gesprochen wird. manche leute fuerchten, dass es dabei zu einem faulen kompromiss kommen koennte, etwa, dass die derzeitigen trabanten-parteien in der "nationalen front" weiterhin eine einheitsliste akzeptieren, wenn ihnen die kp dafuer vielleicht 50 statt der jetzigen 20 sitze im parlament zuteilt.

spiegel: ausser dem wahlgesetz fehlt ihrem klub vorlaeufig auch noch die legalitaet. sie sind noch nicht offiziell als verein zugelassen und versammeln sich faktisch illegal.

svitak: wir haben vor einiger zeit die offizielle zulassung beantragt. die antwort steht noch aus - muss aber innerhalb einer gewissen frist erfolgen. werden wir legal zugelassen, so waere das ein praediz fuer alle anderen aehnlichen vereinigungen, und es koennte eines tages zum zusammenschluss der verschiedenen klubs zu e einer groesseren bewegung kommen.

spiegel: glauben sie an die zulassung?

svitak: ich weiss nur, dass die neue gesellschaft fuer menschen-rechte, die sich auf der basis der entsprechenden uno-charta organi-siert hat, bis heute nicht zugelassen wurde, obwohl ihr zwei minister angehoren.

spiegel: welche minister?

svitak: die einzigen zwei nichtkommunisten in der regierung: justizminister kucera und gesundheitsminister vlcek.

spiegel: muesste ihrer meinung nach die kpc bei voellig freien wahlen und der freien zulassung nichtkommunistischer par-teien um ihre vormachtstellung bangen?

svitak: manche meinen das. sie meinen, dass heute eine echte oppositionspartei die kp schlagen koennte. ich halte das fuer voel-lig unreal. es waere eine illusion zu glauben, dass die bevoelke-rung dieses landes antikommunistisch sei. auch ich selbst bin kein antikommunist. schliesslich verdanken wir es den neuen kraeften innerhalb der kp, dass sich ein illegaler klub, wie unserer, ungehin-dert konstituieren und versammeln durfte. nach 20 jahren kommuni-stischer herrschaft sind in diesem lande revolutionaere umwaelzungen ohne die kommunistische partei nicht moeglich. antikommunismus wuerde uns in eine politische katastrophe fuehren.

spiegel: frueher sind sie, herr svitak, durch kritische politi-sche aeusserungen in schwierigkeiten geraten. jetzt engagieren sie sich wieder an exponierter stelle. fuehlen sie sich heute vor schwierigkeiten sicher?

svitak: ein politiker, der nur an sicherheit denkt, ist ein schlechter politiker. wenn sie mich direkt fragen, ob meine jetzige aktivitaet ohne risiko ist, muss ich, glaube ich, leider mit nein antworten. +gr/beil./ 6

Inhalt ist nicht zur Veröffentlichung bestimmt!

B e i l a g e II Grüne Information 3/19. 4. 68

"Rude Pravo": Über den spezifischen Weg zum Sozialismus

BSTU
0241

ADN-Korr. Prag, 19. April 1968 - "Rude Pravo" veröffentlicht am Freitag unter der Überschrift "Über den spezifischen Weg zum Sozialismus - zu einigen Aspekten des proletarischen Internationalismus" einen Artikel von Ivan Synek. Der Verfasser geht davon aus, daß die These über den spezifischen nationalen Weg zum Sozialismus in der internationalen kommunistischen Bewegung kein neuer Gedanke ist, sondern in den programmatischen Dokumenten der einzelnen kommunistischen Parteien diese These theoretisch behandelt wurde. Augenscheinlich sei auch, daß einzelne sozialistische Länder verschiedene sich voneinander unterscheidende Formen des Sozialismus praktizieren, die in ihrer Gesamtheit gerade den nationalen oder spezifischen Weg dieses oder jenes Landes zum Sozialismus darstellen. In diesem Sinne spreche man auch von den verschiedenen nationalen Modellen des Sozialismus, und über den tschechoslowakischen Weg zum Sozialismus werde eindeutig im Aktionsprogramm der KPC gesprochen. Je mehr Länder die sozialistischen Ideale realisieren, desto mehr dieser spezifischen Wege werde es geben.

"Diese nationalen Modelle des Sozialismus unterscheiden sich natürlich von ihrem ursprünglich einzigen praktischen Vorbild - dem sowjetischen -, das ebenfalls in vielem durch das Spezielle des Landes und der Bedingungen bestimmt wird, unter denen es entstand und unter denen es sich formte. Sie unterscheiden sich allerdings auch gegenseitig voneinander. Es schien, daß alle diese Wirklichkeiten üblich sind und allgemein anerkannt werden. In der letzten Zeit tauchen jedoch erneut Ansichten auf, daß das Suchen des spezifischen Weges zum Sozialismus dem Marxismus widerstrebt, im Widerspruch zum Sozialismus steht, eine nationalistische Abweichung ist, die Interessen des Volkes des gegebenen Landes und der internationalen kommunistischen Bewegung schädigt und in ihren Folgen ein Abgehen vom Sozialismus bedeutet."

Inhalt ist nicht zur Veröffentlichung bestimmt!

B e i l a g e

Grüne Inf. III/19. 4. 68
("Rude Pravo")

- 2 - BSTU
0242

Mit diesen Ansichten erklärt sich der Autor nicht einverstanden, da sie seiner Meinung nach vor allem aus dem falschen Verstehen des Prinzips des proletarischen Internationalismus resultieren, und legt seinen Standpunkt dazu folgendermaßen dar:

"Internationalismus und nationale Bedingungen.

In der bekannten Losung 'Proletarier aller Länder, vereinigt Euch' wird kurz und markant die Forderung der internationalistischen Vereinigung unter Mitwirkung aller nationalen Gruppen der Arbeiterklasse als Grundbedingung für den erfolgreichen Kampf gegen das internationale Kapital und für die sozialistische Umgestaltung der Welt ausgedrückt. Die Begründer der Arbeiterbewegung haben richtig begriffen, daß die proletarische Solidarität und die gegenseitige Hilfe der Arbeiter ohne Unterschied der Nationalitäten eine der Hoffnungen und die wirksamste Waffe im ungleichen Kampf mit der internationalen Bourgeoisie sind. Der proletarische Internationalismus wurde zum Hauptprinzip der kommunistischen Bewegung und zum Hauptgrundsatz der praktischen Tätigkeit der kommunistischen und Arbeiterparteien. Obwohl die kommunistischen Parteien für die gemeinsame Sache kämpfen, sie sich gegenseitig unterstützen und zusammenarbeiten, gibt das und kann das auch keine Antwort auf die Frage geben, welche konkreten Formen und Methoden des Kampfes für diese gemeinsame Sache - egal ob schon angewandt oder bisher noch nicht angewandt - sie geltend machen sollen. Auch ihre gemeinsame marxistische Theorie kann keine fertigen Lösungen zu jeder konkreten Situation in jedem konkreten Lande beinhalten. Auch diese Frage können die kommunistischen Parteien nur selbst eine Antwort geben. Nur sie sind dazu berufen, in ihren Ländern die allgemeinen Grundsätze des Marxismus und des proletarischen Internationalismus zu interpretieren und weiterzuentwickeln. Sie wirken unter spezifischen nationalen Bedingungen, die sehr mannigfaltig und unterschiedlich sind. Die Spezifik der einzelnen Länder umfaßt eine bunte Skala der Lebensfaktoren der Gesellschaft: allgemein ausgedrückt, es geht um die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Traditionen und Erfahrungen des Volkes des gegebenen Landes in seiner historischen Entwicklung und der innenpolitischen und internationalen Zusammenhänge.

Für die kommunistische Partei eines sozialistischen Landes, die an der Macht ist, die beabsichtigt, die führende Rolle zu spielen und den Willen der gesamten Gesellschaft auszudrücken, bedeutet das darüber hinaus, daß sie die Interessen aller ihrer Völker, Klassen, Gruppen und Schichten respektieren und abstimmen muß. Deshalb müssen die kommunistischen Parteien der sozialistischen Länder, wenn ihre gemeinsame Theorie eine wirksame Waffe sein soll, solche Formen zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaft suchen, die die nationale Besonderheit ihrer Länder voll respektieren. Die Unterschiedlichkeit der besonderen Bedingungen bestimmt auch von vornherein die Unterschiedlichkeit dieser Formen. Dabei ist nicht entscheidend, ob wir das als eine spezifische Form, ein spezifisches Modell oder einen spezifischen Weg bezeichnen.

Wie sind die sowjetischen Erfahrungen zu verstehen?

In der Welt existiert kein universelles, allen zusagendes Modell des Sozialismus, das auf die konkreten Bedingungen eines jeden einzelnen Landes aufgepfropft werden könnte. Um so weniger kann die Verwirklichung des Internationalismus in der praktischen Tätigkeit der kommunistischen Parteien als eine mechanische Kopierung des sozialistischen Modells eines Landes mit allen seinen Merkmalen und Formen verstanden werden, auch wenn dieses Land als erstes den Weg des Sozialismus beschritten hat. Es würde nämlich die unnorme Situation entstehen - die wir alle noch in lebhafter Erinnerung haben -, daß als Maßstab des sozialistischen Charakters der Gesellschaft nicht nur einige ökonomische und politische Hauptprinzipien angesehen werden, sondern ihre komplexe sowjetische d. h. also eine ebenfalls spezifische Anwendung. In diesem Falle wäre es möglich, jeden eigenen Schritt, der sich von der sowjetischen Praxis unterscheiden würde, als unsozialistisch oder unmarxistisch zu qualifizieren. Das würde z. B. auf unsere Wirtschaftsreform zutreffen, die eine offensichtliche Verneinung des bisherigen Systems der administrativen Leitung und Planung ist, was seinerzeit als ein Attribut des Sozialismus ausgegeben wurde.

Grüne Inf. III/19. 4. 68
("Rude Pravo").

Dies mindert natürlich keineswegs die Bedeutung der sowjetischen Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus und berechtigt in keinem Falle zur Ignorierung der Rolle, die die KPdSU und die Sowjetunion im internationalen Maßstab spielen. Doch die Respektierung der sowjetischen Erfahrungen bedeutet bei weitem nicht, diese Erfahrungen pauschal zu übernehmen, sondern sie auf schöpferische Art und Weise anzuwenden und auf Grund der sowjetischen Erfahrungen den Fehlern und Irrtümern auszuweichen, die die KPdSU beim Aufbau des Sozialismus gemacht hat. Dazu hielten uns übrigens schon früher die sowjetischen Genossen an. Deshalb kann die Tatsache, daß die sozialistischen Länder beim Aufbau des Sozialismus Formen wählen, die sich von den sowjetischen unterscheiden, nicht als undankbar gegenüber der Sowjetunion aufgefaßt werden. Es ist jedoch klar, daß gerade das mechanische Kopieren der sowjetischen Praxis am meisten die Interessen des Sozialismus schädigen würde, auch die der Sowjetunion. Nicht einmal auf dem Gebiete der Außenpolitik kann die internationale Haltung als eine absolute Identität der Methoden und Formen verstanden werden, die von den einzelnen sozialistischen Ländern im Bemühen um die Erreichung der gemeinsamen Ziele angewandt werden. Das würde übrigens auch einer realen Einschätzung der Möglichkeiten der einzelnen sozialistischen Länder und der Rolle widersprechen, die sie in der Welt spielen. Wenn sich z. B. solche Länder wie die Tschechoslowakei bemühen würden, eine Politik der Großmächte durchzuführen, würde das vor allem komisch wirken und würde weder in ihrem eigenen Interesse noch im Interesse der gesamten Bewegung liegen. Auf einige Aspekte einer ähnlichen Tätigkeit zahlen wir übrigens bis heute noch drauf.

Inhalt ist nicht zur Veröffentlichung
bestimmt!

Grüne Inf. 3/19. 4. 1968
("Rude Pravo")

BSTU
0245

-4-

Über das eigene Gesicht der tschechoslowakischen Außenpolitik
Zweifellos ist, daß die Außenpolitik eines sozialistischen Landes
- wenn sie wirklich internationalistisch und keineswegs eine eng
nationalistisch aufgefaßte Politik sein soll - von den gesellschaft-
lichen Interessen der sozialistischen Gemeinschaft in der Welt aus-
gehen, zur Erhöhung ihrer Kraft und Prosperität, zur Stärkung der
Aktionfähigkeit der internationalen kommunistischen Bewegung und
zur Aktivierung der gesamten antiimperialistischen Front beitragen
und auf die Stärkung aller fortschrittlichen Tendenzen in der Welt
orientieren muß. Das bedeutet jedoch bei weitem nicht, daß die außen-
politische Stimme der einzelnen sozialistischen Länder ein farbloser
Aufguß der gemeinsamen außenpolitischen Linie oder der Politik der
UdSSR als Großmacht sein sollte, im Gegenteil. Gerade auf Grund
ihrer spezifischen Möglichkeiten und mit Rücksicht auf die Mannig-
faltigkeit der internationalen Realität sollte jedes sozialistische
Land zur Erreichung dieser gemeinsamen Ziele und somit auch zur Er-
füllung seiner eigenen nationalen Interessen beitragen. In diesem
Sinne spricht man jetzt auch bei uns vom eigenen Gesicht der tsche-
choslowakischen Außenpolitik. Jedes sozialistische Land hat dabei in
der Welt eine Reihe spezifischer Interessen besonders auf ökonomischem
und kulturellem Gebiet, die vor allem dieses Land betreffen und nicht
unmittelbar mit den gesamten Interessen der sozialistischen Gemein-
schaft oder der internationalen kommunistischen Bewegung zusammen-
hängen. Auch auf diesem Gebiet muß die eigene Außenpolitik eines so-
zialistischen Landes ihre aktive Rolle spielen.

Die Wahl eigener Formen

Die Wahl eigener Formen und Wege in der praktischen Tätigkeit der kom-
munistischen Parteien läßt sich also nicht als Nationalismus und als
Verletzung des Prinzips des Internationalismus qualifizieren. Gerade
das Ignorieren der nationalen Spezifik, das gesetzmäßig zu Deforma-
tionen des Sozialismus führt, schädigt nicht nur die Interessen des
jeweiligen Landes, sondern die der gesamten internationalen kommunisti-
schen Bewegung.

-5-

Wenn nunmehr in einigen Ländern vor allem die nationalistischen Aspekte des Sozialistischen Aufbaus akzeptiert werden, dann ist das in erheblichem Maße eine Folge auch der Tatsache, daß diese Aspekte lange Zeit auf Grund des falschen Verstehens des Internationalismus in diesem oder jenem Maße ignoriert und unterdrückt wurden. Der Nationalismus beginnt dort, wo es zu einer einseitigen Orientierung auf die nationale Besonderheit, auf ihre Verabsolutierung kommt, wenn die internationalen Bedingungen und Erfahrungen übersehen werden und wenn diese nationale Besonderheit, die nationalen Lösungen, als einzig richtig und möglich, als allgemein gültig ausgegeben und anderen Ländern oder Parteien aufgezungen werden, egal in welcher Form. Der Internationalismus muß in der praktischen Tätigkeit der kommunistischen Parteien eine schöpferische Verwirklichung und Absorbierung aller progressiven Erfahrungen der menschlichen Zivilisation (deren Bestandteil auch die Arbeiterbewegung) darstellen und keineswegs nur der Erfahrungen eines Landes.

Über die Interessen der Bewegung

Ganz unbegründet ist die Behauptung, daß das Suchen eines besonderen Weges, die Wahl eigener Formen beim Aufbau des Sozialismus in den einzelnen sozialistischen Ländern zur Schwächung ihres gemeinsamen Vorgehens im Kampf gegen den gemeinsamen Feind führt und zentrifugale Tendenzen hervorrufft, daß dies die Zusammenarbeit zwischen ihnen erschwert.

Ich vermute, daß gerade das Gegenteil der Fall ist. Allein schon die bloße Mannigfaltigkeit der Formen des sozialistischen Aufbaus macht den Sozialismus weitaus anziehender z. B. für die Völker der entwickelten kapitalistischen Länder, was an und für sich ein bedeutender Beitrag im Bemühen um den Sieg unserer gemeinsamen Sache ist. In dieser Richtung gibt es eine Äußerung des Genossen Luigi Longo, daß die jüngste Entwicklung in der CSSR zum Argument Nr. 1 im Wahlkampf der italienischen kommunistischen Partei wird. Es muß gewiß nicht besonders bewiesen werden, daß die Schaffung einer prosperierenden sozialistischen Wirtschaft - was gerade der Hauptsinn beim Suchen des besonderen Weges in der CSSR ist - aus unserem Land einen weitaus attraktiveren Partner machen und ihm ermöglichen würde, mehr zur Stärkung der sozialistischen Gemeinschaft und zur Vertiefung der Zusammenarbeit der sozialistischen Länder beizutragen.

Die Wahl der vielfältigen Formen beim sozialistischen Aufbau und ihre Umsetzung in die Praxis in den einzelnen Ländern bereichert schließlich die Erfahrungen der gesamten Bewegung, schafft eine weitaus breitere Basis für ihre Konfrontierung und ihren gegenseitigen Austausch und macht somit aus dem Aufbau des Sozialismus eine wahrhaft und durch und durch internationale Sache.

Die Ursache für die Entstehung zentrifugaler Tendenzen in der sozialistischen Gesellschaft und in der internationalen kommunistischen Bewegung liegt also nicht in der Respektierung der nationalen Besonderheiten. Die tatsächliche Ursache ist die nationalistische Beschreibung sowohl derer, die sich in ihr eigenes nationales Schneckenhäuschen einschließen, als auch besonders derer, die die eigene nationale Praxis als die allgemein gültige Praxis ausgeben und den übrigen aufzwingen.

Wir sind für Einheit in der Unterschiedlichkeit.
Die KPC geht von den Prinzipien aus, daß es ein unveräußerliches Recht eines jeden sozialistischen Landes, einer jeden kommunistischen Partei ist, daß sie selbst bestimmt, welche Formen des sozialistischen Aufbaus in ihrem Land geplant werden, welche nationalen und internationalen Erfahrungen sie für die Interessen ihres Landes und der gesamten Bewegung für die entsprechendsten hält.

Kurz gesagt: "Sie ist für die Geschicke des Sozialismus in ihrem Land vor ihrem Volk und damit auch gegenüber der gesamten internationalen Bewegung verantwortlich."

Niemand kann einer Partei noch einem Land vorschreiben, was seine internationale Pflicht ist und was nicht. In den Beziehungen zwischen den kommunistischen Parteien kann nur die Kraft der Argumente und Gedanken, die Kraft der Überzeugung gelten. Nur bei Respektierung dieses Prinzips ist es möglich, eine wirkliche und keineswegs formale Einheit der sozialistischen Länder und unserer gesamten Bewegung zu formen.

In der CSSR handelt es sich in der gegenwärtigen Zeit vor allem um das Suchen des tschechoslowakischen Weges zum Sozialismus, um die Renaissance des Sozialismus in der CSSR. Es ist ein großer Schaden für dieses Land und für die gesamte Bewegung, daß dieses Streben seinerzeit gewaltsam unterbrochen wurde.

Inhalt ist nicht zur Veröffentlichung bestimmt!

Grüne Inf.-III/19.4.68

ESTU
0248

-7-

Wir haben nicht die Absicht, irgendjemand unsere Praxis aufzu~~z~~zwingen und sie als den einzig richtigen und möglichen Weg auszugeben. Es wäre aber ein offensichtliches Mißverständnis unseres heutigen Strebens, es a priori als eine Verletzung der internationalen Prinzipien, als antimarxistisch oder vielleicht antisowjetisch zu kennzeichnen. Es besteht kein Grund, anzuzweifeln, daß die KPC, die ihren besten internationalen Traditionen treu ist, auch weiterhin in ihrer praktischen Tätigkeit die gemeinsamen Interessen der sozialistischen Länder und der gesamten internationalen kommunistischen Bewegung respektieren wird.